

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Bundeswehr

*Sönke Neitzel*

ZUR ZEITENWENDE  
IN POLITIK, GESELLSCHAFT  
UND TRUPPE

*Minna Ålander*

DREHSCHIBE DEUTSCHLAND.  
DIE BUNDESWEHR  
IM NATO-KONTEXT

*Alexandra M. Friede*

WIE WIR WEHRHAFT WERDEN.  
ZU DEN GRENZEN DER  
FREIWILLIGKEIT

*Philipp Münch*

ZÄSUR  
AFGHANISTAN-EINSATZ?

*Stefan Bayer*

DIE ÖKONOMISCHEN  
KOSTEN DER ZEITENWENDE

*Margot Käßmann*

SCHLEICHENDE  
MILITARISIERUNG

*Markus Steinbrecher · Heiko Biehl ·*

*Nina Leonhard*

EXTREMISMUS  
IN DER BUNDESWEHR

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



# Bundeswehr

## APuZ 47–48/2024

**SÖNKE NEITZEL**

**KRIEGSTÜCHTIG? ZUR ZEITENWENDE  
IN POLITIK, GESELLSCHAFT UND TRUPPE**

Verteidigungsminister Pistorius fordert „Kriegstüchtigkeit“: Deutschland muss in der Lage sein, einen militärischen Angriff abzuwehren. Politik, Gesellschaft und Bundeswehr haben bis dahin noch einen weiten Weg vor sich.

**Seite 04–10**

**ALEXANDRA M. FRIEDE**

**WIE WIR WEHRHAFT WERDEN.  
ZU DEN GRENZEN DER FREIWILLIGKEIT  
IN ZEITEN DES KRIEGES**

Deutschland setzt beim Grundwehrdienst auf Freiwilligkeit. Die Freiwilligkeit stößt aber an Grenzen – spätestens im Spannungs- oder Verteidigungsfall, wenn die allgemeine Wehrpflicht wieder einsetzt und mobilisiert werden muss.

**Seite 11–16**

**STEFAN BAYER**

**PREIS DER FREIHEIT. ZU DEN ÖKONOMISCHEN  
KOSTEN DER ZEITENWENDE**

Die Kosten der Zeitenwende betreffen die gesamte Volkswirtschaft. Gleichzeitig sind die Mittel des Bundes begrenzt, sodass Prioritätensetzungen notwendig sein werden, um erfolgreich „Zeiten zu wenden“.

**Seite 17–22**

**MARKUS STEINBRECHER · HEIKO BIEHL ·  
NINA LEONHARD**

**EXTREMISMUS IN DER BUNDESWEHR.  
AUSMAß, URSACHEN, WIRKUNGEN**

Politischer Extremismus ist mit dem Dienst in der Bundeswehr unvereinbar. Dennoch kommt es immer wieder zu Vorfällen. Wie verbreitet ist Extremismus in den Streitkräften? Und wie schützt sich die Bundeswehr vor diesen Tendenzen?

**Seite 23–28**

**MINNA ÅLANDER**

**DREHSCHWEIBE DEUTSCHLAND.  
DIE BUNDESWEHR IM NATO-KONTEXT**

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat den strategischen Schwerpunkt der Nato nach Nordosten verschoben. Welche Rolle kommt dabei der Bundeswehr zu, die tief in die Nato-Kommandostrukturen eingebunden ist?

**Seite 29–34**

**PHILIPP MÜNCH**

**ZÄSUR AFGHANISTAN-EINSATZ?  
LEHREN FÜR DIE DEUTSCHE SICHERHEITS-  
UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK**

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist hinsichtlich seiner Intensität und seines Umfangs zweifellos der bisherige Höhepunkt deutscher Auslandseinsätze. Doch bedeutet er eine verteidigungspolitische Zäsur?

**Seite 35–40**

**MARGOT KÄBMANN**

**SCHLEICHENDE MILITARISIERUNG.  
BEOBACHTUNGEN ZUR VERÄNDERUNG DER  
ZIVILGESELLSCHAFT**

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich unsere Gesellschaft spürbar verändert. Es gibt verschiedene Anzeichen für eine schleichende Militarisierung.

**Seite 41–46**

# EDITORIAL

Kein Bereich in Deutschland ist von der „Zeitenwende“, die Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 ausgerufen hat, so unmittelbar betroffen wie die Bundeswehr. Dafür steht vor allem das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro, mit dem die Streitkräfte wieder in die Lage versetzt werden sollen, ihren Kernauftrag zu erfüllen: die Landes- und Bündnisverteidigung. Verteidigungsexpertinnen und -experten sind sich einig: Der Zustand der Truppe ist für diesen Auftrag noch unzureichend. Personal- und Munitionsmangel, Ausrüstungsdefizite und ein schwerfällig beschaftungswesen sind nur die augenfälligsten Probleme.

Zu Zeiten des Kalten Krieges galt die Bundeswehr als schlagkräftige Verteidigungs- und Abschreckungsarmee. Die jährlichen Verteidigungsausgaben betragen in dieser Zeit oft drei, mitunter sogar fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kürzte das vereinte Deutschland die Ausgaben merklich, was ihm mit Blick auf die Bündnisverpflichtungen der Nato den Vorwurf des Trittbrettfahrens einbrachte. Auf die Phase der Auslandseinsätze und der finanziellen Vernachlässigung in den 1990er und 2000er Jahren – und die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 – folgte mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine 2022 ein tiefer strategischer, aber auch mentaler Einschnitt.

Mit der veränderten Bedrohungslage sind Dinge sag- und machbar geworden, die vielen zuvor unmöglich erschienen. Auf der semantischen Ebene etwa die Forderung von Verteidigungsminister Boris Pistorius an Bundeswehr und Gesellschaft, bis 2029 „kriegstüchtig“ zu werden. Während viele diese Entwicklung begrüßen und für einen unbefangeneren, von Wertschätzung geprägten Umgang mit den Soldatinnen und Soldaten plädieren, warnen andere vor einer Militarisierung der Gesellschaft, die mit der Sprache ihren Ausgang nehme. Sie alle eint der Wunsch, in Frieden zu leben, aber sie ringen um den Weg dorthin und um die Bereitschaft, für den eigenen Schutz viel zu investieren – nicht nur finanziell.

*Lorenz Abu Ayyash*

# KRIEGSTÜCHTIG?

## Zur Zeitenwende in Politik, Gesellschaft und Truppe

*Sönke Neitzel*

„Wir müssen kriegstüchtig werden – wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“ Es waren bemerkenswerte Worte, die Verteidigungsminister Boris Pistorius am 29. Oktober 2023 in der Sendung „Berlin direkt“ sprach.<sup>01</sup>

„Kriegstüchtigkeit“ ist ein alter militärischer Begriff, der in der Bundeswehr mal mehr und mal weniger im Gebrauch war. In der Zeit der Auslandseinsätze in den 1990er Jahren wurde er seltener verwendet, erlebte aber ab 2019 ein Revival. Was Militärs hinter verschlossenen Türen schrieben, war freilich das eine, was Politiker öffentlich sagten, das andere. Verteidigungsminister haben in den vergangenen Jahrzehnten die Begriffe „Krieg“ und „Kampf“ gemieden wie der Teufel das Weihwasser. Im „Weißbuch 2016“ zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr kommen sie praktisch nicht vor. Zwei Jahre nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges im Donbass war die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen offenbar nicht willens, die Dinge beim Namen zu nennen. Boris Pistorius folgt dieser Haltung nicht. Er spricht vom „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“ – so wie Politiker zuletzt im Kalten Krieg.

Nach alter bundesrepublikanischer Sitte wäre nach solchen Worten ein Sturm der Entrüstung zu erwarten gewesen. Erinnert sei an Horst Köhler, der 2005 von seinem Amt als Bundespräsident zurücktrat, weil seine Äußerung, Deutschland müsse mit seinem Militär auch wirtschaftliche Interessen sichern, auf heftige öffentliche Kritik gestoßen war. Mit dem Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind Dinge sagbar geworden, die vorher geradezu unvorstellbar waren. So stimmte etwa der Journalist Carsten Schmiester im Deutschlandfunk den Aussagen von Pistorius zur Kriegstüchtigkeit zu und forderte, die Deutschen müssten raus aus der „friedensbewegten Komfortzone“.<sup>02</sup> Aber es gab

natürlich auch kritische Stimmen: Für falsch und gefährlich hielt der Journalist Heribert Prantl den Begriff.<sup>03</sup> Eine Diskurshoheit haben solche Stimmen aus dem linken pazifistischen Kulturlager angesichts der sicherheitspolitischen Realitäten aber nicht mehr.

Der Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ ist in der Debatte eingeführt und wird als Referenzpunkt deutscher Verteidigungspolitik verwendet. Die allermeisten Politiker haben den Begriff trotzdem nicht übernommen. Man wisse zwar, was Pistorius meine, wolle es aber so nicht ausdrücken, hieß es. Zustimmung kam lediglich von der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann und der Wehrbeauftragten Eva Högl.<sup>04</sup> Insgesamt wiederholte sich ein Befund, der auch schon bei den Auslandseinsätzen, etwa bei der Debatte um den „Krieg“ in Afghanistan, zu beobachten war: Die Politik hinkte dem öffentlichen Diskurs semantisch hinterher.

Boris Pistorius hat einen von mehreren Impulsen für einen Kulturwandel im Umgang mit sicherheitspolitischen Realitäten gesetzt. Zuvor hatten der LinkedIn-Beitrag des Inspektors des Heeres, Alfons Mais, vom 24. Februar 2022 – die Landstreitkräfte stünden „mehr oder weniger blank“ – sowie die Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers drei Tage später die Dinge in Bewegung gebracht. Sie eröffneten auch den Raum etwa für den Generalinspekteur Carsten Breuer, der seit seiner Amtsübernahme im März 2023 in seinen Reden immer wieder von „Kriegstüchtigkeit“ sprach und damit dem Ministerwort diskursiv den Boden bereitete.<sup>05</sup> Breuer war in seiner Sprache selbst für einen Militär ungewöhnlich deutlich. Er benutzte in der Öffentlichkeit auch Formulierungen, die bislang zumeist nur intern verwendet wurden: etwa die „Bereitschaft zum Kampf“ und diesen auch zu gewinnen.<sup>06</sup>

Diese semantische Entwicklung ist in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. Boris Pistorius und Carsten Breuer haben mit dem Begriff

der „Kriegstüchtigkeit“ deutlich gemacht, wo es hingehen soll: Deutschland und Europa sollen in der Lage sein, einen russischen Angriff auf das Nato-Gebiet abzuwehren. Und ein solcher Angriff wäre dann nicht mehr ein niederschwelliger Konflikt, sondern ein zwischenstaatlicher Krieg. Und sie sagen auch, dass die Bundesrepublik diesen potenziell drohenden Kampf nicht nur führen, sondern auch gewinnen können sollte. „Kriegstüchtigkeit“ ist also nicht Ausdruck eines überbordenden Selbstbewusstseins, Gewalt als Mittel der Politik einzusetzen,<sup>07</sup> sondern ein Bezugspunkt für die eigene Wehrhaftigkeit, sodass zumindest die Hoffnung besteht, Russland von einem Angriff abzuschrecken. Und wenn das nicht gelingt, dann soll dieses Land sich nicht der Gewalt beugen, sondern sich erfolgreich verteidigen können. Dass Politik, Gesellschaft und Bundeswehr bis dahin noch einen weiten Weg vor sich haben, dürfte niemand bestreiten.

## VOM ZAUDERN DER POLITIK

Die Entscheidungen der Bundesregierung zur Zeitenwende lagen bislang weitgehend unterhalb der politischen Schmerzgrenze. Durch das Sondervermögen wurde niemandem Geld weggenommen, deshalb gab es auch keine Verteilungskämpfe. Zwar war es für die Parteilinken in der SPD ein Graus, überhaupt Geld für mehr Rüstung auszugeben. Aber angesichts der dramati-

schen sicherheitspolitischen Lage und einer unterfinanzierten Bundeswehr stellten sie sich nicht gegen den Bundeskanzler. Auch die Zusage, dauerhaft zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung zu investieren, hat bislang niemandem wehgetan. Olaf Scholz wurde zwar nicht müde, die Gültigkeit dieser Zusage zu betonen. Er hat aber bislang noch nicht gesagt, woher das Geld für ein Aufstocken des regulären Verteidigungshaushalts auf über 80 Milliarden Euro kommen soll, wenn das Sondervermögen aufgebraucht ist. Es kann letztlich nur über Umschichtungen im Haushalt, durch mehr Schulden oder durch einen Kompromiss aus beidem finanziert werden. Für eine Lösung gibt es zurzeit keine politischen Mehrheiten, sodass die Bedeutung der Zusage begrenzt ist.

Auch in anderen Bereichen bewegten sich Kabinett und Parlament bisher nicht. Eines der zentralen Probleme der Bundeswehr ist der Personalmangel. Der angestrebte Aufwuchs auf 203 000 Soldaten kommt nicht voran, und stattdessen stagniert die Kopfstärke auf dem Level von rund 181 000 Soldaten. Verbesserte Werbung und Beratung, Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften oder die Regionalisierung der Personalrekrutierung, wie sie die Task Force Personal im Dezember 2023 vorgestellt hat,<sup>08</sup> werden das Problem nicht lösen. Eine zentrale Forderung von Boris Pistorius war daher die Wiedereinführung der Wehrpflicht, wobei eine Orientierung am sogenannten schwedischen Modell angedacht war: Alle jungen Männer und Frauen im Alter von 18 Jahren werden angeschrieben, ein tauglich erscheinender Teil wird gemustert, und von diesen werden diejenigen eingezogen, die die Bundeswehr benötigt. Der Bedarf liegt momentan bei etwa 30 000 bis 40 000 Rekruten, das sind vier bis fünf Prozent eines Geburtsjahrgangs. Mit diesem Personalpool könnten die 16 Heimatschutzregimenter zum Schutz kritischer Infrastrukturen aufgestellt werden. Und ebenso wichtig: Aus diesem Pool von Wehrpflichtigen könnte die Bundeswehr länger dienende Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere gewinnen, wie es im Kalten Krieg der Fall war. Es ging also nicht um die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, denn die Bundeswehr wäre gar nicht in der Lage, jähr-

**01** „Wir müssen kriegstüchtig werden“, Interview mit Boris Pistorius, 29.10.2023, [www.zdf.de/politik/berlin-direkt/pistorius-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-berlin-direkt-100.html](http://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/pistorius-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-berlin-direkt-100.html).

**02** Carsten Schmiester, „Kriegstüchtig“ ist das richtige Wort zur Unzeit, 13.11.2023, [www.deutschlandfunk.de/boris-pistorius-kriegstuechtig-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/boris-pistorius-kriegstuechtig-100.html).

**03** Heribert Prantl, Friedentüchtig, in: *Süddeutsche Zeitung*, 9.11.2023; Peter Carstens, Pistorius rüstet verbal auf, 22.2.2023, [www.faz.net/-19321756.html](http://www.faz.net/-19321756.html).

**04** Vgl. Johannes Bebermeier et al., „Das trifft es auf den Punkt“, 10.11.2023, [www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_100278508](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100278508).

**05** Grundsatzrede Generalinspekteur: „Gewinnen wollen. Weil wir gewinnen müssen.“, 18.7.2023, [www.bmvg.de/de/aktuelles/generalinspekteur-beschreibt-bundeswehr-der-zukunft-5652978](http://www.bmvg.de/de/aktuelles/generalinspekteur-beschreibt-bundeswehr-der-zukunft-5652978).

**06** Ebd.; siehe zudem Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.), *Verteidigungspolitische Richtlinien 2023*, November 2023, S. 9, [www.bmvg.de/resource/blob/5701724/5ba8d8c460d931164c7b00f49994d41d/verteidigungspolitische-richtlinien-2023-data.pdf](http://www.bmvg.de/resource/blob/5701724/5ba8d8c460d931164c7b00f49994d41d/verteidigungspolitische-richtlinien-2023-data.pdf).

**07** Vgl. Harald Welzer, *Kriegstüchtigkeit. Über die gefährliche Konjunktur eines Begriffs*, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* 2/2024, S. 31–33.

**08** Vgl. Yann Bombecke, *Task Force Personal legt erste Ergebnisse vor*, 21.12.2023, [www.dbwv.de/aktuelle-themen/blickpunkt/beitrag/task-force-personal-legt-erste-ergebnisse-vor](http://www.dbwv.de/aktuelle-themen/blickpunkt/beitrag/task-force-personal-legt-erste-ergebnisse-vor).

lich mehrere Hunderttausend junge Männer (und Frauen) auszubilden. Doch Boris Pistorius konnte sich mit seinem „Schweden-Modell“ im Kabinett im Sommer 2024 nicht durchsetzen. Von den Plänen blieb nur ein Fragebogen für alle 18-Jährigen übrig, den die Männer beantworten müssen und die Frauen beantworten können. Mit anderen Worten: Das Kabinett war nicht willens und in der Lage, die Personalprobleme der Streitkräfte zu lösen, und schiebt diese Aufgabe dem nächsten Kabinett zu. Aber selbst wenn eine neue Regierung einen Konsens in dieser Frage fände und – hypothetisch gesprochen – im Frühjahr 2026 eine „schwedische“ Wehrpflicht beschließen würde, wären die ersten Wehrpflichtigen wohl nicht vor 2028 in den Kasernen, die dafür erst entsprechend ertüchtigt werden müssten. Mit seiner Entscheidung gegen Pistorius' Pläne entzog Olaf Scholz der Bundesrepublik auf absehbare Zeit die personelle Grundlage zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages. Die Folgeschwere dieser Entscheidung ist bislang medial kaum beachtet worden. Dies liegt wohl auch daran, dass die Personallage nur von der militärischen Führung beurteilt werden kann und diese sich nicht dazu durchringen konnte, die dramatische Lage öffentlich zu schildern.

Auch in anderen – weniger im Vordergrund stehenden – Bereichen hat die Regierung bis heute noch keine Entscheidungen getroffen. Lange schon wird debattiert, ob es nicht an der Zeit wäre, das Prinzip der sogenannten 25-Millionen-Vorlagen zu ändern. Danach müssen alle Beschaffungen für die Streitkräfte, die einen Wert von 25 Millionen Euro übersteigen, dem Haushaltsausschuss des Bundestages zur Zustimmung vorgelegt werden. Der Ausschuss hatte diese Regelung 1981 eingeführt, nachdem die Kosten für das Kampfflugzeug Tornado aus dem Ruder gelaufen waren. Diese Praxis verlangsamt den Beschaffungsprozess, zumal es ein erheblicher Aufwand ist, die Vorlagen zu erstellen. Zudem gibt diese Verfahrensweise den Abgeordneten die Möglichkeit, eigene Lobbyinteressen durchzusetzen. Alle Versuche, diese Praxis zu reformieren, sind gescheitert. Die Abgeordneten des Haushaltsausschusses verteidigen hartnäckig ihre Privilegien und demonstrieren einmal mehr, dass andere für die Zeitenwende zuständig seien. Ein Signal der Reform wäre es, wenn sich das Parlament darauf beschränken würde, nur noch bei besonders kostspieligen und politisch bedeutsamen Be-

schaffungen wie der F-35 oder neuen Fregatten ein prüfendes Auge auf die Vorlagen zu werfen.

Eigentlich ist es die Aufgabe des Kabinetts und des Bundestages, die für die Streitkräfte relevanten Gesetze, Normen und Verfahren so anzupassen, dass die Bundeswehr der Kriegstüchtigkeit rasch näherkommt. Allerdings müssten die Parteien, das Kabinett und auch der Bundestag willens sein, dafür einen politischen Preis zu zahlen. Eine solche Bereitschaft ist bislang nicht erkennbar, sodass selbst die drängendsten Probleme – die Finanzierung und die Personalfrage – weiterhin einer Lösung harren.

Der dritte große Komplex, der bislang nicht angegangen wurde, ist eine Strategie für die Rüstungsindustrie. Seit vielen Jahren darf die Forderung nach mehr europäischer Kooperation bei der Ausrüstung der europäischen Armeen in keiner Rede fehlen. Passiert ist bisher wenig. Was die Vizepräsidentin der EU-Kommission Margrethe Vestager im März 2024 ankündigte, firmierte zwar unter dem Begriff „Rüstungsstrategie“, umfasste dann aber nur Vorschläge für Koordinierungsmaßnahmen.<sup>09</sup> Ein großer Wurf sieht anders aus und müsste etwa die Frage klären, wie die europäische Militärluftfahrt international konkurrenzfähig werden will und ob es nicht zumindest in diesem Bereich eines Zusammenschlusses bedarf, wie er in der Zivilluftfahrt bereits erfolgt ist. Es geht um nicht weniger als den nächsten Schritt der europäischen Integration, und es bräuchte wohl mehrere bedeutende Spitzenpolitiker, um hier voranzukommen. Auf nationaler Ebene haben das Verteidigungs- und das Wirtschaftsministerium unlängst verkündet, im September 2024, also 30 Monate nach der „Zeitenwende“-Rede, erstmals eine Strategie für die Verteidigungsindustrie verabschieden zu wollen. Geschehen ist bislang nichts, und es bleibt abzuwarten, ob es sich dabei um mehr als Absichtserklärungen handeln wird.

Die Unfähigkeit, die großen sicherheitspolitischen Fragen zu lösen, führt dazu, dass die Bundesregierung die selbst gesetzte Latte nicht überspringen kann. Dies betrifft vor allem die Zusagen an die Nato. Bis 2025 soll dem Bündnis eine einsatzbereite schwere Division und bis 2027 eine zweite Division zugeordnet werden. Dieses Ziel wird trotz des Sondervermögens nicht erreicht werden. Beide Verbände werden zum vereinbar-

<sup>09</sup> Vgl. Lucia Schulten, Lehren aus Ukraine-Krieg: EU präsentiert Rüstungsstrategie, 5. 3. 2024, [www.dw.com/a-68448270](http://www.dw.com/a-68448270).

ten Zeitpunkt noch erhebliche Ausbildungs- und Ausrüstungslücken aufweisen. Die größten Probleme bestehen derzeit in den Bereichen Munition, Drohnenabwehr und Luftverteidigung. Für die Schließung dieser Fähigkeitslücken gibt es Konzepte und marktverfügbare Systeme, aber es ist unklar, wann diese in ausreichender Zahl in der Truppe verfügbar sein werden. Wirklich beunruhigt scheint der Bundeskanzler darüber aber nicht zu sein, zumal die Lage bei anderen Bündnispartnern in Europa – etwa Großbritannien oder Frankreich – nicht grundsätzlich besser aussieht.

Die Hoffnung, dass es die Nato schon nicht so genau nehmen werde mit den Zusagen, trägt allerdings wenig zur Stärkung der europäischen Verteidigung bei. Zumal es diesmal – anders als vor 30 Jahren – nicht nur um eher abstrakte Pläne und Versprechungen geht. Die Lage ist ernster als während des Kalten Krieges, als die Sowjetunion zumindest in Europa eine Status-quo-Macht war. Das ist heute anders, und die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines konventionellen Konflikts ist deutlich höher. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Bundeswehr in einigen Jahren an der Ostflanke der Nato kämpfen muss. Für einen längeren Kampf gegen einen hochgerüsteten Gegner fehlen aber die grundlegenden Voraussetzungen. Es gibt zu wenig Munition, nicht genügend leistungsfähige Drohnen und eine zu schwache Luftverteidigung. Bei Marine und Luftwaffe sieht es nicht viel anders aus. Verantwortlich dafür ist die Bundesregierung, die sich auf ein sicherheitspolitisches Vabanquespiel einlässt, bei dem das Äußerste nicht eintritt.

## Mehrheiten und Minderheiten in der Gesellschaft

Die deutsche Gesellschaft war nie pazifistisch. Eine Mehrheit der Westdeutschen hielt 1955 die Wiederbewaffnung für notwendig, und Helmut Kohl gewann im März 1983 die Bundestagswahl, obwohl er den Nato-Doppelbeschluss umgesetzt hatte. Kaum mehr als zehn Prozent eines Jahrgangs verweigerten während des Kalten Krieges den Wehrdienst, selbst auf dem Höhepunkt im Jahr 2002 waren es „nur“ rund 50 Prozent der Tauglichen.<sup>10</sup> Die weit überwiegende

de Mehrheit der männlichen Bundesbürger leistete den Wehrdienst. Für die große Mehrheit der Kulturelite kann allerdings schon von einer pazifistischen Grundhaltung gesprochen werden. Wehrdienstverweigerung gehörte in diesem Milieu ebenso zum guten Ton wie ein Weltbild, in dem sich Antiamerikanismus mit einem bisweilen grotesk verzerrten Bild der Streitkräfte und ihrer Vergangenheit mischte.<sup>11</sup> Die Wehrdienstverweigerer von einst sitzen heute in vielen gesellschaftlichen und politischen Schlüsselpositionen und ringen mit der neuen sicherheitspolitischen Lage, die ihr Koordinatensystem durcheinander gebracht hat. Olaf Zimmermann, Vorsitzender des Deutschen Kulturrats, räumte ein, dass es für ihn persönlich eine große Herausforderung gewesen sei, einen Schwerpunkt „Bundeswehr“ in seiner Zeitung einzurichten. Er habe die Unterstützung der Wehrbeauftragten Eva Högl gebraucht, um die Tür zu einer ihm unbekanntem Welt zu öffnen.<sup>12</sup> Man mag einerseits über so viel Ignoranz die Nase rümpfen. Andererseits muss sich im Land schon etwas verändert haben, wenn sich sogar der Deutsche Kulturrat mit der Bundeswehr befasst. Und auch bei den Vorreitern einer pazifistischen Weltsicht, der evangelischen Kirche, tut sich etwas.<sup>13</sup>

Neben denjenigen, die den mühsamen Weg der Anpassung gehen, gibt es natürlich auch diejenigen, die an ihren Narrativen festhalten. Diese Variante im Diskurs gibt es in unterschiedlichen Nuancen. Während die einen die militärische Unterstützung der Ukraine von Anfang an ablehnten und weiterhin die Idee der gemeinsamen Sicherheit mit Russland in Europa beschwören, akzeptieren andere zähneknirschend die Haltung des Bundeskanzlers. Sie wünschen sich aber mehr Initiativen für eine Verhandlungslösung und kritisieren die Kriegsrhetorik, die einen kulturellen

gen\_Stand\_2012.pdf; Kriegsdienstverweigerung in Deutschland, 22. 10. 2018, <https://crp-infotec.de/wehrpflicht-kriegsdienstverweigerung>.

<sup>11</sup> Vgl. Bernd Wegner, „Geschichte ist schwierig“: Anmerkungen zum historischen Selbstverständnis deutscher Prominenter im Spiegel des Fragebogens der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in: Michael Hundt (Hrsg.), *Geschichte als Verpflichtung*. Festschrift für Rainer Postel, Hamburg 2001, S. 279–301.

<sup>12</sup> Vgl. Olaf Zimmermann, *Der gute Kamerad? Erinnerungskultur in der Bundeswehr*, in: *Politik und Kultur* 11/2023, S. 15.

<sup>13</sup> So widmete sich die Zeitschrift der Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) „Zeitzeichen“ im September 2023 erstmals seit einem Jahrzehnt wieder der Bundeswehr.

<sup>10</sup> Vgl. Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, *Einberufungen zum Zivildienst*, 2012, [www.bundesfreiwilligendienst.de/fileadmin/de.bundesfreiwilligendienst/content.de/Service\\_Menue\\_Kopf/Presse/Statistiken/Zahl\\_der\\_Einberufungen](http://www.bundesfreiwilligendienst.de/fileadmin/de.bundesfreiwilligendienst/content.de/Service_Menue_Kopf/Presse/Statistiken/Zahl_der_Einberufungen)

Rückfall darstelle.<sup>14</sup> In diesem Milieu wird argumentiert, dass es nicht mehr Aufrüstung bedarf, sondern mehr Entspannungspolitik. Ein tief sitzender Antiamerikanismus und Antikapitalismus führen dazu, dass der Krieg in der Ukraine eher als Ausdruck eines illegitimen Machtstrebens der Nato und der USA interpretiert wird, denn als Expansionsstreben Russlands.<sup>15</sup>

Obwohl in der deutschen Gesellschaft heftig über Krieg und Frieden, militärische und zivile Machtkonzepte gestritten wird, spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung dafür aus, Waffen an die Ukraine zu liefern, langfristig zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben und die Wehrpflicht wieder einzuführen.<sup>16</sup> Dies hat sicherlich auch mit dem medialen Diskurs zu tun. Überspitzt formuliert hat sich die Zeitenwende in den klassischen Rundfunk- und Printmedien am schnellsten vollzogen. Selbst der Verfasser dieser Zeilen war überrascht, mit welcher Vehemenz einige Journalisten, die vor dem 24. Februar 2022 kaum durch ihre Nähe zum Militär aufgefallen waren, nun die Wehrhaftigkeit der Ukraine und die Aufrüstung der Bundeswehr forderten. So wird Boris Pistorius im „Bericht aus Berlin“ der ARD nicht für seine markigen Worte kritisiert, sondern dafür, dass die Reformen der Bundeswehr nicht schnell genug vorankommen.<sup>17</sup> Man muss die These von Harald Welzer und Richard David Precht nicht teilen, dass die Medienberichterstattung über den Ukrainekrieg nicht die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung widerspiegelt. Richtig ist wohl, dass die Kritiker von Waffenlieferungen, Zeitenwende und Kriegstüchtigkeit eine Minderheitenposition einnehmen.<sup>18</sup>

**14** Es gab dazu etliche offene Briefe, etwa jenen von 28 Intellektuellen und Künstlern als Erstunterzeichnern vom 29. 4. 2022, [www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463](http://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463); siehe auch Aufruf „Mehr Diplomatie wagen.“ <https://mehr-diplomatie-wagen.de> sowie den Aufruf des Historikers Peter Brandt zu Verhandlungen: Frieden schaffen!, 1. 4. 2023, [www.fr.de/politik/-92185182.html](http://www.fr.de/politik/-92185182.html).

**15** Abzulesen an dem Verkaufserfolg von Oskar Lafontaine, *Ami, it's time to go: Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas*, Frankfurt/M. 2022.

**16** Vgl. Mehrheit der Bevölkerung unterstützt Ausbau der deutschen Verteidigungsfähigkeit, 13. 2. 2024, [www.spiegel.de/politik/deutschland/a-89f4e37c-a9aa-41e9-b3cb-0ce4b253c193](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/a-89f4e37c-a9aa-41e9-b3cb-0ce4b253c193).

**17** Vgl. Pistorius fordert Mentalitätswechsel, 12. 11. 2023, [www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/pistorius-bundeswehr-114.html](http://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/pistorius-bundeswehr-114.html).

**18** Vgl. Marcus Maurer et al., Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg. Forschungsbericht für die Otto Brenner Stiftung, 31. 1. 2023, [www.otto-brenner-stif-](http://www.otto-brenner-stif-)

Wenn die Medien das eine Extrem auf der Skala sind, bilden die Universitäten das andere. Hier hat sich der Diskurs am wenigsten verändert, und gerade in den Geisteswissenschaften gibt es immer noch ein pazifistisches Milieu. Für Politologen und Historiker stand die Analyse von Außenpolitik, Krieg und Militär bisher ohnehin nicht im Vordergrund. Im Kern beschäftigen sich diese Disziplinen mit anderen Fragen,<sup>19</sup> und ein friedensethischer Bias war unverkennbar. An 70 Hochschulen gibt es Zivilklauseln, die militärisch nutzbare Forschung verbieten. Das sind zwar nur 17 Prozent, aber darunter befinden sich sehr renommierte Einrichtungen wie die TU Darmstadt oder die TU Berlin. In Bremen und Thüringen ist die Zivilklausel in den Landeshochschulgesetzen verankert. Hinzu kommt eine hochdotierte institutionalisierte Friedensforschung, die sich seit den 1970er Jahren zweifellos professionalisiert hat, aber nicht immer zu einem realistischeren Blick auf militärische Konflikte beigetragen hat.<sup>20</sup> In Deutschland gibt es nur vier politikwissenschaftliche Lehrstühle, die sich mit Sicherheitspolitik befassen,<sup>21</sup> und einen einzigen Lehrstuhl für Militärgeschichte an der Universität Potsdam. Dieses Fach, das durchaus ein intellektuelles Hinterland für die Analyse aktueller Krisen und Kriege liefern kann, findet an deutschen Universitäten vor allem auf der Ebene von Dissertationen statt. Habilitationen in diesem Bereich sind nicht als Türöffner für eine akademische Karriere bekannt. Demgegenüber stehen 173 Professuren für verschiedene Aspekte der Gender Studies an deutschen Hochschulen. Der Studiengang Gender Studies wird an 18 Hochschulen und Universitäten angeboten, Peace and Conflict Studies an vier und War and Conflict Studies an einer.<sup>22</sup>

[tug.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/2023\\_Ukraine\\_Berichterstattung\\_Endbericht.pdf](http://tug.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/2023_Ukraine_Berichterstattung_Endbericht.pdf).

**19** Vgl. Joachim Krause, Deutschlands strategische Blindheit, 14. 9. 2023, [www.faz.net/aktuell/-19171343.html](http://www.faz.net/aktuell/-19171343.html).

**20** Vgl. Sönke Neitzel/Christian E. Rieck, Der Preis der Freiheit: Zivilklauseln schaden der Zeitenwende, in: *Forschung und Lehre* 5/2024, S. 360 f.

**21** Carlo Masala an der Universität der Bundeswehr München, Johannes Varwick an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Thomas Jäger an der Universität zu Köln und Ulrich Schlie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

**22** Vgl. Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland (Drs. 1385-23), Juli 2023, S. 127 f., [www.wissenschaftsrat.de/download/2023/1385-23](http://www.wissenschaftsrat.de/download/2023/1385-23).

Eine Änderung dieses Zustandes ist nicht in Sicht. Weder an den Universitäten noch bei den großen Wissenschaftsorganisationen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder der Max-Planck-Gesellschaft sind bisher Initiativen bekannt geworden.

Im Verteidigungsministerium wird stets betont, dass sich die Kriegstüchtigkeit nicht nur auf die Streitkräfte beziehe, sondern dass die gesamte Gesellschaft wehrhaft sein müsse. Allerdings sollten die Erwartungen nicht zu hoch gesteckt werden. So sehr sich die veröffentlichte Meinung gewandelt hat, so sehr sich etwa eine Mehrheit der Bundesbürger für die Einführung der Wehrpflicht ausspricht, so wenig realistisch ist die Forderung nach einer wehrhafteren Bevölkerung. Diese wird von ihrer unmittelbaren Lebensrealität geprägt, und die ist in der Bundesrepublik nicht mit Krieg verbunden. So verwundert es nicht, dass im März 2024 in einer Umfrage nur ein Drittel der Deutschen angab, im Ernstfall bereit zu sein, das eigene Land zu verteidigen.<sup>23</sup> Das ist gewiss nur eine Momentaufnahme, aber sie deutet an, dass das Entgegenkommen auch Grenzen hat. Im Kalten Krieg stand die Generalität übrigens vor einem ähnlichen Problem: Die Motivation vieler junger Menschen, den Staat zu verteidigen, blieb trotz aller Appelle überschaubar.<sup>24</sup>

### BUNDESWEHR – KEIN WILLE ZUR REFORM?

So wichtig die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für einen wehrhaften Staat sind, so sehr muss die Bundeswehr selbst ihre Reformfähigkeit unter Beweis stellen. Je mehr sie sich als leistungsfähige Institution präsentiert, desto mehr kann sie von Regierung und Parlament zum Beispiel eine bessere finanzielle Ausstattung einfordern. Und weiter: Nur wenn die Streitkräfte von ihren Soldaten als effiziente Institution wahrgenommen werden, ist zu erwarten, dass sie im Ernstfall ihr Leben einsetzen. Und nur eine effiziente und damit attraktive Organisation kann aus-

reichend Nachwuchs gewinnen und Soldaten dauerhaft in ihren Reihen halten. An der Dringlichkeit einer grundlegenden Reform der Streitkräfte besteht auch in Fachkreisen kein Zweifel. Die rund einjährige Amtszeit von Christine Lambrecht als Bundesverteidigungsministerin war eine verlorene Zeit für Reformen. Umso größer sind die Erwartungen an ihren Nachfolger Boris Pistorius. Dieser kündigte bereits im Juni 2023 die dauerhafte Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen an. Zudem leitete er Reformen in der Struktur des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte ein, die am 30. April 2024 im Osnabrücker Erlass festgeschrieben wurden. Eine Task Force Personal und eine Task Force Drohnen wurden eingerichtet und Vorschläge zur Lösung der Missstände in diesen Bereichen erarbeitet.

Boris Pistorius hat auf den ersten Blick viel erreicht. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass die eigentlichen Probleme nicht angegangen wurden. Die Reform des Verteidigungsministeriums war nicht mehr als eine Art Modellpflege, da sich an der Grundstruktur nichts ändert. Auch die Zahl der Mitarbeiter bleibt mit rund 3000 außerordentlich hoch.<sup>25</sup> Die Bundeswehr-Strukturkommission, die sogenannte Weise-Kommission, hat 2010 einmal vorgeschlagen, das Ministerium auf unter 1500 Dienstposten zu verkleinern.<sup>26</sup> Von solch weitreichenden Veränderungen ist man im Bundesverteidigungsministerium aber weit entfernt. Auch die Strukturreformen der Streitkräfte bleiben hinter den Erwartungen zurück.<sup>27</sup> Die Task Force Personal hat zwar viele sinnvolle Vorschläge zur Personalgewinnung gemacht. Überlegungen, wie das Bundesamt für das Personalwesen der Bundeswehr in Köln mit seinen beachtlichen 6800 Dienstposten effizienter aufgestellt werden könnte, sind aber nicht bekannt geworden. Intern wird viel darüber geklagt, dass die Bundeswehr zu viele zivile Gesetze, Normen und Vorschriften übernommen hat, die die Verteidigungsbereitschaft stark behindern. So müssten beispielsweise Arbeitsschutz-, Umwelt- und

**23** Vgl. Göran Schattauer, Deutschland mit Waffe verteidigen? Für diese Politiker „hebe ich keinen Finger“, 19.3.2024, [www.focus.de/politik/deutschland/mehr-als-2800-leser-kommentare-mit-der-waffe-in-der-hand-fuer-deutschland-kaempfen-nein-und-noch-mal-nein\\_id\\_259775864.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/mehr-als-2800-leser-kommentare-mit-der-waffe-in-der-hand-fuer-deutschland-kaempfen-nein-und-noch-mal-nein_id_259775864.html).

**24** Ausführlich dazu Sönke Neitzel, Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik, Berlin 2022, S. 298–318, S. 356–371.

**25** Vgl. André Uzulis, Ein Mitarbeiter auf 60 Soldaten, 7.2.2024, [www.reservistenverband.de/magazin-loyal/bmvg](http://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/bmvg).

**26** Vgl. Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr, Oktober 2010, S. 34, [www.roderich-kiesewetter.de/fileadmin/Service/Dokumente/20101026-weise-kommissionsbericht.pdf](http://www.roderich-kiesewetter.de/fileadmin/Service/Dokumente/20101026-weise-kommissionsbericht.pdf).

**27** Vgl. „Der Minister hat offenbar den Besitzstandswahrem nachgegeben“, Interview mit Hans-Peter Bartels, 5.4.2024, [www.cicero.de/innenpolitik/boris-pistorius-bundeswehr-reform-hans-peter-bartels](http://www.cicero.de/innenpolitik/boris-pistorius-bundeswehr-reform-hans-peter-bartels).

Arbeitszeitrichtlinien dringend an die Realitäten einer kriegstüchtigen Armee angepasst werden. Es bleibt abzuwarten, ob in dieser Legislaturperiode noch ein Artikelgesetz verabschiedet wird, in dem grundlegende Änderungen des Rechtsrahmens beschlossen werden.

Und was ist von einer Armee zu halten, in deren offiziellem Traditionsbild die Bewährung im Kampf kaum vorkommt?<sup>28</sup> Die sich seit drei Jahren nicht traut, ein fertiges Liederbuch einzuführen, weil sie kritische Diskussionen fürchtet? Von all dem hängt im Einzelnen nicht das Wohl und Wehe der Bundeswehr ab. Aber zusammenge-

**28** Am 12.7.2024 erließ das BMVg Ergänzungen zum Traditionserlass, die angesichts der ausgerufenen Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr ein größeres Augenmerk auf militärische Exzellenz legten. Dazu sollte die Gründergeneration der Bundeswehr stärker für die Traditionsarbeit herangezogen werden. Der Generalinspekteur zog die Ergänzungen aber am 14.8.2024 wieder zurück, nachdem öffentliche Kritik aufgekommen war. Siehe Thomas Wiegold, Verteidigungsministerium zieht Ergänzung zu Bundeswehr-Traditionserlass zurück, 14.8.2024, <https://augengeradeaus.net/2024/08/verteidigungsministerium-zieht-ergaenzung-zu-bundeswehr-traditionserlass-zurueck>.

nommen sind diese Punkte doch ein Indiz dafür, dass an der Spitze des Ministeriums der Mut zu großen Reformen fehlt.

„Wir müssen kriegstüchtig werden – wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen“, sagte Boris Pistorius am 29. Oktober 2023. Doch das sind – cum grano salis – bislang nur hehre Worte. Noch können die Soldaten in einem Kriegsszenario wie in der Ukraine nur beweisen, dass sie mit Anstand zu sterben verstehen. Das mag überspitzt klingen, aber ohne ausreichende Munition, ohne moderne Drohnen, ohne effiziente Luftabwehr fehlen ihnen die Voraussetzungen, um auf einem Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts zu bestehen. Und den Spitzen von Politik und Militär fehlt offensichtlich der Wille, aus diesem Befund die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

### SÖNKE NEITZEL

ist Professor für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam.

## Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



# WIE WIR WEHRHAFT WERDEN

## Zu den Grenzen der Freiwilligkeit in Zeiten des Krieges

*Alexandra M. Friede*

Seit Jahren fordern Politiker in Deutschland – vom Bundespräsidenten bis zur Wehrbeauftragten – eine breite gesellschaftliche Debatte über staatsbürgerliche Pflichten. Der Bundesverteidigungsminister, Boris Pistorius, kündigte kürzlich einen „neuen Wehrdienst“ an, der zum Ziel hat, die „Aufwuchs- und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr durch qualitative und quantitative Stärkung der personellen Reserven zur Landes- und Bündnisverteidigung“ zu gewährleisten.<sup>01</sup> Zwar müssen alle Männer, die das wehrfähige Alter erreichen, einen Fragebogen ausfüllen, zurückschicken und gegebenenfalls zur Musterung erscheinen, sie werden aber nicht gegen ihren Willen eingezogen. Deutschland setzt beim Grundwehrdienst und Reservistendienst auf Freiwilligkeit. Aber Freiwilligkeit stößt unweigerlich an Grenzen – spätestens im Spannungs- oder Verteidigungsfall, wenn die allgemeine Wehrpflicht wieder auflebt und eine schnelle Mobilisierung erfolgen muss. Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 wird das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung in Deutschland neu austariert.<sup>02</sup> Diese Debatte wird im Folgenden beleuchtet. Hierzu werfe ich auch einen Blick nach Schweden.

Bundesverteidigungsminister Pistorius besuchte Anfang 2024 Schweden, Norwegen und Finnland und zeigte sich beeindruckt vom dort praktizierten Ansatz der Gesamtverteidigung.<sup>03</sup> Auch wenn sich die Umsetzung in den genannten Ländern unterscheidet, scheint die Idee eines „skandinavischen Modells“ in der deutschen Debatte zu verfangen, insbesondere Schweden wird als Vorbild herangezogen. Oft werden einzelne Maßnahmen der schwedischen Regierung, wie die 2017 wieder eingeführte Wehrpflicht, isoliert betrachtet. Die 2015 reaktivierten Planungen der Gesamtverteidigung bilden allerdings den Rahmen aller Einzelmaßnahmen. Die gesamte Bevölkerung ist rechtlich verpflichtet, ihren Beitrag zur Verteidigung Schwedens zu leisten – sei es im zivilen oder

militärischen Bereich – und wird darauf mit Informations- und Trainingsangeboten vorbereitet. Neben dem Dienst an der Waffe steht auch die psychische Widerstandsfähigkeit im Fokus.

Was den schwedischen Ansatz vom deutschen unterscheidet, ist die Orientierung an einem klar formulierten Ziel: Alle Menschen, die in Schweden leben, sollen auf den Ernstfall vorbereitet sein. Sowohl in Schweden als auch in Deutschland bestimmen seit dem 24. Februar 2022 Kriegsgefahren die öffentliche Debatte. Aus dieser „neuen Bedrohungssituation“ werden jedoch unterschiedliche Schlüsse gezogen.<sup>04</sup>

### WARUM WIRD DISKUTIERT?

Mit dem russischen Angriffskrieg ist die deutsche Verteidigungspolitik ins Zentrum der gesellschaftlichen, medialen und politischen Aufmerksamkeit gerückt. Neben der militärischen Unterstützung der Ukraine werden auch Investitionen in Personal, Material und Infrastruktur der Bundeswehr diskutiert – in Gesprächssendungen und Podcasts, im Bundestag und auf Demonstrationen. Ein anfänglicher Konsens, der sich nach der Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz zur „Zeitenwende“ einstellte, scheint einer inneren Zerrissenheit gewichen zu sein. Beispielfähig hierfür ist die Wehrpflicht-Debatte.

Ausgesetzt wurde die Wehrpflicht 2011 von einer Koalition aus CDU/CSU und FDP. Eine breite parlamentarische Mehrheit trug die Entscheidung mit. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen plädierte für eine Abschaffung der Wehrpflicht, stimmte dem Gesetzesentwurf aber zu. Die Linke stimmte als einzige Fraktion dagegen. Eine sukzessive Reduktion der Wehrdienstdauer und Wehrpflichttraten hatte seit Ende des Kalten Krieges die bestehende Regelung zusehends unterminiert.<sup>05</sup> Dennoch galt die Wehrpflicht lange als unumstößlich, insbesondere innerhalb der CDU/CSU.

Wurde die Aussetzung der Wehrpflicht zunächst finanz- und haushaltspolitisch begründet, setzte der Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg Ende 2010 auf sicherheitspolitische Argumente.<sup>06</sup> Zu Guttenberg betonte auf einem Parteitag der CDU: „Wir dürfen in diesem Land keine Bundeswehr nach Kassenlage haben.“<sup>07</sup> Gleichwohl müsse die Bundeswehr sich an veränderte Einsatzszenarien anpassen, um militärisch handlungsfähig zu bleiben. Strukturelle Reformen gingen mit einem sinkenden Verteidigungsetat, einer reduzierten Truppenstärke und Standortschließungen einher. Im Gesetzesentwurf wird die Aussetzung der Wehrpflicht mit der „dauerhaft veränderten sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage“ begründet, die einen solchen Grundrechtseingriff nicht mehr rechtfertige.<sup>08</sup> Das durch die Aussetzung der Wehrpflicht entstandene Vakuum sollte durch Freiwilligendienste „im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft“ gefüllt werden.<sup>09</sup>

Ein erstes Umdenken setzte 2014 nach dem russischen Einmarsch in die Ostukraine ein: Die Verteidigungsausgaben stiegen wieder an, Landes- und Bündnisverteidigung wurde priorisiert, „Trendwenden“ sollten die Modernisierung der Bundeswehr voranbringen. Eine Rückkehr zur Wehrpflicht wurde von der damaligen Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen ausge-

schlossen: „Die Bundeswehr braucht heute mehr Qualität als Masse.“<sup>10</sup> Als Vorsitzende der CDU und Bundesverteidigungsministerin stellte Annetta Kramp-Karrenbauer 2019 eine Dienstpflicht zur Diskussion. In ihrem Ressort setzte sie 2021 einen Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz um. Der Freiwilligendienst wird als „Dein Jahr für Deutschland“ beworben. Ein damit verbundenes Versprechen ist die heimatnahe Verwendung; Auslandseinsätze sind ausgeschlossen. Da die Wehrdienstleistenden nach ihrer Grund- und Spezialausbildung in die Reserve überführt werden, soll der Dienst auch zur Stärkung der territorialen Reserve beitragen. Nachwuchsgewinnung, militärischer Nutzen und Gemeinwohlorientierung ergänzen sich. Für Kramp-Karrenbauer ist es dieses freiwillige Engagement, das „unsere Gesellschaft zusammenhält“.<sup>11</sup>

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat in Deutschland nicht alle Gewissheiten schwinden lassen. So sagte der Bundeskanzler Anfang 2023, dass die Rückkehr zur Wehrpflicht (und damit auch die Einführung einer Dienstpflicht) keinen Sinn ergebe.<sup>12</sup> Dass eine solche Debatte dennoch geführt wird, ist auch auf Bundesverteidigungsminister Pistorius zurückzuführen, der in seinem ersten Amtsjahr klarstellte: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“<sup>13</sup> Damit setzte er den Ton für die anschließende Debatte.

## WAS WIRD DISKUTIERT?

Der Bundesverteidigungsminister spricht von einer „wehrhaften“ und „kriegstüchtigen“ Gesell-

**01** Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 20/12575, 13. 8. 2024.

**02** Die Aussetzung der Wehrpflicht wurde von der Bundesregierung 2011 ähnlich begründet. Vgl. BT-Drs. 17/4821, 21. 2. 2011.

**03** In Schweden und Norwegen wird von totaler Verteidigung (*Totalförsvaret* bzw. *Totalforsvaret*) gesprochen. In Finnland wird ein umfassender Sicherheitsansatz (*Kokonaisturvallisuus*) verfolgt.

**04** Neuer Wehrdienst: Verteidigungsminister Boris Pistorius nach Sitzung des Verteidigungsausschusses, 12. 6. 2024, [www.youtube.com/watch?v=QEppMwX1ZN4](https://www.youtube.com/watch?v=QEppMwX1ZN4).

**05** Vgl. Ines-Jacqueline Werkner, Die Bundeswehr im neuen Modus der Landes- und Bündnisverteidigung. Wehrpflicht revidiert?, Baden-Baden 2023.

**06** Vgl. Timo Schummers, Die bundesdeutsche Wehrpflichtaussetzung durch Karl-Theodor zu Guttenberg. Alles eine Frage des Narrativs?, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30/2020, S. 595–629.

**07** Protokoll des 23. Parteitags der CDU Deutschlands, 15./16. 11. 2010, [www.kas.de/documents/252038/253252/2010-11-15-16\\_Protokoll\\_23.Parteitag\\_Karlsruhe.pdf/09629588-3aba-870d-c538-24131d21378d](http://www.kas.de/documents/252038/253252/2010-11-15-16_Protokoll_23.Parteitag_Karlsruhe.pdf/09629588-3aba-870d-c538-24131d21378d).

**08** BT-Drs. 17/4821 (Anm. 2).

**09** Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurde zugleich ein Freiwilliger Wehrdienst und Bundesfreiwilligendienst geschaffen. Protokoll des 23. Parteitags der CDU Deutschlands (Anm. 7).

**10** „Wir werden den Konflikt friedlich lösen“, Interview mit Ursula von der Leyen, 7. 4. 2014, [www.bundestkanzler.de/bk-de/aktuelles/-wir-werden-den-konflikt-friedlich-loesen--430892](http://www.bundestkanzler.de/bk-de/aktuelles/-wir-werden-den-konflikt-friedlich-loesen--430892).

**11** AKK: „Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz“, 23. 7. 2020, [www.ardmediathek.de/video/phoenix-vor-ort/akk-freiwilliger-wehrdienst-im-heimatschutz/phoenix/Y3JpZDovL3dkci5kZ-S9CZWl0cmFnLTEzZDVkMGRILWY5OTgtNDY2MCIhNT-NmLTk3YTlxMzBkNmFiNA](http://www.ardmediathek.de/video/phoenix-vor-ort/akk-freiwilliger-wehrdienst-im-heimatschutz/phoenix/Y3JpZDovL3dkci5kZ-S9CZWl0cmFnLTEzZDVkMGRILWY5OTgtNDY2MCIhNT-NmLTk3YTlxMzBkNmFiNA).

**12** Vgl. Haben Sie Angst vor Wladimir Putin, Herr Bundeskanzler?, 23. 2. 2023, [www.bild.de/politik/inland/politik-inland/olaf-scholz-geht-auf-energie-abzocker-los-bundestkanzler-exklusiv-im-bild-intervi-83005574.bild.html](http://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/olaf-scholz-geht-auf-energie-abzocker-los-bundestkanzler-exklusiv-im-bild-intervi-83005574.bild.html).

**13** Pistorius sieht Gefahr eines Kriegs in Europa, 29. 10. 2023, [www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/pistorius-zeiten-wende-ukraine-israel-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/pistorius-zeiten-wende-ukraine-israel-100.html).

schaft. Die meisten Politiker der Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP machten sich diese Worte nicht zu eigen. Es entstand aber nach dem 24. Februar 2022 ein Konsens darüber, dass sich Deutschland gemeinsam gegen innere und äußere Bedrohungen wappnen müsse. In der Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es: „Sicherheit geht alle Menschen in unserem Land etwas an, alle tragen dafür Verantwortung und haben etwas beizutragen.“<sup>14</sup>

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) sprach sich für eine soziale Pflichtzeit aus, um mehr Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs zu schaffen und damit „wieder zu mehr Gemeinsinn [zu] kommen“.<sup>15</sup> Ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Verbänden forderte einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst, ein höheres Taschengeld für Freiwillige und die gezielte Ansprache aller jungen Menschen, um freiwilliges Engagement „selbstverständlich“ zu machen.<sup>16</sup> Während diese Vorstöße auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt zielen, ist der von Bundesverteidigungsminister Pistorius vorgestellte „neue Wehrdienst“ an den Kapazitäten und Bedarfen der Streitkräfte ausgerichtet. Zwar setzt der „neue Wehrdienst“ zunächst auf Freiwilligkeit, aber Pistorius kündigte an: „Ganz ohne Pflicht wird es nicht gehen.“<sup>17</sup>

Nicht viel ist an dem Dienst gänzlich neu, bietet die Bundeswehr doch bereits zwei Freiwilligendienste an. Die Wehreffassung wird wieder aufgenommen. Alle Männer und Frauen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, erhalten von der Bundeswehr einen Fragebogen. Männer sind verpflichtet, die darin gelisteten Fragen zu ihrer körperlichen Eignung und ihrem Interesse an der Bundeswehr zu beantworten. Frauen müssen sich nicht zurückmelden. Es sollen diejenigen ausgewählt werden,

die „am fittesten, am geeignetsten und am motiviertesten“ sind.<sup>18</sup> Geplant ist, 400 000 Männer und Frauen zu kontaktieren, 40 000 bis 50 000 zu mustern und 5000 auszubilden. Die Zahl der Wehrdienstleistenden soll ansteigen und damit das Ziel von 200 000 zusätzlichen Reservisten bis 2029 erreicht werden.

Der Schluss liegt nahe, dass Pistorius' Wehrdienstmodell das abbildet, was möglich ist, und nicht das, was dem Bundesverteidigungsminister nötig erscheint. Einschneidendere Maßnahmen wurden – mit dem Verweis auf Mehrheitsverhältnisse, weiteren Diskussionsbedarf und langwierige legislative Prozesse – auf die nächste Legislaturperiode verschoben.

Nachfolgend wird aufgezeigt, welche Argumente die Debatte bestimmen. Normative und instrumentelle Argumente konkurrieren. Werte wie Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt bilden den Rahmen für Kosten-Nutzen-Kalkulationen.

*Sicherheit:* Der Bundesverteidigungsminister begründete die Einführung des „neuen Wehrdienstes“ mit einer veränderten Bedrohungslage. Russland sei spätestens 2029 in der Lage, die Nato anzugreifen, und darauf müsse Deutschland vorbereitet sein. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien beschreiben eine „unmittelbare Bedrohung für die Souveränität und territoriale Integrität Deutschlands und seiner Verbündeten“.<sup>19</sup> Laut den novellierten Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung ist Deutschland „militärisch bedroht“.<sup>20</sup> Während der Bundesverteidigungsminister einen „Mentalitätswandel“ forderte, versicherte der Bundeskanzler seinen Landsleuten, dass Deutschland und die Nato nicht in einen Krieg hineingezogen würden.<sup>21</sup> Eine aufrüttelnde, von dem Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) als „Kriegsrhetorik“ diffamierende Sprache steht einer beschwichtigenden entgegen.<sup>22</sup> An dem Versprechen von Sicherheit, das im Koalitionsvertrag formuliert wurde, wird festgehalten.

**14** Bundesregierung, Nationale Sicherheitsstrategie, 2023, S. 17.

**15** Interview zur Idee einer sozialen Pflichtzeit, 29.7.2022, [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Interviews/2022/220729-dpa-Interview-Pflichtzeit.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Interviews/2022/220729-dpa-Interview-Pflichtzeit.html).

**16** Freiwilligendienste 2030. Vision für eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit, September 2024, [www.rechtauffreiwilligendienst.de](http://www.rechtauffreiwilligendienst.de).

**17** Pistorius zu Wehrdienst-Debatte: „Ganz ohne Pflicht wird es nicht gehen“, 29.5.2024, [www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/pistorius-wehrpflicht-bundeswehr-pflichtdienst-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/pistorius-wehrpflicht-bundeswehr-pflichtdienst-100.html).

**18** Neuer Wehrdienst (Anm. 4).

**19** Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 2023, S. 21.

**20** Bundesministerium des Innern und für Heimat, Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung, 2024, S. 5.

**21** Pistorius sieht Gefahr eines Kriegs in Europa (Anm. 13).

**22** Mohamed Ali kritisiert Wehrpflicht-Pläne, 12.6.2024, [www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/mohamed-ali-kritisiert-wehrpflicht-pläne/ar-BB1o4cDK](http://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/mohamed-ali-kritisiert-wehrpflicht-pläne/ar-BB1o4cDK).

*Freiheit:* Obgleich Sicherheit und Freiheit zuweilen in ein Spannungsverhältnis gesetzt werden, spricht Bundesaußenministerin Annalena Baerbock von der „Sicherheit der Freiheit unseres Lebens“.<sup>23</sup> In der Ukraine gehe es um mehr als Sicherheit. Es gehe um ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit. Laut der Wehrbeauftragten Eva Högl sei es notwendig, die „Gesellschaft als Ganzes in die Lage zu versetzen, unseren Frieden und unsere Freiheit zu verteidigen“.<sup>24</sup> Ein verpflichtender Dienst an der Gesellschaft könne hierzu beitragen. Der CSU-Vorsitzende Markus Söder stimmte – nach einer anfänglich ablehnenden Haltung – mit ein: „Es geht um die Sicherheit und Freiheit Deutschlands in schwierigen Zeiten“.<sup>25</sup> Die FDP wiederum kritisierte einen solchen Eingriff in die persönliche Freiheit junger Menschen als „unverhältnismäßig“ und lehnte eine „Gespensterdiskussion“ ab.<sup>26</sup> Die aktuelle Bedrohungslage könne einen solchen Eingriff nicht rechtfertigen.<sup>27</sup> SPD-Chefin Saskia Esken sekundierte: „Ich halte wenig von einer Wiedereinführung einer Pflicht, einer Verpflichtung von erwachsenen Menschen, schon mal grundsätzlich aus meinem Menschenbild heraus.“<sup>28</sup> Es mag auch an dieser Kontroverse liegen, dass der Bundesverteidigungsminister immer wieder herausstellte, dass niemand die alte Wehrpflicht zurück haben wolle. Der „neue Wehrdienst“ sei

freiwillig und könne jungen Menschen eine „sinnstiftende Aufgabe“ bieten.<sup>29</sup>

*Gerechtigkeit:* Frauen werden durch das neue Wehrdienstmodell zu nichts verpflichtet. Vom Bundesverteidigungsminister wird dies damit begründet, dass eine Grundgesetzänderung in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr umzusetzen sei. Die Wehrbeauftragte sprach sich dafür aus, zukünftig beide Geschlechter zu verpflichten – im Rahmen eines Gesellschaftsjahrs, das ein breites Spektrum an Einsatzmöglichkeiten bietet.<sup>30</sup> Der Generalinspekteur der Bundeswehr merkte an, dass in der Frage der Wehrpflicht Gleichberechtigung erreicht werden müsse.<sup>31</sup> Selbst Politikerinnen aus Parteien, die sich gegen einen verpflichtenden Dienst an der Waffe aussprachen, zeigten sich aufgeschlossen. Kritisiert wurde von Grüner Jugend, Jungen Liberalen und FDP, dass junge Menschen übermäßig belastet würden. Eine Wehrpflicht mache jüngere Generationen „zum Notnagel der Bundeswehr“.<sup>32</sup>

*Sozialer Zusammenhalt:* Der Bundesverteidigungsminister hatte die Debatte über die Wehrpflicht anfangs in einen größeren Zusammenhang gestellt. Pistorius teilte seine Beobachtung, dass sich Staat und Gesellschaft zunehmend entfremdeten.<sup>33</sup> Der verpflichtende Grundwehrdienst hätte auch dazu beigetragen, das Band zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu festigen. Dieses Argument rückte zusehends in den Hintergrund – und wurde hauptsächlich mit Bezug auf soziale Pflichtzeit, Gesellschaftsjahr oder Dienstpflicht vorgebracht.

Neben normativen bestimmten auch instrumentelle Argumente die Debatte. Wie schon in

**23** „Die Sicherheit der Freiheit unseres Lebens“, Außenministerin Annalena Baerbock bei der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie, 18.3.2022, [www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-nationale-sicherheitsstrategie/2517738](http://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-nationale-sicherheitsstrategie/2517738).

**24** „Wir brauchen ein Pflichtjahr für alle – Männer wie Frauen“, Interview mit Eva Högl, 15.6.2024, [www.bundes-tag.de/parlament/wehrbeauftragter/reden/20240615-sterne-1008950](http://www.bundes-tag.de/parlament/wehrbeauftragter/reden/20240615-sterne-1008950).

**25** Wehrpflicht für alle Männer!, Interview mit Markus Söder, 31.12.2023, [www.bild.de/politik/inland/politik-inland/markus-soeder-im-interview-deutschland-braucht-eine-drohnenarmee-86582810.bild.html](http://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/markus-soeder-im-interview-deutschland-braucht-eine-drohnenarmee-86582810.bild.html).

**26** Bundeswehr braucht keine Zwangsverpflichteten, 18.12.2023, [www.fdp.de/bundeswehr-braucht-keine-zwangsverpflichteten](http://www.fdp.de/bundeswehr-braucht-keine-zwangsverpflichteten); Lindner nennt Rückkehr zur Wehrpflicht „Gespensterdiskussion“, 1.2.2023, [www.spiegel.de/politik/a-47ee8162-29d3-4352-8cad-0e66e6ec4b8a7](http://www.spiegel.de/politik/a-47ee8162-29d3-4352-8cad-0e66e6ec4b8a7).

**27** Alexander Müller auf X, 6.5.2024, <https://x.com/alexmuellerfdp/status/1787353533693436223>.

**28** SPD-Chefin Esken lehnt Wehrpflicht-Überlegungen von Pistorius ab, 20.12.2023, [www.rnd.de/politik/pistorius-denkt-ueber-wehrpflicht-rueckkehr-nach-spd-chefin-dagegen-3NOPS-M5NQVJUJVL667GNJMYSB2E.html](http://www.rnd.de/politik/pistorius-denkt-ueber-wehrpflicht-rueckkehr-nach-spd-chefin-dagegen-3NOPS-M5NQVJUJVL667GNJMYSB2E.html).

**29** „Die Aussetzung der Wehrpflicht war ein Fehler“, Interview mit Boris Pistorius, 20.10.2023, [www.handelsblatt.com/politik/29455274.html](http://www.handelsblatt.com/politik/29455274.html).

**30** Interview mit Eva Högl (Anm. 24).

**31** Vgl. Markus Decker, Deutschlands oberster Soldat: Wir sollten bei der Wehrpflicht Gleichberechtigung herstellen, 4.7.2024, [www.rnd.de/politik/deutschlands-oberster-soldat-sollten-bei-der-wehrpflicht-gleichberechtigung-herstellen-PVG3JO-53DRASLBBIICP5XKS4GNQ.html](http://www.rnd.de/politik/deutschlands-oberster-soldat-sollten-bei-der-wehrpflicht-gleichberechtigung-herstellen-PVG3JO-53DRASLBBIICP5XKS4GNQ.html).

**32** Grüne Jugend stemmt sich gegen Wehrpflicht: „Macht unsere Generation zum Notnagel der Bundeswehr“, 30.5.2024, [www.rnd.de/politik/wehrpflicht-gruene-jugend-stemmt-sich-gegen-pistorius-bundeswehr-plan-N2XHBJHXEJLIZNNTODXYTU-JBZU.html](http://www.rnd.de/politik/wehrpflicht-gruene-jugend-stemmt-sich-gegen-pistorius-bundeswehr-plan-N2XHBJHXEJLIZNNTODXYTU-JBZU.html).

**33** Vgl. Georg Ismar/Nicolas Richter/Mike Szymanski, Pistorius besorgt um Bundeswehr, 27.1.2023, [www.sueddeutsche.de/1.5740569](http://www.sueddeutsche.de/1.5740569).

den Jahren zuvor verwiesen Politiker auf den geringen militärischen Nutzen von Wehrpflichtigen. Insbesondere die FDP kritisierte, dass die Wehrpflicht keinen Beitrag zur „gesamtgesellschaftlichen Resilienz“ leisten und die Probleme der Bundeswehr nicht lösen könne.<sup>34</sup> Moderne, professionelle Streitkräfte bräuchten keine Wehrpflichtigen. Vielmehr müsse die Bundeswehr reformiert werden, um den Dienst an der Waffe attraktiver zu machen. Der damalige SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert beschied, dass die Debatte von dringlichen Problemen ablenke und längst entschieden sei.<sup>35</sup> Ähnlich äußerte sich der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn.<sup>36</sup> Sein Nachfolger Carsten Breuer unterstrich wiederum, dass der von Pistorius vorgeschlagene Dienst den zusätzlichen Bedarf an Reservisten decken könne.<sup>37</sup> Die CSU bezeichnete den Vorschlag als „kümmerlich“, und die CDU bekannte sich zu dem Ziel, die Wehrpflicht wieder einzusetzen und perspektivisch in ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr zu überführen.<sup>38</sup>

Neben dem militärischen Nutzen wurden auch die Kosten eines verpflichtenden Dienstes hinterfragt. Die FDP stützte ihre Kritik auf eine Studie des ifo-Instituts, die das Bundesfinanzministerium beauftragt hatte. Demnach entstünden durch einen solchen Dienst hohe volkswirtschaftliche Kosten – insbesondere durch einen späteren Einstieg in die Bildungs- und Berufsplanung und einem Rückgang des privaten Konsums.<sup>39</sup> Bereits zuvor hatten die Jungen Liberalen eine Wehrpflicht aufgrund der wirtschaftlichen Folgen als „politisch unverantwortlichen Wahnsinn“ gebrandmarkt.<sup>40</sup> Die Re-

pplik des Bundesverteidigungsministers, wonach Krieg immer teurer als glaubhafte Abschreckung sei, veranschaulicht einen unversöhnlichen Gegensatz.<sup>41</sup>

## BLICK NACH SCHWEDEN

Der Bundesverteidigungsminister brachte wiederholt das „schwedische Modell“ der Wehrpflicht in die Debatte ein. Insbesondere zwei Merkmale hob er hervor: Auswahl und Freiwilligkeit. In Schweden werden zurzeit die Grenzen dieses Ansatzes ersichtlich. 2024 wurden zum ersten Mal junge Männer und Frauen zur Musterung einberufen, die im Fragebogen angegeben hatten, gar nicht motiviert zu sein.<sup>42</sup> Bis 2030 soll die Zahl an Wehrpflichtigen auf 10000 ansteigen; das entspräche rund zehn Prozent der Alterskohorte und einer Verdopplung innerhalb von zehn Jahren.<sup>43</sup> Zudem lässt eine geschlechtsneutrale Wehrpflicht geschlechtsspezifische Unterschiede nicht verschwinden. Zurzeit sind weniger als zwanzig Prozent der Wehrdienstleistenden weiblich, obwohl alle Geschlechter den gleichen Pflichten unterliegen.<sup>44</sup> Ebenfalls unterrepräsentiert sind Schweden mit Migrationshintergrund.<sup>45</sup>

In der deutschen Debatte wird häufig der Kontext ausgeblendet, in dem die 2017 beschlossene Wiedereinführung der Wehrpflicht in Schweden steht. 2015 wurden die Planungen ziviler und militärischer Organisationen für die gemeinsame Verteidigung Schwedens wieder aufgenommen. Begründet wurde dies mit der verschlechterten Sicherheitslage. Schweden müsse sich auf einen Krieg vorbereiten. Die gesamte Zivilbevölkerung ist rechtlich verpflichtet, zur Gesamtverteidigung beizutragen. Bei Kriegsgefahr oder

**34** Marie Agnes Strack-Zimmermann zit. nach Markus Decker, FDP und Grüne lehnen Pistorius' Wehrpflichtpläne ab, 6.3.2024, [www.rnd.de/politik/wehrpflicht-in-deutschland-fdp-und-gruene-gegen-pistorius-plaene-F2CASPQ2TZDAN-PELVKQBUCF6JE.html](http://www.rnd.de/politik/wehrpflicht-in-deutschland-fdp-und-gruene-gegen-pistorius-plaene-F2CASPQ2TZDAN-PELVKQBUCF6JE.html).

**35** Vgl. Schluss mit freiwillig?, 2.3.2022, [www.sueddeutsche.de/1.5539938](http://www.sueddeutsche.de/1.5539938).

**36** Vgl. ebd.

**37** Vgl. Decker (Anm. 31).

**38** CSU, Leit Antrag. Sicherheit stärken, Freiheit verteidigen, 2024; CDU, Grundsatzprogramm, 2024.

**39** Vgl. Joop Age Harm Adema et al., Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres, in: ifo Forschungsberichte 144/2024.

**40** Franziska Brandmann zit. nach Über Wehrfähigkeit statt Wehrpflicht sprechen, 1.2.2023, <https://julius.de/ueber-wehrfaehigkeit-statt-wehrpflicht-sprechen>.

**41** Vgl. Pistorius antwortet Lindner: „Krieg ist immer teurer als Abschreckung“, 24.7.2024, [www.faz.net/-19875675.html](http://www.faz.net/-19875675.html).

**42** Vgl. Tusentals unga ska kallas till mönstring mot sin vilja, 21.1.2024, [www.svt.se/nyheter/inrikes/tusentals-unga-ska-kallas-till-monstring-mot-sin-vilja](http://www.svt.se/nyheter/inrikes/tusentals-unga-ska-kallas-till-monstring-mot-sin-vilja).

**43** Vgl. Försvarsbeslutet 2025–2030, 15.10.2024, [www.regeringen.se/regeringens-politik/totalforsvar/forsvarsbeslutet-20252030](http://www.regeringen.se/regeringens-politik/totalforsvar/forsvarsbeslutet-20252030).

**44** Vgl. Färre kvinnor gör värnplikten – men i Umeå är de i majoritet, 20.1.2024, [www.svt.se/nyheter/lokalt/vasterbotten/farre-kvinnor-gor-lumpen-men-pa-skydd-c-i-umea-ar-de-i-majoritet](http://www.svt.se/nyheter/lokalt/vasterbotten/farre-kvinnor-gor-lumpen-men-pa-skydd-c-i-umea-ar-de-i-majoritet).

**45** Vgl. Unga med utländsk bakgrund underrepresenterade inom försvaret, 21.2.2024, [www.svt.se/nyheter/inrikes/unga-med-utlandsk-bakgrund-underrepresenterade-inom-forsvaret](http://www.svt.se/nyheter/inrikes/unga-med-utlandsk-bakgrund-underrepresenterade-inom-forsvaret).

Kriegsausbruch gelten Wehrpflicht (*Värnplik*), Zivilpflicht (*Civilplik*) und allgemeine Dienstpflicht (*Allmän tjänsteplik*). Und zwar für alle Menschen, die im Land leben – nicht ausschließlich für Staatsbürger.

Der schwedische Minister für Zivilverteidigung machte zu Beginn des Jahres deutlich, dass es „Krieg in Schweden geben könne“ und sich alle jetzt darauf einstellen müssten: „Wer bist du, wenn der Krieg kommt?“<sup>46</sup> Bereits 2018 hatte die Zivilschutzbehörde die Broschüre „Wenn Krise oder Krieg eintreten“ an alle Haushalte verschickt, um über Risiken und Vorsorgemaßnahmen zu informieren. Eine Neuauflage erschien im Herbst 2024. Die aktualisierte Broschüre ist umfangreicher und inhaltlich an militärischen Bedrohungen ausgerichtet, beispielsweise wurden Informationen zum richtigen Verhalten während eines Luftangriffs ergänzt.<sup>47</sup>

Zusätzlich zur Wehrpflicht hat Schweden Anfang 2024 die Zivilpflicht aktiviert. Zunächst können sich Personen mit einschlägiger Erfahrung melden, um im Bereich der kommunalen Rettungsdienste und der Stromversorgung tätig zu werden.<sup>48</sup> Gänzlich freiwillig ist das Engagement in den Heimatschutzkräften, die in die Streitkräfte integriert sind. Die Einheiten der Heimatschutzkräfte sind über das Land verteilt und schnell einsatzbereit. Seit der russischen Völlinvasion der Ukraine hat sich das Interesse am Dienst in den Heimatschutzkräften enorm gesteigert – mit dem Effekt, dass 10 000 der 40 000 zwischen 2022 und Juli 2024 eingegangenen Bewerbungen noch bearbeitet werden.<sup>49</sup> Zurzeit dienen 22 000 Schweden in den Heimatschutzkräften. Zudem gibt es 18 freiwillige Verteidigungsorganisationen mit ungefähr 400 000 Mitgliedern, die spezielle Fähigkeiten in die Gesamtverteidigung einbringen – von der Tierversorgung bis zum Funkverkehr.

**46** Anförande av minister för civilt försvar Carl-Oskar Bohlin vid Folk och Försvars Rikskonferens 2024, 7. 1. 2024, [www.regeringen.se/tal/2024/01/anforande-av-minister-for-civilt-forsvar-carl-oskar-bohlin-vid-folk-och-forsvars-rikskonferens-2024](http://www.regeringen.se/tal/2024/01/anforande-av-minister-for-civilt-forsvar-carl-oskar-bohlin-vid-folk-och-forsvars-rikskonferens-2024).

**47** Vgl. Myndigheten för samhällsskydd och beredskap, Om krisen eller kriget kommer, 2024, <https://rib.msb.se/filer/pdf/30828.pdf>.

**48** Vgl. I dag aktiveras civilplikten, 19. 1. 2024, [www.regeringen.se/pressmeddelanden/2024/01/i-dag-aktiveras-civilplikten](http://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2024/01/i-dag-aktiveras-civilplikten).

**49** Vgl. Antalet hemvärnssoldater ökar stadigt, 28. 8. 2024, [www.forsvarsmakten.se/sv/aktuellt/2024/08/antalet-hemvarnssoldater-okar-stadigt](http://www.forsvarsmakten.se/sv/aktuellt/2024/08/antalet-hemvarnssoldater-okar-stadigt).

## FAZIT

Deutschland diskutiert seit dem 24. Februar 2022 über Krieg in Europa. Nach einem ersten Schock hat sich inner- und zwischenparteilicher Richtungsstreit Bahn gebrochen. Ein Beispiel hierfür ist die Frage nach der Wehrpflicht. Was im Jahr 2011 die Aussetzung des verpflichtenden Grundwehrdienstes begründete, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Dennoch herrscht kein Konsens darüber, wie bedrohlich die Lage ist und welche Schlüsse daraus gezogen werden müssen. Selbst der von Pistorius vorgeschlagene „neue Wehrdienst“, der das begrenzte Ziel verfolgt, die Reserve durch ehemalige freiwillig Wehrdienstleistende aufzustocken, ist umstritten. Der Vergleich mit Schweden zeigt, dass nicht eine einzelne Maßnahme entscheidend ist, um als Gesellschaft wehrhaft zu werden. Vielmehr geht es darum, ein Ziel auszugeben, an dem sich alle orientieren können. Obwohl Deutschland einen integrierten Sicherheitsansatz verfolgt und sich zur Gesamtverteidigung bekennt, scheint sich hieraus keine strategische Orientierung für Worte und Taten abzuleiten.

### ALEXANDRA M. FRIEDE

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr in Hamburg. Sie forscht zu Verteidigungspolitik im Ostseeraum. 2024 war sie Gastwissenschaftlerin an der Universität Göteborg.

# PREIS DER FREIHEIT

## Zu den ökonomischen Kosten der Zeitenwende

*Stefan Bayer*

Nationale Verteidigung kostet Geld – eine banale Aussage, die in der wiedervereinigten Bundesrepublik allerdings jahrzehntelang kaum Beachtung fand. Dies war möglich, weil nicht wenige Menschen davon ausgingen, dass der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der vom „Ende der Geschichte“ schrieb, Recht behalten würde.<sup>01</sup> Seine Publikationen erfuhren gerade in Deutschland eine für die wissenschaftliche Reflexion ungeahnte Aufmerksamkeit: Der Kapitalismus hatte unwiderruflich über den Sozialismus gesiegt, und damit fehlte auf absehbare Zeit ein uns bedrohender Gegner. Insofern konnten die Kosten für sicherheitspolitische Maßnahmen aller Art unter Berufung auf Fukuyama reduziert werden. Allerspätestens der Februar 2022 zeigte uns aber leider deutlich, dass Fukuyamas These keine Ewigkeitsgarantie hatte.<sup>02</sup> Wir mussten und müssen uns (nach den teilweise fast vergessenen Kriegen auf dem Balkan) wieder ernsthaft mit dem Thema „Krieg“ mitten in Europa beschäftigen.

### HAUSHALT UND BUNDESWEHR

Der Krieg in der Ukraine läutete die „Zeitenwende“ ein und bescherte der Bundeswehr ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro. Seither diskutieren wir in Deutschland intensiver über die Finanzierung vor allem der Streitkräfte und die etwas verspätete Einhaltung des Nato-Zwei-Prozent-Zieles: Im längerfristigen Durchschnitt gab Deutschland seit 1990 1,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aus.<sup>03</sup> Darüber hinaus steht die Ausgestaltung deutscher „Kriegstüchtigkeit“ an, die Verteidigungsminister Boris Pistorius wiederholt öffentlich verkündete und politisch anstrebt.

Im jährlich vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Bundeshaushalt ist die Verteidigung seit jeher einer der größten Ausgabepos-

ten: Das Verteidigungsbudget rangierte dabei in den vergangenen vierzig Jahren immer auf dem zweiten oder dritten Platz.<sup>04</sup> In absoluten Beträgen stieg es seit 2015 überproportional stark um gut 15 Milliarden Euro auf jetzt 52 Milliarden Euro<sup>05</sup> – möglicherweise als Konsequenz der Besetzung der Krim durch Russland oder aufgrund der Notwendigkeit, das Zwei-Prozent-Ziel der Nato einzuhalten. Da der Bundeshaushalt immer auch eine politische Programmfunktion hat, mit der die jeweiligen Regierungskoalitionen ihre politischen Prioritäten in Ausgaben ausdrücken, könnte dies zwar den Schluss nahelegen, dass Verteidigung in der jüngeren Vergangenheit einen höheren Stellenwert in der Bundespolitik eingenommen hat. Ein Blick auf den prozentualen Anteil des Verteidigungshaushalts an den Gesamtausgaben des Bundes zeigt jedoch, dass die regulären fiskalischen Mittel trotz des Kriegsbegins in der Ukraine relativ konstant bei gut elf Prozent der Gesamtausgaben des Bundes verharren.

Die Zahlen werden allerdings ohne das Sondervermögen des Bundes für die Bundeswehr ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um ein Finanzierungsinstrument des Bundes ausschließlich für die Bundeswehr, das dieser eine eigene Kreditemächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro einräumt. Das Sondervermögen ermöglicht die Erreichung des Zwei-Prozent-Kriteriums der Nato bis 2027; danach wird es vermutlich verausgabt sein. Mit ihm soll die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik sowie der Nato gestärkt werden – so wird eine erste Facette als Untergrenze ökonomischer Kosten der Zeitenwende beziffert.

Allerdings verdeutlicht die Einführung des Sondervermögens bereits ein Problem: Zusätzlich zum regulären Verteidigungsbudget des Bundes steht es in den nächsten Fiskaljahren für kreditfinanzierte Beschaffungen von Material der Bundeswehr zur Verfügung, ohne dass sich

dies im Finanzplan des Bundes abbildet.<sup>06</sup> Damit umgeht man politisch das Problem, Antworten auf die Frage nach einer nachhaltigen Finanzierung der Verteidigung in der Zukunft geben zu müssen, die in den regulären Haushaltsverhandlungen stets diskutiert werden müssten. Salopp formuliert: Mit dem Sondervermögen und seiner Verausgabung bis voraussichtlich Ende 2027 verbindet sich die politische Hoffnung, dass sich die Sicherheitslage in Europa bis dahin normalisiert haben wird. Dessen ungeachtet wird mit der Parlamentsvorlage des (unverbindlichen) Finanzplanes des Bundes 2024–2028 vom 6. September 2024 der Bundestag darüber informiert, dass die dauerhafte Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels der Nato dann aus dem regulären Haushalt finanziert werden müsste. Dies würde ab 2028 zu absehbaren Mehrausgaben von rund 26 Milliarden Euro im Verteidigungshaushalt führen. Dieser Betrag entspräche etwa sechs Prozent des Gesamtvolumens der Haushalte der Fiskaljahre 2024 beziehungsweise 2025.<sup>07</sup> Die Gesamtausgaben für Verteidigung beliefen sich dann inklusive der Versorgungsausgaben im Jahr

2028 auf 80 Milliarden Euro.<sup>08</sup> Dies ist ein zweiter Aspekt der ökonomischen Kosten der Zeitenwende: Absolut steigende Mittelzuweisungen für den Verteidigungshaushalt können als intertemporales Versprechen der jetzigen Bundesregierung interpretiert werden, das Nato-Kriterium dauerhaft zu erfüllen. Allerdings ist festzuhalten, dass unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Finanzierung reguläre Mehrausgaben für Verteidigung in Höhe von 26 Milliarden Euro pro Jahr wichtiger wären als die Schaffung des einmaligen Sondervermögens.

## VERSUCH DER QUANTIFIZIERUNG

Um die Kosten für die Wiederherstellung der Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr näher zu bestimmen, werden im Folgenden zwei unterschiedliche Ansätze gegenübergestellt: Im ersten dient das Nato-Kriterium als Referenzgröße (fiktiv mit Beginn der Wiedervereinigung). Es stellt sich die Frage, wie hoch der monetäre Fehlbetrag bei den Mittelzuweisungen für die Bundeswehr kumulativ seit 1990 und dem „Genießen“ einer sogenannten Friedensdividende ausfällt.<sup>09</sup> Der Bundeswehr standen im längerfristigen Durchschnitt seit 1991/92 Finanzmittel in Höhe von etwa 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung – im Durchschnitt fehlten ihr also pro Jahr 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dieser Referenz. Die Nichterfüllung des Nato-Kriteriums bedeutet über einen Zeitraum von 32 beziehungsweise 33 Jahren eine finanzielle Unterausstattung der Bundeswehr gegenüber dieser Referenz in Höhe von 20 bis 25 Milliarden Euro pro Jahr. Daraus ergibt sich als Untergrenze ein Defizit von 640 Milliarden Euro, als Obergrenze ein Defizit von 825 Milliarden Euro.<sup>10</sup> Diese Be-

**01** Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History?*, in: *Center for the National Interest* 16/1989, S. 3–18; ders., *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

**02** Die russische Annexion der Krim 2014 oder auch der Einmarsch Russlands nach Georgien 2008 wären ebenfalls zu nennen.

**03** Vgl. Nato, *Defence Expenditure of Nato Countries (2014–2024)*, 2024, [www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2024/6/pdf/240617-def-exp-2024-en.pdf](http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2024/6/pdf/240617-def-exp-2024-en.pdf).

**04** Vgl. Stefan Bayer, *Der Verteidigungshaushalt – Trendwende bei den Verteidigungsausgaben?*, 16. 6. 2017, [www.bpb.de/24929](http://www.bpb.de/24929); ders., *Theoretical Determinants and Practical Design of the Federal Budget as Exemplified by Departmental Budget 14*, in: Ina Wiesner (Hrsg.), *German Defence Politics*, Baden Baden 2013, S. 227–250.

**05** Vgl. Bundesministerium der Finanzen, *Finanzbericht 2025*, 30. 8. 2024, [www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche\\_Finzen/Daten-und-Berichte/daten-und-berichte.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/Daten-und-Berichte/daten-und-berichte.html). Darüber hinaus finden sich online auf den Seiten des Bundesfinanzministeriums viele weitere Jahrgänge dieses umfassenden Nachschlagewerkes öffentlicher Finanzen.

**06** Es handelt sich beim Finanzplan um eine kurzfristige, aber völlig unverbindliche Planung der Ausgabenansätze auf Bundesebene über das geplante Fiskaljahr hinaus; derzeit wird der Finanzplan des Bundes 2024 bis 2028 politisch verhandelt, der mit dem Haushalt 2025 im November 2024 verabschiedet werden soll und die Jahre 2026 bis 2028 abdeckt.

**07** Vgl. Bundesministerium der Finanzen, *Regierungsentwurf 2025*, [www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html](http://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html).

**08** Vgl. Bundestagsdrucksache 20/12401, 6. 9. 2024, *Finanzplan des Bundes 2024 bis 2028*, S. 20.

**09** Die Friedensdividende könnte als politischer „Ertrag“ der Überlegungen Fukuyamas interpretiert werden, die Quersubventionierungen weg von Verteidigung hin zu politisch Erwünschtem ermöglichte.

**10** Eigene sehr vereinfachte Rechnung mit Zahlen aus den Finanzberichten der jeweiligen Kalenderjahre sowie den darin enthaltenen langen Reihen. In dieser kursorischen Rechnung wird etwa auf eine Inflationsbereinigung vollständig verzichtet – sie bietet eine grobe Orientierung. Würde zusätzlich noch die Inflation in dieser Periode berücksichtigt und auf Kaufkraftparitäten abgestellt, würden sich die angegebenen Werte etwa verdoppeln und damit einen noch deutlich höheren Nachfinanzierungsbedarf indizieren. Daten von Bundesministerium der Finanzen (Anm. 5).

träge übersteigen das 2022 eingerichtete Sondervermögen um ein Vielfaches, sodass ein hoher fiktiver kumulierter Einspareffekt für Maßnahmen außerhalb des Verteidigungshaushaltes verausgabt werden konnte. Insofern könnte man das Sondervermögen auch als Verschleierung der tatsächlichen finanziellen Defizite beziehungsweise Minderzuweisungen an die Bundeswehr interpretieren.

Mit diesem rechnerischen Defizit gingen zwei weitere reale Effekte einher, die nun in der Zeitenwende korrigiert werden müssen und damit Kosten verursachen, die hier aber nicht weiter quantifiziert werden können: Eine kleinere Bundeswehr reduzierte sowohl die Nachfrage nach Personal als auch die Nachfrage nach Rüstungsgütern. Beide Effekte führten auch zu einer veränderten operativen und strategischen Ausrichtung der Bundeswehr – in der Zeit der überwiegenden Auslandseinsätze konnte dies relativ leicht kompensiert werden. Mit der sich seit Veröffentlichung der Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 abzeichnenden und im Weißbuch 2016 intensivierten stärkeren Ausrichtung der Bundeswehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung sind beide Probleme virulent geworden und beschäftigen die Bundeswehr derzeit massiv.<sup>11</sup> Momentan zeichnet sich ab, dass neben der finanziellen Ausstattung die Stärkung der Verteidigungsindustrie und die zukünftige Personalgewinnung und -bindung in einer postheroischen Gesellschaft<sup>12</sup> zwei weitere zentrale Herausforderungen für das Gelingen der Zeitenwende sind.

An diesem Ansatz zur Quantifizierung der Kosten der Zeitenwende ist die Rückwärtsgerwandtheit zu kritisieren: Der Ausrüstungsbedarf ist heute ein anderer als vor zwanzig Jahren; insofern hilft es uns in der aktuellen Debatte um eine kriegstüchtige Bundeswehr wenig, zu wissen, wie hoch der Verteidigungshaushalt in den 1990er Jahren hätte sein müssen, denn damit las-

sen sich die aktuellen Probleme nicht konstruktiv angehen.

Der zweite rechnerische Ansatz fragt deshalb danach, welche finanziellen Mittel heute erforderlich sind, um kriegstüchtige Streitkräfte aufzubauen und dauerhaft einsetzen zu können. Das ist ein fähigkeitsorientierter Ansatz, der sowohl in der Nato als auch in der Bundeswehr für die Streitkräfteplanung angewandt wird. Ziel ist es, diejenigen Mittel (auch) in der Bundeswehr verfügbar zu haben, die im Verteidigungsfall zur erfolgreichen Abwehr bestimmter Bedrohungen erforderlich sind. Derzeit ist beispielsweise von vielen Verteidigungsexperten zu hören, dass wir uns auch in Deutschland auf eine Situation vorbereiten müssen, in der Deutschland und die Nato-Partnerstaaten, insbesondere an der Ostflanke der Nato, in spätestens sieben Jahren in der Lage sein müssen, einen möglichen Angriff Russlands auf Nato-Territorium auch mit sichtbarem deutschen Einsatz abwehren zu können. Die damit verbundenen finanziellen Mittel werden im Bundesministerium der Verteidigung von den operativen Militärplanern im Rahmen verschiedener Szenarien quantifiziert, können aber im Rahmen dieses Aufsatzes nicht vertieft werden.

Inwieweit dieses Ziel in der Bundesrepublik erreicht werden kann, ist fraglich – eine aktuelle Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zeigt sich skeptisch.<sup>13</sup> Aus finanzwissenschaftlicher Sicht wäre es äußerst wünschenswert, wenn die Ausgaben zur Erfüllung eines politischen Auftrags den zuvor definierten Aufgaben folgen würden. Tatsächlich birgt die Umsetzung dieses sinnvollen Prinzips aber die große Gefahr massiver staatlicher Ausgabensteigerungen, weshalb in der finanzpolitischen Praxis gerne Ausgabenobergrenzen festgelegt werden, die das skizzierte Prinzip unterlaufen.

## KOSTEN VON SANKTIONEN

Neben der Stärkung der Bundeswehr sind als weitere ökonomische Kosten der Zeitenwen-

**11** Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, *Verteidigungspolitische Richtlinien. Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten*, Berlin 2011; Bundesministerium der Verteidigung, *Weißbuch 2016. Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin 2016.

**12** In postheroischen Gesellschaften sind die Ablehnung von Heldentum und die Negation nationaler Opferbereitschaft überwiegend identitätsstiftend. In ihnen wird der Staat als Versorgungsanstalt für eigene Interessen gesehen – individuelle Aktivitäten zur Verbesserung bestimmter Situationen sind wenig opportun.

**13** Vgl. Guntram B. Wolff/Alexandr Burilkov/Katelyn Bushnell/Ivan Kharitonov, *Fit For War In Decades: Europe's and Germany's Slow Rearmament Vis-à-vis Russia*, Kiel Institut für Weltwirtschaft, Kiel Report 1/2024, [www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/1f9c7f5f-15d2-45c4-8b85-9bb-550cd449d-Kiel\\_Report\\_no1.pdf](http://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/1f9c7f5f-15d2-45c4-8b85-9bb-550cd449d-Kiel_Report_no1.pdf).

de die Folgen der Sanktionen gegenüber Russland zu nennen. Sanktionen sind in der Regel ein sehr wirksames Instrument, um erwünschtes Verhalten im sanktionierten Land zu steuern.<sup>14</sup> Sie sind aber auch immer ein zweischneidiges Schwert: Sanktionierende Staaten schaden sich mit Sanktionen regelmäßig selbst, auch weil den zuvor exportierenden heimischen Unternehmen Einnahmen entgehen. Daher werden sie politisch gerne in kleineren Dosen verhängt, um die schädigende Wirkung auf den Sanktionierenden nicht allzu groß werden zu lassen. Der Grad der Selbstschädigung hängt dabei immer von der Substituierbarkeit der sanktionierten Güter und Dienstleistungen beziehungsweise von den Möglichkeiten des sanktionierten Landes ab, die Sanktionen zu umgehen. Da insbesondere Deutschland zu Beginn des Ukrainekrieges von dem sehr günstigen russischen Gas abhängig war, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Bundesregierung mit der Sanktionierung dieses Energieträgers sehr schwertat und daher zunächst andere Güter und Dienstleistungen auf den EU-Sanktionslisten standen.

Aus diesen Gründen sprechen neuere Forschungsergebnisse der derzeitigen Sanktionspolitik gegenüber Russland einen Erfolg ab oder halten ihn allenfalls für marginal.<sup>15</sup> Zentrale russische Makroindikatoren zeigen sich derzeit robust und wenig negativ von der europäischen Sanktionspolitik beeinflusst, sodass die russische Kriegsführung in der Ukraine davon kaum betroffen ist.

Interessant ist zumindest die Rolle Deutschlands aufgrund seiner strategisch erwünschten Abhängigkeit von (günstigen) fossilen Brennstoffen vor allem aus Russland, die heute zu einer weiteren Dimension der ökonomischen Kosten der Zeitenwende führt: Die lange verschleppte Energiewende wurde aus sicherheitspolitischer Perspektive leider auch nach der russischen Annexion der Krim 2014 nicht forciert, sondern mit der Vereinbarung zum Bau der Pipeline Nord Stream 2 im Jahr 2015 in einer deutschen Sonderrolle geradezu zementiert. Die massiven Gas- und Strompreissteigerungen nach Beginn des Ukrainekrieges durch den Weg-

fall billiger Importe waren somit vorhersehbare Preissteigerungen, die auf politischen Fehlern der Vergangenheit beruhen und Deutschland sogar erpressbar machten.

## VERTEILUNGSKÄMPFE UND VERDRÄNGUNGSEFFEKTE

Diese Überlegungen führen uns zum letzten Aspekt des Überblicks über die ökonomischen Kosten der Zeitenwende: Bei begrenzten öffentlichen Mitteln muss immer abgewogen und priorisiert werden – hier treten die Kosten der Zeitenwende im jährlichen Haushaltsgesetzgebungsverfahren offen zutage.

Zunächst muss dabei ein generelles Manko deutscher Politik thematisiert werden: Trotz der üblichen Ankündigungen eines Rekordvolumens an Investitionen im Haushaltsentwurf ist die Investitionsquote deutlich zu niedrig – konsumtive Ausgaben dominieren den Bundeshaushalt. Man könnte auch sagen: Wir leben in einer Zeit, in der politische Konstellationen eher verwaltet als gestaltet werden; Verwaltung führt zu hohen Konsumausgaben, während Gestaltung darauf verweist, dass eine erfolgreiche strategische Ausrichtung auf die Zukunft von heutigen Investitionen abhängt. Öffentliche Investitionen fungieren dabei als Vorleistungen für die wirtschaftliche Entfaltung privater Produktivkräfte. Der politische Nachteil investiver gegenüber konsumtiven Ausgaben besteht jedoch darin, dass sie erst in der (fernen) Zukunft Wirkungen entfalten, aber bereits heute kassenwirksam sind und damit konsumtive Ausgaben in der Gegenwart zurückdrängen. Insofern ist vor allem in Krisenzeiten eine gewisse politische Gegenwartspräferenz zu beobachten, die aber die Gefahr birgt, in der Zukunft bedauert zu werden, weil Wachstumseffekte dann eben geringer als sonst möglich ausfallen. Auch hier gilt also die ökonomische Grundeinsicht: *There is no such thing as a free lunch!* Interessanterweise lässt sich aber bei der Verteidigung in der Bundesrepublik ein Sonderfall beobachten: Ausgaben für Verteidigung sind in der Bundesrepublik politisch definiert keine Investitionen, sondern dauerhafter Konsum. Dabei wird unterstellt, dass beispielsweise die Beschaffung von Großgerät für die Bundeswehr eher den Charakter eines langlebigen Konsumgutes hat, dessen langfristiger Verbrauch keine investiven Erträge induziert.

<sup>14</sup> Für eine umfassende Übersicht verschiedener Autoren siehe Sanktionen gegen Russland: Wurde ihre Wirkung überschätzt? Eine Zwischenbilanz, ifo-Schnelldienst 5/2023.

<sup>15</sup> Vgl. Russia Monitor, <https://rus-monitor.wiiv.ac.at>.

Trotz der erwähnten Dominanz der konsumtiven Ausgaben sind die als konsumtiv definierten Verteidigungsausgaben im Vergleich zur Situation vor der Wiedervereinigung im Verhältnis zu den übrigen Bundesausgaben zurückgegangen. Dies entspricht der allgemeinen Interpretation der Friedensdividende – es fehlte eine Bedrohung für Deutschland, Europa und die Nato. Politisch in Vergessenheit geraten ist dabei allerdings der investive Charakter der (konventionellen wie nuklearen) Abschreckung mit dem Ertrag, eben nicht zum Ziel potenzieller Bedrohungen zu werden, weil diesen relativ leicht begegnet werden kann. Wäre dann nicht auch Abschreckung als Investition zu interpretieren? Und der tendenzielle Verzicht auf sie muss irgendwann kompensiert werden – und ist damit eine weitere Facette der ökonomischen Kosten der Zeitenwende.

Welche Spielräume für Verteidigungsausgaben können unter den genannten Bedingungen in den nächsten Fiskaljahren grundsätzlich erwartet werden? Abschließend wollen wir also die ökonomischen Kosten der Zeitenwende beleuchten, die bei zukünftigen Beratungen des Bundeshaushaltes deutlich werden und mehr Verteidigung wegen der damit verbundenen Opportunitätskosten – einmal verausgabtes Geld kann nicht nochmals für andere Zwecke verwendet werden – infrage stellen.<sup>16</sup>

Derzeit wird davon ausgegangen, dass eine Intensivierung der Verteidigung keinesfalls zulasten der sozialen Sicherheit gehen darf. Im Umkehrschluss gilt wohl, dass bei einer Erhöhung des Verteidigungsetats der Sozialetat zumindest konstant gehalten wird. Daraus ergibt sich aber ein massives Finanzierungsproblem: Können wir uns solche Ausgabensteigerungen (über viele Politikbereiche hinweg) ökonomisch leisten, wenn zudem die Schuldenbremse eingehalten werden soll? Derartige Kompensationsgeschäfte machen vermutlich wenig Sinn,

**16** Neben dem investiven Charakter weisen bestimmte Ausgaben (etwa die für Verteidigung) auch einen deutlich präventiven Charakter auf: Im politischen Prozess dominiert allerdings häufig die (gefühlte) Notwendigkeit, akute Probleme lindern zu wollen. Über politische Maßnahmen wird versucht, laufende Prozesse (unabhängig von deren Verursachung) in die gewünschte Richtung zu lenken. Wie investive Ausgaben weisen präventive somit den Nachteil auf, erst in der (fernen) Zukunft Effekte zu generieren, heute aber bereits kassenwirksam zu sein.

vielmehr ist eine politische Prioritätensetzung gefragt: Staatsausgaben sollten dort getätigt werden, wo sie am dringlichsten sind. Erschwerend kommt in diesem Fall hinzu, dass es sich gerade bei den Ausgaben für die soziale Sicherung um eher konsumtive Ausgaben handelt, die grundsätzlich politisch dominant sind. Und diese Kategorie nimmt aufgrund der Ausgestaltung des deutschen Sozialversicherungssystems und der (erfreulichen) Verlängerung der Lebenserwartung in der Bundesrepublik stetig zu und summiert sich auf ein Gesamtvolumen von rund 800 bis 850 Milliarden Euro pro Jahr. Um dies etwas einzuordnen: Anfang der 1970er Jahre betrug der Anteil der Ausgaben für soziale Sicherung und Verteidigung an den gesamten Bundesausgaben jeweils rund 25 Prozent.<sup>17</sup> Seither ist ein massiver Anstieg der Ausgaben für die soziale Sicherung zulasten der äußeren Sicherheit zu verzeichnen; 2024 werden die Bundesausgaben für die soziale Sicherung etwa 50 Prozent der gesamten Bundesausgaben ausmachen, die für die Verteidigung etwa 11 Prozent. Diese Verschiebung steht derzeit zur Disposition und ist insofern eine weitere Komponente der ökonomischen Kosten der Zeitenwende.

Ähnliches lässt sich für die staatliche Bereitstellung von Infrastruktur und die Bundesausgaben für Bildung feststellen – sobald die Verteidigungsausgaben steigen sollten, stellt sich die Frage nach den Opportunitätskosten durch mögliche Ausgabenkürzungen in diesen Bereichen.

Abschließend noch ein Blick auf die zweite Seite der Medaille: Können Mehrausgaben zur Stärkung der Verteidigung in Zukunft politisch leichter durchgesetzt werden, wenn damit auch andere staatliche Ziele erreicht werden können? Im Rahmen eines „Green Defence“-Ansatzes – Berücksichtigung ökologischer Aspekte in der Verteidigung, also zum Beispiel Streitkräfte als Emittenten von Treibhausgasen bei der Auftrags Erfüllung oder Streitkräfteeinsätze bei der Bewältigung von Hochwasserschadensereignissen – könnten etwa Klima-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemeinsam adressiert werden, weil Zielkomplementaritäten zwischen scheinbar gegensätzlichen Zielen bestehen und wechselseitig Zielbeiträge für das jeweils andere

**17** Die Zahlenangaben beziehen sich wiederum auf verschiedene Jahrgänge der Finanzberichte, vgl. Bundesministerium der Finanzen (Anm. 5).

Ziel generiert werden. Ökonomen sprechen von positiven Spillover-Effekten. Ein Beispiel hierfür ist die Erweiterung militärischer Fähigkeiten, die neben dem Ziel der Verteidigung auch einen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel leisten kann und (im besten Fall) durch geringere Treibhausgasemissionen auch dem Klimaschutz dient. Gelingt dies, so könnte die Streitkräfteentwicklung zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten nebenbei auch andere gesellschaftliche Ziele wie die Energiewende hin zu einer nichtfossilen Energieversorgung mitgestalten, was zudem den Vorteil einer höheren nationalen Energiesouveränität und geringerer Abhängigkeiten mit sich brächte.<sup>18</sup>

Wenn die Debatte um die politische Umsetzung einer Zeitenwende auch diese Aspekte der öffentlichen Ausgabenpolitik aufgreifen würde, würde die öffentliche Ausgabenpolitik deutlich wirksamer und zielorientierter, was einer wirklichen Zeitenwende entsprechen würde.

## SCHLUSS

Die ökonomischen Kosten der Zeitenwende sind vielschichtig und betreffen die gesamte Volkswirtschaft. Der Begriff der „Zeitenwende“ kann daher keinesfalls nur auf die Verteidigungspolitik im engeren Sinne bezogen werden, sondern muss gesamtgesellschaftlich gedacht und konzipiert werden und stellt damit eine klassische strategische Aufgabe dar. Gelingt dies nicht, wird sie an den volkswirtschaftlichen Kosten scheitern.

Die Höhe aller Aspekte der Kosten der Zeitenwende ist für die ökonomische Bewertung staatlicher Maßnahmen von entscheidender Bedeutung – dazu müssen aber neben den Kosten auch die durch diese Aktivitäten induzierten Effekte berücksichtigt werden. Sie bilden den obersten Maßstab für die wirtschaftliche Rechtfertigung zusätzlicher Verteidigungsausgaben. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gemäß Paragraph 7 Bundeshaushaltsord-

nung besagt, dass öffentliche Mittel nicht verschwendet werden dürfen – das gilt natürlich auch für die Bundeswehr. Da die Bundeswehr zu Beginn des Krieges in der Ukraine nach Aussagen des Inspektors des Heeres, General Alfons Mais, blank gewesen war,<sup>19</sup> gibt es aus ökonomischer Perspektive nur zwei Optionen für die zukünftige Verteidigung unseres Landes: Entweder wir sparen jährlich 52 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln, indem wir die Bundeswehr abschaffen. Damit sprechen wir uns selbst die Möglichkeit ab, die erste Pflicht eines Souveräns nach Adam Smith noch erfüllen zu können, nämlich die Gesellschaft vor Gewalttaten und Unrecht anderer unabhängiger Gesellschaften zu schützen. Oder wir versuchen, die skizzierten ökonomischen Kosten der Zeitenwende zu tragen, damit die Bundeswehr den grundgesetzlichen Verteidigungsauftrag auch zu erfüllen vermag. General John Stark, ein Veteran des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, fasste die Optionen in einem Toast im Jahre 1809 wie folgt zusammen: „Live free or die: Death is not the worst of evils.“ Die Alternativen mögen überspitzt erscheinen. Aber auch wir müssen uns die Frage gefallen lassen, wo wir uns hier positionieren wollen.

## STEFAN BAYER

ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr in Hamburg, Ko-Studiengangsleiter des weiterbildenden MA-Studiengangs „Militärische Führung und Internationale Sicherheit“ und Mitbegründer des German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS).

<sup>18</sup> Vgl. Stefan Bayer/Jana Puglierin/Guntram Wolff, Von alten Fehlern zu neuen Chancen: Neukartierung der Energiepolitik, 2022, <https://initiative-klimaneutral.de/publikationen/neukartierung-der-energiepolitik>.

<sup>19</sup> Zit. nach Christoph Straub, Heeresinspekteur kritisiert deutsche Verteidigungspolitik: „Bundeswehr steht mehr oder weniger blank da“, 24.2.2022, [www.tagesspiegel.de/politik/bundeswehr-steht-mehr-oder-weniger-blank-da-5420455.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/bundeswehr-steht-mehr-oder-weniger-blank-da-5420455.html).

# EXTREMISMUS IN DER BUNDESWEHR

## Ausmaß, Ursachen, Wirkungen

*Markus Steinbrecher · Heiko Biehl · Nina Leonhard*

In den knapp 70 Jahren seit ihrer Gründung hat es in der Bundeswehr immer wieder rechtsextremistische Vorfälle gegeben. Die Verhaftung und Verurteilung des Bundeswehroffiziers Franco A. aufgrund der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat haben ebenso wie die Entwendung von Waffen und Munition im Kommando Spezialkräfte (KSK) im Jahr 2019 Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit und demokratischen Gesinnung der Streitkräfte aufkommen lassen. Die Bundeswehr ist als bewaffnetes Staatsorgan für den Schutz und die Verteidigung des demokratischen Gemeinwesens verantwortlich. Damit ist unvereinbar, dass sich deren Angehörige als Extremisten zu erkennen geben und sich gegen die Ordnung stellen, die sie verteidigen sollen.

Wie verbreitet solche extremistischen Neigungen sind, ist in der Öffentlichkeit und der Literatur strittig.<sup>01</sup> Einerseits findet sich die Auffassung, viele Soldatinnen und Soldaten besäßen eine gewisse Affinität zu rechtsextremen Positionen und die Truppe dulde solche Haltungen stillschweigend.<sup>02</sup> Andererseits erkennen manche in rechtsextremistischen Vorkommnissen nur Einzelfälle, die aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen unvermeidlich seien und die mit der Bundeswehr und dem soldatischen Dienst in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen.<sup>03</sup> Im Folgenden wird diesen Annahmen nachgegangen, und anhand der vorliegenden Literatur diskutiert, wie verbreitet extremistische Positionen in der Truppe sind und wie sie entstehen.<sup>04</sup>

### NORMATIVE VORGABEN

Extremistische Einstellungen, Haltungen und Handlungen sollten in der Bundeswehr eigentlich überhaupt nicht vorkommen, sind sie doch mit deren Selbstverständnis als einer Armee (in) der Demokratie und deren normativen wie rechtli-

chen Vorgaben nicht vereinbar. Aufgabe der Bundeswehr ist neben der Verteidigung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität Deutschlands die Aufrechterhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO). Gegen diese FDGO richtet sich jede Form des politischen Extremismus. Laut Paragraph 4 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) sind darunter Bestrebungen zu verstehen, die darauf zielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. Extremistische Bestrebungen umfassen konkrete Handlungen, die mit bestimmten Haltungen einhergehen – im Fall von Rechtsextremismus etwa mit Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder Antipluralismus.<sup>05</sup> Die Verpflichtung der Bundeswehr auf die rechtliche und politische Ordnung der Bundesrepublik schreibt das Soldatengesetz (SG) vor: „Der Soldat muss die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung eintreten“ (Paragraph 8 SG). Die Dienstvorschrift zur Führungskonzeption der Bundeswehr, der Inneren Führung, legt fest, dass die Soldatinnen und Soldaten „den Werten und Normen des Grundgesetzes in besonderer Weise verpflichtet“ sind.<sup>06</sup> Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr erfüllen ihren Auftrag, „wenn sie aus innerer Überzeugung für Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie als den leitenden Werten unseres Staates aktiv eintreten“.<sup>07</sup> Ein Engagement für verfassungsfeindliche Positionen oder in einer verfassungsfeindlichen Partei ist mit diesen Vorgaben nicht vereinbar.<sup>08</sup> Liegen entsprechende Hinweise für Angehörige der Bundeswehr vor, nimmt das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) als Nachrichtendienst der Bundeswehr Ermittlungen auf. Bestätigt sich der Verdacht, werden rechtliche Schritte unternommen, die von disziplinarrechtlichen Maßnahmen bis zur Entlassung reichen.<sup>09</sup>

## ZAHLEN UND FAKTEN

Wie verbreitet extremistische Vorfälle in der Bundeswehr sind, ist in der wissenschaftlichen Literatur strittig. Es liegt eine Fülle von Reportagen, Darstellungen und Überblicken zu medial bekannt gewordenen Vorkommnissen vor.<sup>10</sup> Seltenere sind empirische Analysen und synthetisierende Zusammenfassungen. Ein seit 2019 jährlich veröffentlichter Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung dokumentiert den Umfang der extremistischen Verdachtsfälle in der Bundeswehr, zu denen das BAMAD ermittelt. Dieser Bericht ist die bislang zuverlässigste Quelle zur Häufigkeit und Verteilung des politischen Extremismus in der Bundeswehr. Zu den Verdachtsfällen zählen ganz unterschiedliche Vergehen. Die Bandbreite reicht von schweren Straftaten wie bei Franco A., über das Hören rechtsextremistischer Musik in Kasernen und den Besitz von Propagandamaterial bis hin zu extremistischen Äußerungen in Chats oder sozialen Medien, die das Gros der Verdachtsfälle ausmachen. Laut der Berichte bearbeitete das BAMAD im Jahr 2023 1049 Verdachtsfälle, nach 962 im Jahr zuvor. 307 Verdachtsfälle wurden 2023 neu aufgenommen, der größere Teil unterliegt einer mehrjährigen Bear-

beitung. Blickt man auf einzelne Phänomenbereiche, werden dem Rechtsextremismus 2023 776 Fälle (74 Prozent) zugerechnet. Hinzu kommen Vorfälle aus dem Milieu der Reichsbürger und Selbstverwalter, oder solche, die auf eine Delegitimierung des Staates zielen. Andere Varianten des Extremismus wie Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus (zum Beispiel die türkische Bewegung der Grauen Wölfe/Ülkücü) oder Islamismus sind demgegenüber selten.<sup>11</sup>

Die Entwicklung über die vergangenen Jahre ist rückläufig. So wurden 2021 im Bereich Rechtsextremismus noch 1242 Verdachtsfälle bearbeitet.<sup>12</sup> Die zuvor gestiegene Zahl an Verdachtsfällen<sup>13</sup> basiert nach dem Urteil einiger Beobachterinnen und Beobachter wie der Wehrbeauftragten Eva Högl auf einer gewachsenen Sensibilität in der Truppe, die zu einer höheren Meldebereitschaft geführt habe.<sup>14</sup> Dagegen steht die Vermutung, dass die Zahlen des BAMAD nicht alle extremistischen Vorfälle erfassen. Es gebe eine Dunkelziffer an Rechtsextremisten, die aufgrund eines falsch verstandenen Korpsgeistes gedeckt würden und daher verborgen blieben.<sup>15</sup> Beide Annahmen verweisen auf die Interaktion zwischen (vermeintlichen) Extremisten und ihrem dienstlichen Umfeld und die Reaktionen der Vorgesetzten sowie der Kameradinnen und Kameraden auf entsprechende Vorfälle. Extremistische Vorkommnisse in der Bundeswehr werden in der Regel nur erfasst und verfolgt, wenn sie explizit gemeldet werden.

**01** Vgl. Eva Högl, *Zivilcourage im Militär – kein Widerspruch!*, in: *Ethik und Militär* 2/2021, S. 50–53; Dirk Laabs, *Staatsfeinde in Uniform. Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern*, Berlin 2021; Klaus Naumann, *Nicht ganz dicht am rechten Rand? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Probleme der Bundeswehr*, in: *APuZ* 16–17/2020, S. 25–30.

**02** Vgl. Laabs (Anm. 1).

**03** Vgl. Hans-Peter Bartels, *Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Fragen von GWP an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages* Dr. Hans-Peter Bartels, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 1/2020, S. 5–8; Naumann (Anm. 1), S. 25; Matthias Meisner/Heike Kleffner (Hrsg.), *Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz*, Freiburg/Br. 2019.

**04** Demnächst wird auf Basis des empirischen Projekts „Armee in der Demokratie“ (AID) ein Forschungsbericht erscheinen, der die Erklärungsfaktoren extremistischer Einstellungen unter Angehörigen der Bundeswehr umfassend untersucht. Vgl. Markus Steinbrecher/Heiko Biehl/Nina Leonhard, *Armee in der Demokratie. Ausmaß, Ursachen und Wirkungen von politischem Extremismus in der Bundeswehr*, Potsdam (i.E.).

**05** Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, *Rechtsextremismus*, [www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus\\_node.html](http://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus_node.html).

**06** Siehe Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (Hrsg.), *Innere Führung. Selbstverständnis und Führungskultur. Zentrale Dienstvorschrift A-2600/1, Version 2.1*, Berlin 2018, Nr. 105.

**07** Siehe ebd., Nr. 106.

**08** Vgl. Esther Iglesias Appuhn/Aaron Appuhn, *„Der Flügel“ – Parteimitgliedschaft und politische Treuepflicht*, in: *Bundeswehrverwaltung* 6/2020, S. 121–123; dies., *Parteimitgliedschaft und politische Treuepflicht. Teil 2*, in: *Bundeswehrverwaltung* 3/2020, S. 56–60.

**09** Einen Überblick über Ermittlungsergebnisse und Maßnahmen im Hinblick auf rechtsextreme Vorfälle in der Bundeswehr 2022 bietet die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Fraktion Die Linke. Vgl. *Bundestagsdrucksache* 20/10019, 11. 1. 2024.

**10** Zum Beispiel Laabs (Anm. 1) und Meisner/Kleffner (Anm. 3).

**11** Vgl. BMVg, *Jahresbericht KfE 2023. BMVg RO II 5 – Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle*, Bonn 2024, S. 6–11, S. 14.

**12** Vgl. ebd., S. 9.

**13** Vgl. BMVg, *Jahresbericht KfE 2021. BMVg R II 5 – Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle*, Bonn 2022, S. 8.

**14** Vgl. Wehrbeauftragte fordert mehr Personal zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, 3. 6. 2022, [www.spiegel.de/politik/a-f9f7eddd-eb55-4879-8431-440d847aa3bb](http://www.spiegel.de/politik/a-f9f7eddd-eb55-4879-8431-440d847aa3bb).

**15** Vgl. Laabs (Anm. 1), S. 61, S. 72–75, S. 115, S. 125f.

Die Statistiken des BAMAD zeigen auch, welche Gruppen bei den extremistischen Verdachtsfällen häufiger vorkommen. 89 Prozent aller Verdachtsfälle entfallen auf Soldatinnen und Soldaten; damit sind diese im Vergleich zu den Zivilangehörigen der Bundeswehr deutlich überrepräsentiert. Ebenso sind Angehörige des Heeres, Zeitsoldaten und Mannschaftsdienstgrade verstärkt vertreten, ferner 25- bis 34-Jährige und Personen mit Wohnort in Baden-Württemberg, Bayern oder Sachsen. Unterrepräsentiert sind Zivilbeschäftigte, Ältere sowie Personen mit Wohnort in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder Schleswig-Holstein. Bei den Soldatinnen und Soldaten sind Berufssoldaten sowie die Dienstgradgruppen der Unteroffiziere und Offiziere in geringerem Maße unter den Verdächtigen zu finden.<sup>16</sup>

Bei den bislang berichteten Zahlen handelt es sich um Verdachtsfälle, von denen sich einige bestätigen, viele sich aber als unbegründet erweisen. Weitaus geringer sind daher die Zahlen der erkannten Extremistinnen und Extremisten im Sinne des Paragraphen 4 BVerfSchG. Im Jahr 2023 wurden rund 50 Personen identifiziert, die als Rechtsextremisten oder als Reichsbürger eine fehlende Verfassungstreue aufweisen. Über 70 bereits identifizierte Extremisten haben die Bundeswehr verlassen.<sup>17</sup> Die Entfernung erkannter Extremisten aus dem Dienst war bislang sehr langwierig. Selbst bei einem eindeutigen Fall wie Franco A. war die Entlassung aus der Bundeswehr erst nach mehreren Jahren möglich.<sup>18</sup> Eine Gesetzesnovelle von 2023 soll die Verfahren beschleunigen, damit Angehörige der Bundeswehr, die nicht auf dem Boden der FDGO stehen, schneller entlassen werden können.

## WISSENSCHAFTLICHE BEFUNDE

Ungeachtet der hohen politischen Relevanz der Thematik gibt es nur eine geringe Zahl an sozial-empirischen Untersuchungen zum politischen Extremismus und zum Ausmaß und den Ursa-

chen extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr. Die bescheidene Forschungslage ist darauf zurückzuführen, dass das BMVg den Zugang zu Untersuchungen in der Truppe kontrolliert und lange Zeit kein Interesse daran hatte, dieser Frage systematisch nachzugehen.<sup>19</sup>

Hinsichtlich der Erklärungen für extremistische Einstellungen konkurrieren zwei Hypothesen miteinander: Die Selektionshypothese geht davon aus, dass Personen bereits radikalisiert zur Bundeswehr kommen. Demnach wäre der Extremismus in der Bundeswehr aus der Zivilgesellschaft importiert, käme also von außen. Die Sozialisationshypothese nimmt demgegenüber an, dass sich Angehörige der Bundeswehr nach und nach radikalieren. Extremismus wäre das Ergebnis des Dienstes in den Streitkräften und damit quasi „hausgemacht“. Zu den wenigen empirischen Arbeiten zur Selektionshypothese gehört eine Studie von Heinz-Ulrich Kohr aus den 1990er Jahren, die nachweist, dass Jugendliche mit rechten politischen Einstellungen verstärkt Wehrdienst leisten wollen, während junge Männer mit linken Orientierungen eher zum Zivildienst neigen.<sup>20</sup> Die Analyse der Sozialwissenschaftler Sven Gareis, Peter-Michael Kozielski und Michael Kratschmar knapp zehn Jahre später bestätigt den Zusammenhang zwischen rechten Einstellungen und dem Interesse, zur Bundeswehr zu gehen. Allerdings betonen die Autoren, dass der Effekt eher marginal ist.<sup>21</sup> Beide Studien identifizieren – für die damalige Wehrpflichtarmee – (Selbst-)Selektionseffekte auf Basis politischer Orientierungen. Vor allem Grundwehrdienstleistende brächten rechtes Gedankengut in die Streitkräfte hinein.<sup>22</sup> Zwei Untersuchungen zu politischen Haltungen von studierenden Offizieren kommen zu gegensätzlichen Einschätzungen. Während sich diese Gruppe in den Studien von Arwed Bonnemann und Kolle-

<sup>16</sup> Vgl. BMVg (Anm. 11), S. 9–19.

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 20–24.

<sup>18</sup> Vgl. Bundesgerichtshof, Verurteilung eines Bundeswehroffiziers wegen eines beabsichtigten Terroranschlags bestätigt.

Beschluss vom 8. August 2023, 3 StR 499/22, Pressemitteilung Nr. 146, Karlsruhe 2023.

<sup>19</sup> Für einordnende Überblicke vgl. Naumann (Anm. 1) und Dierk Spreen, Rechtspopulismus und Bundeswehr. Eine Bestandsaufnahme mit Risikoanalyse, in: Angelika Dörfler-Dierken (Hrsg.), Hinschauen! Geschlecht, Rechtspopulismus, Rituale. Systemische Probleme oder individuelles Fehlverhalten?, Berlin 2019, S. 97–136; Steinbrecher/Biehl/Leonhard (Anm. 4).

<sup>20</sup> Vgl. Heinz-Ulrich Kohr, Rechts zur Bundeswehr, links zum Zivildienst? Orientierungsmuster von Heranwachsenden in den alten und neuen Bundesländern Ende 1992, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, SOWI-Arbeitspapier 77/1993.

<sup>21</sup> Vgl. Sven B. Gareis/Peter-Michael Kozielski/Michael Kratschmar, Rechtsextreme Orientierungen in Deutschland und ihre Folgen für die Bundeswehr, SOWI-Arbeitspapier 129/2001.

<sup>22</sup> Vgl. ebd. und Kohr (Anm. 20).

gen politisch rechts von den zivilen Studentinnen und Studenten positioniert, zeigt sich in den Arbeiten von Thomas Bulmahn und Kollegen ein gegenteiliger Effekt: Die Zustimmung zu Positionen der Neuen Rechten ist unter zivilen Jugendlichen und jungen Erwachsenen höher als bei den studierenden Offizieren an den Universitäten der Bundeswehr.<sup>23</sup> Es ist also ungeklärt, ob radikale oder extremistische Haltungen in den Streitkräften verbreiteter sind als in der Gesamtgesellschaft.

Die genauen Ursachen von Extremismus in Armeen sind daher in der wissenschaftlichen Literatur umstritten. Die erwähnte Selektionshypothese geht davon aus, dass es Verbindungen zwischen militärischen Prinzipien und rechts-extremistischen Einstellungen gebe. Militärische Grundsätze wie Disziplin, Hierarchie, Gehorsam und (Unter-)Ordnung seien in hohem Maße kompatibel mit rechten Wertevorstellungen.<sup>24</sup> Personen mit rechten – nicht notwendigerweise extremistischen – Orientierungen sollten daher eher den Weg in die Streitkräfte suchen. Andere Autorinnen und Autoren sehen ebenfalls eine Übereinstimmung militärischer Prinzipien und rechter Überzeugungen. Die Ähnlichkeiten seien jedoch nicht ursächlich für die Überrepräsentation von rechten Orientierungen unter Soldatinnen und Soldaten, sondern das Ergebnis vorgelagerter sozioökonomischer und -kultureller Effekte. Freiwilligenarmeen würden sich verstärkt aus jüngeren Männern mit geringerer Bildung und begrenzten beruflichen Perspektiven rekrutieren, die oftmals aus strukturschwachen Regionen stammten – ein Befund, der sich so in den USA zeigt, aber nicht in Deutschland.<sup>25</sup> Diese Merk-

male (Alter, Geschlecht, Bildung, Erwerbschancen, Herkunft) seien zugleich Indikatoren für rechte sowie für rechtsextremistische Haltungen.<sup>26</sup> Mithin sei die vermutete Überrepräsentation rechtsextremistischer Positionen der Komposition des militärischen Personals geschuldet.

Die Zahl der Studien, die der Frage nachgehen, ob sich Angehörige von Streitkräften im Laufe ihres Dienstes radikalisieren, ist ebenfalls begrenzt.<sup>27</sup> Indizien für Wirkungen der Sozialisation während des (Wehr-)Dienstes in der Bundeswehr erbrachte eine ältere Untersuchung, die nachweist, dass der Wehrdienst nicht zur Ausprägung autoritärer Haltungen führt, sondern vielmehr demokratische Orientierungen und Überzeugungen stärkt.<sup>28</sup> Eine neuere Analyse bestätigt, dass sowohl ehemalige als auch aktive Soldatinnen und Soldaten politisch engagierter sind und ein höheres politisches Interesse sowie politisches Kompetenzbewusstsein aufweisen als Personen ohne Erfahrung in der Bundeswehr.<sup>29</sup> Über die inhaltliche Ausrichtung des Engagements und der Einstellungen sagen die Analysen jedoch nichts aus.

Hinsichtlich der Frage, wie Radikalisierungen im Zuge des Dienstes ablaufen, finden sich mehrere Erklärungsansätze. Eine erste Position hebt auf die Wechselwirkungen gesamtgesellschaftlicher und innermilitärischer Entwicklungen ab. Die steigende Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen und Maßnahmen sowie ein wachsendes Misstrauen gegenüber den poli-

**23** Vgl. Arwed Bonnemann/Ulrike Hofmann-Broll, *Studentische Orientierungen zwischen akademischer und soldatischer Lebenswelt. Evaluation an den Universitäten der Bundeswehr*, Baden-Baden 1999; Arwed Bonnemann/Christine Posner, *Die politischen Orientierungen der Studenten an den Universitäten der Bundeswehr im Vergleich zu den Studenten an öffentlichen Hochschulen*, in: *Sicherheit und Frieden* 1/2002, S. 42–52; Thomas Bulmahn/Rüdiger Fiebig/Victoria Wieninger et al., *Ergebnisse der Studentenbefragung an den Universitäten der Bundeswehr Hamburg und München 2007*, SOWI-Forschungsbericht 89/2010, S. 128–132.

**24** Vgl. Samuel P. Huntington, *The Soldier and the State: The Theory and Politics of Civil-Military Relations*, Cambridge MA 1957.

**25** Vgl. David Cortright, *Economic Constriction*, in: *Society* May/June 1975, S. 43–47; Martin Elbe, *Bewerberstudie 2022. Vom anfänglichen Interesse bis zur abgeschlossenen Bewerbung bei der Bundeswehr*, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Forschungsbericht 134/2023.

**26** Vgl. z. B. Kai Arzheimer, *Extremismus*, in: Thorsten Faas/Oscar W. Gabriel/Jürgen Maier (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden-Baden 2020, S. 296–308.

**27** Vgl. Todd C. Helms/Ryan A. Brown/Rajeev Ramchand, *Prevalence of Veteran Support for Extremist Groups and Extremist Beliefs: Results from a Nationally Representative Survey of the U. S. Veteran Community*, Santa Monica CA 2023; Jonathan D. Klingler/J. Tyson Chatagnier, *Are You Doing Your Part? Veterans' Political Attitudes and Heinlein's Conception of Citizenship*, in: *Armed Forces & Society* 4/2014, S. 673–695.

**28** Vgl. Ekkehard Lippert/Paul Schneider/Ralf Zoll, *Sozialisation in der Bundeswehr. Der Einfluß des Wehrdienstes auf soziale und politische Einstellungen der Wehrpflichtigen*, SOWI-Bericht 2/1976.

**29** Vgl. Markus Steinbrecher, *Die Schule der Nation für den Staatsbürger in Uniform? Der Einfluss militärischer Sozialisation auf politische Einstellungen und politisches Verhalten in Deutschland*, in: ders./Evelyn Bytzek/Ulrich Rosar (Hrsg.), *Identität – Identifikation – Ideologie. Analysen zu politischen Einstellungen und politischem Verhalten in Deutschland*, Wiesbaden 2019, S. 1–55.

tisch Verantwortlichen führten demnach zu einer Abkehr von demokratischen Werten und einem Vertrauensverlust in politische Institutionen. Die in der Gesellschaft auftretenden Enttäuschungen würden sich gleichermaßen in der Bundeswehr niederschlagen. Parallel zum Anwachsen von Rechtspopulismus und -extremismus im zivilen Umfeld steige die Zahl der Soldatinnen und Soldaten, die Zweifel an der Funktionsfähigkeit des politischen Systems und an den politischen Akteuren hegen.<sup>30</sup> In der Bundeswehr findet sich zudem seit mehreren Jahrzehnten die Klage, dass weder die Politik noch die Bevölkerung ausreichende Wertschätzung und Unterstützung zeigen.<sup>31</sup> Die empirische Forschung hat zwar nachgewiesen, dass es keineswegs am gesellschaftlichen Rückhalt für die Streitkräfte mangelt.<sup>32</sup> Dennoch könnten sich einige Soldatinnen und Soldaten angesichts des wahrgenommenen, wenn auch nicht tatsächlichen Ausbleibens des Zuspruchs von der Demokratie ab- und rechten Weltbildern zuwenden, zumal wenn diese eine höhere Anerkennung für das Militär und seine Prinzipien versprechen.<sup>33</sup> Eine andere Variante der Sozialisationshypothese knüpft an die Deprivationstheorie der Extremismusforschung an, die davon ausgeht, dass rechtsextremistische Einstellungen das Ergebnis von sozioökonomischen und -kulturellen Verlustängsten seien.<sup>34</sup> Der Verlust des Arbeitsplatzes, sozialer Abstieg sowie die Entwertung von Lebensleistungen machten anfällig für rechtsextremistische Positionen, die Halt und Orientierung versprechen. Auf die Bundeswehr übertragen sollten insbesondere Beschäftigte, die unzufrieden mit ihrer Aufgabe, dem dienstlichen Um-

feld, ihrer Bezahlung und ihrer Karriere sind, anfällig für rechtsextremistische Positionen sein.<sup>35</sup> Eine letzte Version der Sozialisationshypothese richtet den Blick auf militärische Identitäten und soldatische Rollenbilder. Soldatinnen und Soldaten mit einem elitären Berufsverständnis, wie es sich vor allem in den Kampftruppen findet, seien offen für rechte Ideen.<sup>36</sup> Mit einem soldatischen Elitismus gehe nicht nur eine abschätzige Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung einher, sondern auch gegenüber weniger militärisch geprägten Teilen der Streitkräfte. Soldatinnen und Soldaten mit einer elitären Orientierung identifizierten sich zudem häufiger mit der Wehrmacht und sähen diese als vorbildhaft an. Im Gegensatz zum offiziellen Traditionsverständnis der Bundeswehr seien für diese Soldatinnen und Soldaten zuvorderst die militärisch-handwerklichen Leistungen der Wehrmacht beispielgebend – bei Ausblendung des Vernichtungskriegs und der Beteiligung am Holocaust.<sup>37</sup>

## MAßNAHMEN GEGEN EXTREMISMUS

Die Bundeswehr hat Maßnahmen ergriffen, um den beschriebenen Wirkungsfaktoren entgegenzuwirken, und in einer Dienstvorschrift zusammengefasst.<sup>38</sup> Einige der vorhandenen Instrumente zielen darauf, Radikalisierungsprozesse während der militärischen Sozialisation zu verhindern. Andere sollen Extremisten, die sich für die Streitkräfte interessieren, bereits im Vorfeld entgegenwirken. So soll die Überprüfung aller Bewerberinnen und Bewerber sowie die Soldateneinstellungsüberprüfungen, die 2017 eingeführt wurden, verhindern, dass Personen mit extremistischem Hintergrund überhaupt in die Streitkräfte gelangen und militärisch geschult

**30** Vgl. Naumann (Anm. 1), S. 28 f.; Sönke Neitzel, *Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte*, Berlin 2020, S. 596.

**31** Vgl. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Feierlichen Gelöbnis zum 65. Gründungstag der Bundeswehr am 12. November 2020 in Schloss Bellevue, [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/11/201112-Geloenbis-Bundeswehr.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/11/201112-Geloenbis-Bundeswehr.html).

**32** Vgl. Timo Graf, *Was bleibt von der Zeitenwende in den Köpfen? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2023*, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Forschungsbericht 136/2024.

**33** Vgl. Naumann (Anm. 1).

**34** Vgl. Sebastian Jungkunz, *Politischer Extremismus. Struktur und Ursachen links- und rechtsextremer Einstellungen in Deutschland*, Cham 2023.

**35** Vgl. Elbe (Anm. 25) sowie Gregor Richter, *Wie attraktiv ist die Bundeswehr als Arbeitgeber? Ergebnisse der Personalbefragung 2020*, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Forschungsbericht 126/2020.

**36** Vgl. Naumann (Anm. 1) und Neitzel (Anm. 30); Herfried Münkler, *Heroische und postheroische Gesellschaften*, in: *Merkur* 8–9/2007, S. 742–752.

**37** Vgl. Heiko Biehl/Nina Leonhard, *Militär und Tradition*, in: Nina Leonhard/Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.), *Militärsoziologie – eine Einführung*, Wiesbaden 2023<sup>3</sup>, S. 421–454; Neitzel (Anm. 30), S. 11 ff., S. 394–402.

**38** Vgl. BMVg, *Extremismusbekämpfung. Allgemeine Regelung A-2600/7, Version 2*, Berlin 2024.

werden.<sup>39</sup> Im Jahr 2023 wurden 94 Personen wegen Zweifeln an ihrer Verfassungstreue vom Bewerbungsprozess ausgeschlossen. Zudem stellte das BAMAD durch die Soldateneinstellungsüberprüfungen bei 37 Personen ein mögliches Sicherheitsrisiko fest.<sup>40</sup> Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sich manche Interessierte wegen dieser Überprüfungen erst gar nicht bei der Bundeswehr bewerben, was dem Selektionseffekt ebenfalls entgegenwirkt.

Zudem werden Vorgesetzte umfassend zum Umgang mit extremistischen Vorfällen geschult sowie durch die zuständigen Stellen wie das BAMAD oder Rechtsberater der Bundeswehr unterstützt. Für alle Soldatinnen und Soldaten ist Extremismus regelmäßiger Inhalt der umfangreichen politischen, historischen und ethischen Bildung. Darüber hinaus verpflichtet die Führungskonzeption der Bundeswehr, die Innere Führung, die Soldatinnen und Soldaten auf das Primat der Politik und die enge Einbindung in die Zivilgesellschaft. Der Dienst in den Streitkräften ist daher mit einem elitären Professionsverständnis unvereinbar. Mit dem Traditionserlass von 2018 hat sich die Bundeswehr zudem eindeutig von der Wehrmacht als nicht traditionswürdiger Institution abgegrenzt. Diese klare Distanzierung bestätigte die jüngst erfolgte Aufhebung der – zumindest missverständlichen – Hinweise zur Traditionspflege.<sup>41</sup> Die Maßnahmen zur Extremismusprävention enden zudem nicht mit dem Ausscheiden aus dem Dienst: Auch ehemalige Soldatinnen und Soldaten sind zum aktiven Eintreten für die FDGO verpflichtet.

## SCHLUSS

Die Bundeswehr hat umfangreiche präventive und repressive Maßnahmen ergriffen, um politischen Extremismus in ihren Reihen zu bekämpfen. Die Anstrengungen werden aber auch künftig nicht verhindern können, dass Extremisten den Weg in die Truppe finden, dass sich Soldatinnen und Soldaten im Laufe ihres Dienstes radikalisieren und dass es zu extremistischen Vor-

fällen kommt. Aus der Tatsache, dass jeder Fall von Extremismus in der Bundeswehr einer zu viel ist, erklärt sich die hohe öffentliche Aufmerksamkeit für die Thematik, zumal in Zeiten gesellschaftlicher und politischer Polarisierung. Die Resonanz, die extremistische Vorfälle in der Bundeswehr erfahren, ist in der Sache begründet. Dennoch empfinden sie viele Angehörige der Streitkräfte als Ausweis eines mangelnden öffentlichen Vertrauens, erst recht, wenn aufgrund von Vorkommnissen ein Generalverdacht gegen die Bundeswehr geäußert wird und sich viele Verdachtsfälle nicht bestätigen. In dieser Zuspitzung liegt die Gefahr wechselseitiger Missverständnisse und Zweifel. Um dieser Dynamik entgegenzuwirken, ist ein transparenter Umgang seitens der Bundeswehr mit einschlägigen Vorkommnissen wesentlich, ohne dass es dadurch zu öffentlichen Vorverurteilungen kommt. Genauso wichtig erscheint aber ein nochmals verstärkter Austausch zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, um gegenseitige Vorbehalte und Vorurteile abzubauen oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

### MARKUS STEINBRECHER

ist Projektbereichsleiter Identität und Diversität im Forschungsbereich Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam.

### HEIKO BIEHL

ist Leiter des Forschungsbereichs Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam.

### NINA LEONHARD

ist Projektbereichsleiterin Bundeswehr und Gesellschaft im Forschungsbereich Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam.

<sup>39</sup> Vgl. Thomas Siems, Die Soldateneinstellungsüberprüfung, in: Bundeswehrverwaltung 4/2020, S. 73–76.

<sup>40</sup> Vgl. BMVg (Anm. 11), S. 26.

<sup>41</sup> Vgl. BMVg, Weisung zur Herausgabe der ergänzenden Hinweise zu den Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege der Bundeswehr, Berlin 2024.

# DREHSCHLEIBE DEUTSCHLAND

## Bundeswehr im Nato-Kontext

*Minna Ålander*

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur die nach dem Kalten Krieg etablierte europäische Sicherheitsordnung zerstört, sondern auch die Nato mit einem Schlag zu ihren Wurzeln zurückgeführt.<sup>01</sup> Die schrittweise Verlagerung der strategischen Schwerpunkte von fast ausschließlichm Krisenmanagement und sogenannten Out-of-area-Einsätzen in verschiedenen Krisenherden des Anti-Terror-Krieges außerhalb Europas hin zu einer verstärkten Präsenz an der Ostflanke des Bündnisses begann zwar bereits 2014 nach der russischen Annexion der Krim, wurde aber erst 2022 abgeschlossen.<sup>02</sup> Die 180-Grad-Wende in der Bedrohungsanalyse wird in den strategischen Konzepten der Nato deutlich: Noch im Strategiedokument von 2010 wurde trotz Meinungsverschiedenheiten mit Russland eine strategische Partnerschaft mit dem Land angestrebt, dessen Sicherheit mit der der Nato verknüpft sei.<sup>03</sup> Das neue Dokument, das auf dem Nato-Gipfel in Madrid wenige Monate nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges verabschiedet wurde, identifiziert Russland als die größte Bedrohung für die Sicherheit der Nato-Mitglieder sowie für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum.<sup>04</sup>

Eine unmittelbare Folge des russischen Angriffskrieges war die Entscheidung Finnlands und Schwedens, ihre langjährige Bündnisneutralität aufzugeben und der Nato beizutreten. Weniger als drei Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine stellten Finnland und Schweden den Antrag auf Nato-Mitgliedschaft, und am 4. April 2023 wurde Finnland Vollmitglied des atlantischen Bündnisses, Schweden folgte ein knappes Jahr später am 7. März 2024. Die Norderweiterung der Nato kam für das Bündnis zur rechten Zeit. Denn auf dem Gipfel von Madrid hatte die Nato versprochen, jeden Zentimeter des Bündnisgebietes jederzeit zu verteidigen,<sup>05</sup> und dieses Versprechen wäre für den Fall einer horizontalen Eskalation des russischen Krieges von der

Ukraine auf das Bündnisgebiet – insbesondere im verwundbaren Baltikum – ohne Finnland und Schweden nur schwer zu halten gewesen. Sowohl der russische Krieg als auch die Norderweiterung haben somit den strategischen Schwerpunkt der Nato nach Nordosten verschoben – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Bundeswehr.

### SPEZIALFALL BUNDESWEHR

Deutschland ist unter den Nato-Mitgliedern ein Spezialfall, weil die Bundeswehr zu den Streitkräften gehört, die am tiefsten in die Nato-Kommandostrukturen eingebunden sind. Landes- und Bündnisverteidigung sind in Deutschland traditionell untrennbar miteinander verbunden. Aufgrund der deutschen Geschichte als Aggressor in den Weltkriegen wurde die Bundeswehr in einem internationalen Kontext konzipiert und agierte daher nie von diesem losgelöst. Nach dem Nato-Beitritt 1955 wurde die neu gegründete Bundeswehr in die Befehls- und Kommandostruktur des Bündnisses eingegliedert und besaß bis zur Wiedervereinigung 1990 keine eigenständige Führungskompetenz. Die militärische Integration in die Nato spielte eine wichtige Rolle bei der Einbindung Deutschlands in die europäische und euro-atlantische Staatengemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und ermöglichte die Vertrauensbildung zwischen Deutschland und seinen Bündnispartnern.<sup>06</sup>

In den vergangenen 30 Jahren hat die Bundeswehr auch die Entwicklung der allgemeinen Ausrichtung der Nato widergespiegelt. Nach starker Abrüstung im Zuge der Wiedervereinigung und in den 2000er Jahren<sup>07</sup> begann die Wiedereinführung des sogenannten Mindset Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) nach der Krim-Annexion durch Russland 2014. Zwei Jahre später sah das „Weißbuch 2016“ jedoch weiterhin nur ein sogenanntes *single set of forces* vor. Die Bundeswehr sollte demnach alle Aufgaben – so-

wohl das Krisenmanagement weit außerhalb des Nato-Bündnisgebietes als auch die Präsenz im Bündnisgebiet – mit einem nur einmal vorhandenen Kräftedispositiv bewältigen. Schlagwörter wie „Agilität“, „Flexibilität“ und „Mehrfunktionalität“ standen dabei im Vordergrund.<sup>08</sup>

Die neue Ausrichtung LV/BV, verkörpert durch die Präsenz der Bundeswehr in Litauen ab 2017, blieb jedoch bis 2022 weitgehend ohne starke öffentliche Wahrnehmung und wurde sowohl politisch als auch militärisch als nachrangige Priorität wahrgenommen.<sup>09</sup> Der russische Angriffskrieg auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine im Jahr 2022 hat die Bedrohungswahrnehmung an der Ostflanke der Nato verstärkt und auch die Warnungen der baltischen Staaten und Polens bestätigt, dass Russland weiterhin eine ernst zu nehmende Bedrohung für seine Nachbarn ist. Deutschland hat bereits vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine darauf reagiert und seine Truppenstärke in Litauen um 350 Soldatinnen und Soldaten erhöht, 2023 folgte die Ankündigung einer dauerhaft in Litauen stationierten Brigade als starkes Zeichen der Bündnisolidarität. Die Brigade soll bis 2027 voll einsatzfähig sein.<sup>10</sup> Deutschland engagiert sich mit der Litauen-Brigade richtigerweise stark an der Ostflanke, was allerdings Konsequenzen und Einschränkungen für andere potenzielle Ein-

satzgebiete mit sich bringt. Die Ausrichtung der Nato auf ihre Kernaufgaben Verteidigung und Abschreckung spiegelt sich auch in den neuen deutschen Strategiedokumenten wie der Nationalen Sicherheitsstrategie und – beeindruckend selbstkritisch – den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023 wider.

## OPERATIONSUMFELD NORDOSTEUROPA

Bis zum Beitritt Finnlands und Schwedens bereitete das Baltikum den Verteidigungsplanern der Nato Kopfzerbrechen. Trotz enger Partnerschaft war weder eine gemeinsame Planung noch eine direkte Beteiligung Finnlands und Schwedens an den neuen Nato-Strukturen an der Ostflanke möglich. Die baltischen Staaten waren somit aufgrund ihrer geografischen Lage zwischen der Ostsee auf der einen und Russland auf der anderen Seite im Kriegsfall für Nato-Truppen nur schwer zu erreichen und versorgen. Szenarioübungen der Nato deuteten auf die Gefahr hin, dass Russland die Nato vor vollendete Tatsachen stellen könnte: Teile des Baltikums schnell besetzen und der Nato ein nukleares Ultimatum stellen.<sup>11</sup> Eine 2016 von der US-amerikanischen RAND Corporation veröffentlichte Studie, die auf mehreren sogenannten Wargames basiert, stellte lakonisch fest, dass die Nato im Falle eines solchen raschen Verlusts nur wenige schlechte Optionen hätte.<sup>12</sup>

Durch die Integration Finnlands und Schwedens in das Bündnis hat sich die geostrategische

**01** Vgl. Sean Monaghan, *Resetting Nato's Defense and Deterrence: The Sword and the Shield Redux*, Center for Strategic and International Studies, CSIS Brief, 28.6.2022, [www.csis.org/analysis/resetting-natos-defense-and-deterrence-sword-and-shield-redux](http://www.csis.org/analysis/resetting-natos-defense-and-deterrence-sword-and-shield-redux).

**02** Zur Vorgeschichte des Konzeptes, das nach dem Kalten Krieg und dem Ausbleiben einer direkten Bedrohung in Europa die hauptsächlich strategische Ausrichtung der Nato wurde, siehe Christopher Coker, *The Future of the Atlantic Alliance*, Royal United Services Institute for Defence and Security Studies, RUSI Defence Studies Series, London 1984, S. 95–120.

**03** Vgl. *Active Engagement, Modern Defence. Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organization*, 19.11.2010, [www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_68580.htm](http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_68580.htm).

**04** Vgl. *Nato, Nato 2022 Strategic Concept*, Madrid 2022, S. 4.

**05** Vgl. *des.*, *Madrid Summit Declaration*, 29.6.2022, [www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_196951.htm?selectedLocale=en](http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_196951.htm?selectedLocale=en).

**06** Vgl. Christian Tuschhoff, *Gaining Control*, in: Erich Reiter/Heinz Gärtner (Hrsg.), *Small States and Alliances*, Heidelberg 2001, S. 55–60.

**07** Vgl. *Die Bundeswehr wird zur Armee der Einheit*, [www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/armee-der-einheit-wiedervereinigung](http://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/armee-der-einheit-wiedervereinigung).

**08** Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, *Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin 2016, S. 98.

**09** Vgl. Philipp Fritz/Dominik Steckel, *Mindset LV/BV: Das geistige Rüstzeug für die Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung*, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, BAKS-Arbeitspapiere 9/2022, [www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2022/mindset-lv-bv-das-geistige-ruestzeug-fuer-die-bundeswehr-in-der-landes-und](http://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2022/mindset-lv-bv-das-geistige-ruestzeug-fuer-die-bundeswehr-in-der-landes-und).

**10** Vgl. *Bundeswehr in Litauen: in großen Schritten zur deutschen Kampfbrigade*, [www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/bundeswehr-litauen-grosse-schritte-deutsche-kampfbrigade](http://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/bundeswehr-litauen-grosse-schritte-deutsche-kampfbrigade).

**11** Vgl. Minna Ålander/William Alberque, *Nato's Nordic Enlargement: Contingency Planning and Learning Lessons*, 8.12.2022, <https://warontherocks.com/2022/12/natos-nordic-enlargement-contingency-planning-and-learning-lessons>.

**12** Vgl. David A. Shlapak/Michael W. Johnson, *Reinforcing Deterrence on Nato's Eastern Flank. Wargaming the Defense of the Baltics*, 29.1.2016, [www.rand.org/pubs/research\\_reports/RR1253.html](http://www.rand.org/pubs/research_reports/RR1253.html).

Lage jedoch grundlegend verändert – zugunsten der Nato. Waren bisher die Nord- und Ostflanke durch Finnland und Schweden getrennt, so sind sie nun durch die beiden Länder verbunden. Finnland hat eine neue Versorgungsroute in die baltischen Staaten von Norden her eröffnet, sodass die baltischen Staaten nicht mehr so leicht vom Rest des Bündnisses abgeschnitten werden können. Das schwedische Staatsgebiet wiederum erstreckt sich von Nordnorwegen in der Arktis bis nach Dänemark in der südlichen Ostsee und bildet damit ein wichtiges logistisches Bindeglied in der gesamten nordisch-baltischen Region. Auch die Arktis ist nun stärker mit der Ostflanke verbunden. Hinzu kommt die Zusage Schwedens, ab 2025 mit einem Bataillon von 600 Soldatinnen und Soldaten in Lettland einen konkreten Beitrag zur Verteidigung des Baltikums zu leisten.<sup>13</sup>

Der Beitritt Finnlands zur Nato hat die Länge der Grenze zwischen Russland und der Nato verdoppelt. Anstatt jedoch eine Belastung für das Bündnis darzustellen, hat die neue lange Grenze das Kalkül Russlands erheblich erschwert. Russland kann nun nicht mehr einen Angriff auf die baltischen Staaten planen, ohne die Grenze zu Finnland zu berücksichtigen. Im Norden ist die Grenze zu Finnland nur rund 200 Kilometer vom Militärstützpunkt der Nordflotte auf der Halbinsel Kola entfernt, wo Russland seine strategischen nuklearfähigen U-Boote stationiert hat. Diese sind entscheidend für die Zweitschlagfähigkeit Russlands im hypothetischen Fall eines nuklearen Gefechts.<sup>14</sup> Sollte Russland in die baltischen Staaten einmarschieren, müsste es daher in der Lage sein, die strategisch wichtigen Militärstützpunkte in der Arktis unweit der finnischen Grenze ausreichend zu schützen. Nach Angaben des finnischen Militärgeheimdienstes hat Russland seit Beginn seines Angriffskrieges bis zu 80 Prozent seiner Truppen und Ausrüstung von den Militärbasen nahe der finnischen Grenze in die Ukraine verlegt.<sup>15</sup>

Für einen Angriff auf Nato-Staaten, sei es im hohen Norden oder im Baltikum, müsste Russland zunächst seine Truppenstärke an der finnischen Grenze erhöhen und mehr Gerät in die Nähe verlegen. Zwar hatte Russland angekündigt, die westlichen Militärbezirke Moskau und Leningrad Anfang 2023 wieder in Betrieb zu nehmen,<sup>16</sup> noch ist aber nichts Konkretes entlang der finnischen Grenze zu beobachten, und es bleibt unklar, ob und wann Russland die neuen Militärbezirke mit Truppen und Gerät ausstatten kann.<sup>17</sup>

Für die Nato wiederum sind die neue nördliche Versorgungsroute sowie die Möglichkeit, erstmals in der Geschichte des atlantischen Bündnisses eine kohärente Verteidigung für die gesamte Region von Nordnorwegen bis Südlitauen zu planen, ein enormer Vorteil. Welchen Unterschied Schweden für die Gesamtplanung der Verteidigung Nordeuropas macht, wird aus einem Strategiedokument der Nato aus dem Jahr 1950 deutlich, in dem die Wichtigkeit Nordeuropas für die Verteidigung ganz Europas betont wird. In dem Dokument wird auch darauf hingewiesen, dass die Verteidigungsplanung für den gesamten nordeuropäischen Raum als Ganzes zu betrachten sei.<sup>18</sup> De facto war dies jedoch ohne Finnland und Schweden nicht möglich, trotz einer weitgehenden geheimen Zusammenarbeit zwischen Schweden und der Nato im Kalten Krieg. Mit dem Beitritt der beiden nordischen Länder 73 beziehungsweise 74 Jahre später ist eine solche einheitliche Planung Wirklichkeit geworden. Im Spannungsverhältnis mit Russland ist die Nato mit den neuen Mitgliedern also deutlich besser aufgestellt.

## BUNDESWEHR AN DER NORDFLANKE

Deutschland hat in jüngster Zeit nicht nur seine Präsenz an der Ostflanke ausgebaut, sondern

**13** Vgl. Ministry of Defence of Sweden, Swedish Armed Forces to contribute forces in Latvia, 29.4.2024, [www.government.se/press-releases/2024/04/swedish-armed-forces-to-contribute-forces-in-latvia](http://www.government.se/press-releases/2024/04/swedish-armed-forces-to-contribute-forces-in-latvia).

**14** Vgl. Joseph S. Bermudez Jr. et al., The Ice Curtain: Modernization on the Kola Peninsula, 23.3.2020, [www.csis.org/analysis/ice-curtain-modernization-kola-peninsula](http://www.csis.org/analysis/ice-curtain-modernization-kola-peninsula).

**15** Vgl. Korkea tiedustelulähde Ylelle: Lähes kaikki Venäjän lähialueen maajoukot ovat nyt Ukrainassa, 19.6.2024, <https://yle.fi/a/74-20093440>.

**16** Vgl. Mathieu Boulègue et al., Assessing Russian Plans for Military Regeneration Modernization and Reconstitution Challenges for Moscow's War Machine, 9.7.2024, [www.chatham-house.org/2024/07/assessing-russian-plans-military-regeneration/02-manpower-force-structure-and-command-and](http://www.chatham-house.org/2024/07/assessing-russian-plans-military-regeneration/02-manpower-force-structure-and-command-and).

**17** Vgl. Rob Lee, Ground Forces, in: ebd.

**18** Vgl. North Atlantic Defense Committee Decision on D.C. 13. A Report by the Military Committee on North Atlantic Treaty Organization Medium Term Plan, 1.4.1950, [www.nato.int/docu/stratdoc/eng/a500328d.pdf](http://www.nato.int/docu/stratdoc/eng/a500328d.pdf).

auch wichtige Schritte in der Zusammenarbeit mit Norwegen unternommen. Im Juli 2021 unterzeichneten Norwegen und Deutschland ein umfangreiches Abkommen über die gemeinsame Produktion neuartiger U-Boote für die Marinen beider Länder, die ab 2029 an Norwegen und ab 2032 an Deutschland ausgeliefert werden sollen.<sup>19</sup> Das Projekt ist wichtig, weil U-Boote Fähigkeiten besitzen, von denen die gesamte Region profitieren kann. Darüber hinaus verfügt im nordisch-baltischen Raum nur Schweden über U-Boote. Dem gemeinsamen deutsch-norwegischen Beschaffungsprojekt folgte 2023 eine neue Absichtserklärung zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit.<sup>20</sup>

Auch andere strategische Interessen verbinden Deutschland und Norwegen: Nach der Abkopplung Deutschlands von russischem Gas ist Norwegen Ende 2023 zum wichtigsten Gaslieferanten für Deutschland geworden.<sup>21</sup> Die Sprengung der für Deutschland wichtigen Nord-Stream-Gaspipelines in der Ostsee im September 2022 und die Beschädigung der Balticconnector-Pipeline zwischen Finnland und Estland im Oktober 2023 haben die erhöhte Gefahr von Sabotageakten gegen maritime Infrastrukturen und die damit verbundene Verwundbarkeit in das Bewusstsein der europäischen Gesellschaften und Entscheidungsträgerinnen und -träger gerückt.<sup>22</sup> Insbesondere die Bedeutung Norwegens für die Versorgungssicherheit Deutschlands im Energiebereich hat deutlich zugenommen. Das dringende Eigeninteresse Deutschlands am Schutz der norwegischen Unterwasserinfrastruktur hat sich in einer deutsch-norwegischen Initiative manifestiert, in der beide Länder gemeinsam die Nato aufgefordert haben, den Schutz kritischer maritimer

Infrastrukturen zu verbessern.<sup>23</sup> Im April 2024 unterzeichneten vier weitere Nordsee-Anrainerstaaten (Belgien, Dänemark, die Niederlande und Schweden) mit Deutschland und Norwegen eine gemeinsame Erklärung zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordinierung im Bereich des Schutzes maritimer Infrastrukturen.<sup>24</sup> Seit Mai 2024 ist das neue Maritime Centre for Security of Critical Undersea Infrastructure der Nato in Großbritannien im Einsatz.<sup>25</sup>

Deutschland hat daher ein Interesse daran, auch an der Nordflanke der Nato präsent zu sein. So beteiligte sich die deutsche Marine 2022 an der Überwachung des Seegebietes vor der norwegischen Küste.<sup>26</sup> Für Norwegen ist die Anwesenheit der Bundeswehr und die enge Kooperation mit der deutschen Marine willkommen. Sollte Deutschland den Fokus im maritimen Bereich auf die Nordsee und die Kooperation mit Norwegen legen, müssten die Verpflichtungen Deutschlands im nordisch-baltischen Raum einzuhalten sein, weil die Litauen-Brigade wiederum die Landstreitkräfte beansprucht. So werden nicht dieselben Truppenstrukturen für mehrere Aufgabengebiete belastet. Jedoch kommen globale Einsätze wie das Indo-Pacific Deployment 2024 hinzu – laut der deutschen Marine eines der Manöver, die „das Engagement Deutschlands für freie und sichere Schifffahrtswege, eine regelbasierte internationale Ordnung und eine verstärkte Zusammenarbeit für maritime Sicherheit unter Beweis stellen.“<sup>27</sup> Für eine stark exportabhängige Volkswirtschaft wie die deutsche sind freie Seewege von vitalem Interesse. Der deutschen Mari-

**19** Vgl. Bundeswehr, Neue U-Boote und Seeziel-Flugkörper für die Marine, 8.7.2021, [www.bundeswehr.de/de/organisation/ausruestung-baainbw/aktuelles/deutsch-norwegische-u-boote-und-seeziel-flugkoerper-5109534](http://www.bundeswehr.de/de/organisation/ausruestung-baainbw/aktuelles/deutsch-norwegische-u-boote-und-seeziel-flugkoerper-5109534).

**20** Vgl. Government of Norway, Norway and Germany Signed a New Declaration of Intent Agreed to Enhance the Bilateral Co-operation in the Area of Security and Defence, 12.9.2023, [www.regjeringen.no/en/aktuelt/id2993637](http://www.regjeringen.no/en/aktuelt/id2993637).

**21** Vgl. Matthias Janson, Woher Deutschland sein Gas bezieht, Statista, 21.12.2023, <https://de.statista.com/infografik/30706/taegliche-gasimporte-nach-deutschland-nach-herkunft>.

**22** Für eine ausführliche Analyse des Themas siehe Daniel Voelsen (Hrsg.), Maritime kritische Infrastrukturen. Strategische Bedeutung und geeignete Schutzmaßnahmen, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 3/2024.

**23** Vgl. Germany and Norway Announce Plan to Better Protect Maritime Infrastructure, 1.12.2022, [www.euronews.com/2022/12/01/germany-and-norway-announce-plan-to-better-protect-maritime-infrastructure](http://www.euronews.com/2022/12/01/germany-and-norway-announce-plan-to-better-protect-maritime-infrastructure).

**24** Vgl. Government of Norway, Six North Sea Countries Join Forces to Secure Critical Infrastructure, 9.4.2024, [www.regjeringen.no/contentassets/03b6ba0be17e4ea0a57517a771ab5d8b/20240409\\_press-release\\_six-north-sea-countries-join-forces-to-secure-critical-infrastructure.pdf](http://www.regjeringen.no/contentassets/03b6ba0be17e4ea0a57517a771ab5d8b/20240409_press-release_six-north-sea-countries-join-forces-to-secure-critical-infrastructure.pdf).

**25** Vgl. Nato Officially Launches New Maritime Centre for Security of Critical Undersea Infrastructure, 28.5.2024, <https://mc.nato.int/media-centre/news/2024/nato-officially-launches-new-nmcsui>.

**26** Vgl. Deutsche Marine beteiligt sich am Schutz der kritischen Infrastruktur Norwegens, 4.11.2022, [www.bundeswehr.de/de/organisation/marine/aktuelles/schutz-kritischer-infrastruktur-norwegens-5519846](http://www.bundeswehr.de/de/organisation/marine/aktuelles/schutz-kritischer-infrastruktur-norwegens-5519846).

**27** Vgl. Indo-Pacific Deployment 2024, [www.bundeswehr.de/de/organisation/marine/aktuelles/indo-pacific-deployment-2024](http://www.bundeswehr.de/de/organisation/marine/aktuelles/indo-pacific-deployment-2024).

ne droht jedoch eine Überdehnung, wenn immer mehr Aufgaben und Einsätze hinzukommen – bei einer Stellenbesetzungsquote von nur 79 Prozent.<sup>28</sup> Wenn es nicht mehr nur darum geht, in Friedenszeiten Präsenz zu zeigen, sondern sich auf einen möglichen Krieg vorzubereiten, muss Deutschland seine trotz Sondervermögen begrenzten Ressourcen priorisieren. Dann kann es wichtiger sein, dass die Bundeswehr in Europa präsent und einsatzfähig ist, als sich weltweit zu zerstreuen. Eine sinnvolle Arbeitsteilung im Bündnis setzt Kapazitäten für andere Bündnispartner frei, um im Indopazifik effektiver zu agieren.

### LOGISTISCHE DREHSCHLEIBE

Wurde während des Kalten Krieges die erste Reaktion auf einen Angriff auf die Nato in Deutschland geplant, so liegt die neue antizipierte Front deutlich weiter östlich. Deutschland kommt damit die Rolle einer logistischen Drehscheibe zu, über die sich die Bündnistruppen von West nach Ost bewegen sollen. In der Bundeswehr herrscht ein klares Verständnis der Erwartungen an Deutschland im Bündnis. Aufgrund seiner Lage in der Mitte Europas und seiner Bevölkerungszahl kommen dem Land drei Hauptaufgaben zu: erstens als Truppensteller, zweitens als Empfänger von Bündnistruppen und drittens als Bereitsteller einer logistischen Basis für die Truppen.<sup>29</sup> Mit Deutschland steht und fällt gegebenenfalls die erfolgreiche Verteidigung der Ostflanke, weshalb die Entwicklung des neuen Operationsplans Deutschland ein wichtiger Schritt zur „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands ist.<sup>30</sup> Dabei muss auch die Infrastruktur neu bewertet werden, wenn beispielsweise tonnenschwere Kampfpanzer deutsche Brücken passieren sollen.

Die Herausforderungen für die Drehscheibe Deutschland sind beträchtlich, denn das Erwachen der deutschen politischen Führung aus

dem Dornröschenschlaf der Friedensdividende erfolgte erst mit dem russischen Angriffskrieg am 24. Februar 2022. Es ist bezeichnend, dass die Bundeswehr trotz neuer Bündnisaufgaben nach 2014 bis 2022 alles mit dem *single set of forces* schaffen sollte, das eigentlich für die Ära des Krisenmanagements gedacht war.<sup>31</sup> Mangelnde Voraussicht führt nun zu höheren Kosten und längeren Lieferzeiten, die sich bereits im Sondervermögen der Bundeswehr bemerkbar machen.<sup>32</sup> Ein europaweites Problem ist auch, dass die meisten Länder keine ausreichenden Vorräte an Munition und anderem wichtigen Gerät haben, das an die Ukraine geliefert werden könnte. Die Doppelaufgabe, die Ukraine militärisch zu unterstützen und gleichzeitig die eigenen Streitkräfte auszubauen und zu modernisieren, erhöht den Bedarf und die Kosten exorbitant. Außerdem schlägt sich die Energiesituation auch in den Streitkräften nieder: Laut Wehrbericht 2023 sind die Betriebskosten der Truppe von rund 410 Millionen Euro für Heizung und Strom im Jahr 2022 auf über eine Milliarde Euro im Jahr 2023 enorm gestiegen.<sup>33</sup>

Hinzu kommt, dass Deutschland nicht nur die 4800 Soldatinnen und Soldaten starke Litauen-Brigade versprochen hat, sondern ab 2025 auch 35 000 Kräfte für das neue Truppenmodell (New Force Model) der Nato, das die bisherige Reaction Force ablöst. Nach Angaben der Bundeswehr liegt der Schwerpunkt für Deutschland in Mittel- und Nordosteuropa sowie in östlichen Nachbarländern wie Polen oder Litauen.<sup>34</sup> Die Truppenstärke der Bundeswehr ist jedoch rückläufig, und die Personalgewinnung bleibt eines der größten Probleme in Deutschland. Auch eine viel diskutierte Wehrpflicht kann das Problem nicht lösen, denn aufgrund der zahlreichen weiteren eingegangenen Nato-Verpflichtungen fehlt es der Bundeswehr an Ausbildungspersonal und -ein-

**28** Vgl. Bundestagsdrucksache 20/10500, 12.3.2024, S. 39.

**29** Vgl. Iro Särkkä et al., Finland's Partnerships as a Nato Member. Prospects for Defence Cooperation in a Multilateral Framework, 25.6.2024, S. 74, [www.fiia.fi/en/publication/finlands-partnerships-as-a-nato-member](http://www.fiia.fi/en/publication/finlands-partnerships-as-a-nato-member).

**30** Vgl. Operationsplan Deutschland: Wie verteidigen wir unser Land?, 14.11.2023, [www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/territoriales-fuehrungskommando-der-bundeswehr/aktuelles/operationsplan-deutschland-5703688](http://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/territoriales-fuehrungskommando-der-bundeswehr/aktuelles/operationsplan-deutschland-5703688).

**31** Zur langsamen Anpassung und Schwierigkeit der verschiedenen Reformen siehe Hans-Peter Bartels/Rainer Glatz, Welche Reform die Bundeswehr heute braucht – Ein Denkanstoß, SWP-Akuell 84/2020, [www.swp-berlin.org/10.18449/2020A84](http://www.swp-berlin.org/10.18449/2020A84).

**32** Vgl. Hauke Friedrichs, Was für die Bundeswehr bestellt wurde – und was ihr noch fehlt, 4.6.2024, [www.zeit.de/politik/deutschland/2024-05/bundeswehr-sondervermoegen-militaer-investitionen](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-05/bundeswehr-sondervermoegen-militaer-investitionen).

**33** Vgl. Bundestagsdrucksache 20/10500, 12.3.2024, S. 30.

**34** Vgl. Nato Force Model: Wie Deutschland sich ab 2025 in der Allianz engagiert, 9.7.2024, [www.bmvg.de/de/aktuelles/nato-force-model-wie-deutschland-sich-ab-2025-engagiert-5465714](http://www.bmvg.de/de/aktuelles/nato-force-model-wie-deutschland-sich-ab-2025-engagiert-5465714).

richtungen. Hinzu kommt eine im Wehrbericht 2023 zitierte Umfrage aus dem Jahr 2022, nach der sich in der Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen nur 19 Prozent der Männer und 6 Prozent der Frauen vorstellen können, in der Bundeswehr zu dienen.<sup>35</sup> Eine Zeitenwende zeichnet sich also zumindest in den Einstellungen junger Menschen, die das Land und das Bündnis verteidigen sollen, nicht ab. Um eine Überdehnung auch der Landstreitkräfte zu vermeiden, muss Deutschland bei seinen Plänen realistisch bleiben und nicht mehr versprechen, als es leisten kann.

## SCHLUSS

Die anfängliche Begeisterung über die von Bundeskanzler Olaf Scholz wenige Tage nach der russischen Invasion verkündete Zeitenwende ist im Nordosten Europas inzwischen verfliegen. Die trotz Sondervermögen bestehenden Defizite der Bundeswehr sind inzwischen hinlänglich bekannt, was sich auf die Erwartungen in Nordosteuropa auswirkt. Von Deutschland wird keine Führungsrolle mehr erwartet – dazu sind die Deutschen trotz gegenteiliger Beteuerungen der politischen Führung offensichtlich noch nicht bereit. Das weitgehend unerfüllte Konzept Deutschlands als Anlehnungsmacht, an die sich kleinere europäische Staaten in Einsätzen andocken können, würde dem Anspruchsniveau entsprechen, das Deutschland sich selbst zutraut und seine Partner Deutschland zutrauen.<sup>36</sup>

Unter den nordischen EU-Mitgliedern wird Deutschland zwar – insbesondere seit dem Brexit – als wichtiger gleichgesinnter größerer Partner in Politik und Wirtschaft angesehen. Laut einem Bericht des Norwegischen Instituts für Außenpolitik von 2021 hat der Brexit jedoch nichts daran geändert, dass Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden das Vereinigte Königreich weiterhin als ihren wichtigsten Sicherheits- und Verteidigungspartner betrachten. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass

Deutschland von keinem der nordischen Länder als wichtigster Verteidigungspartner in Europa eingestuft wird.<sup>37</sup> Deutschland hat zwar die Verteidigungszusammenarbeit mit Norwegen deutlich erhöht, aber mit den neuen Nato-Mitgliedern Finnland und Schweden hat sich über Absichtserklärungen und gemeinsame Übungen hinaus noch nicht viel getan. Deutlich präsenter in der Region sind die beiden Nuklearmächte USA und Großbritannien. Die von Großbritannien geführte Joint Expeditionary Force mit den fünf nordischen und drei baltischen Ländern sowie den Niederlanden hat sich inzwischen zu einer operativen Gruppierung entwickelt, die dank ihrer Agilität in der Anfangsphase eines Konflikts eine Lücke zwischen der nationalen Verteidigung und der potenziell langsamen Aktivierung des Bündnisfalls der Nato füllen könnte. Deutschland fehlt eine ähnlich klare Rolle in der Region, und aufgrund der begrenzten personellen Möglichkeiten der kleinen nordischen Länder müssen auch bei Partnerschaften Prioritäten gesetzt werden.

Die Politikwissenschaftlerin Jana Puglierin verfasste 2018 einen Artikel in der Zeitschrift „Internationale Politik“ mit dem Titel „Rolle rückwärts. Deutschland droht ein sicherheitspolitischer Ansehens- und Vertrauensverlust“. Der Titel des Beitrags beschreibt die aktuelle Situation weiterhin treffend. Die Herausforderungen, vor denen die Bundeswehr steht, sind vielfältig. Umso wichtiger ist es, Aufgaben und Verpflichtungen realistisch zu priorisieren. Wenn die Bundesrepublik ihre Zusagen für die Litauen-Brigade einhält, ist das ein wichtiger Beitrag zur Bündnisverteidigung und ein Zeichen, dass Deutschland zu seinen Partnern steht, die sich für ihre Sicherheit auf Deutschland verlassen. Werden die Zusagen jedoch nicht eingehalten, droht ein endgültiger Ansehens- und Vertrauensverlust.

<sup>35</sup> Vgl. Bundestagsdrucksache 20/10500, 12.3.2024, S. 41.

<sup>36</sup> Vgl. Jana Puglierin, *Rolle rückwärts. Deutschland droht ein sicherheitspolitischer Ansehens- und Vertrauensverlust*, in: *Internationale Politik* 5/2018, S. 8–13.

<sup>37</sup> Vg. Kristin Haugevik et al., *Nordic Partnership Choices in a Fierier Security Environment: Towards More Alignment*, 7.12.2021, [www.nupi.no/en/publications/cristin-pub/nordic-partnership-choices-in-a-fierier-security-environment-towards-more-alignment](http://www.nupi.no/en/publications/cristin-pub/nordic-partnership-choices-in-a-fierier-security-environment-towards-more-alignment).

## MINNA ÅLANDER

ist Research Fellow am Finnish Institute of International Affairs in Helsinki, Finnland.

# ZÄSUR AFGHANISTAN-EINSATZ?

## Lehren für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik

*Philipp Münch*

Mit dem Engagement in Afghanistan begab sich die Bundeswehr ab Ende 2001 in den teuersten, personalintensivsten, verlustreichsten und zweitlängsten Auslandseinsatz ihrer Geschichte. Insgesamt 93 000 deutsche Soldatinnen und Soldaten dienten in den Missionen Operation Enduring Freedom (OEF) und International Security Assistance Force (ISAF) beziehungsweise ab 2015 der Resolute Support (RS). Der Großteil war in Kontingenten von bis zu 5000 Soldatinnen und Soldaten für die ISAF im Einsatz. Sie sollte Afghanistan bis Ende 2014 „stabilisieren“. Zwei Monate nach dem Abzug der RS im Juni 2021 mussten die letzten westlichen Truppen das Land fluchtartig verlassen, als die Taliban Kabul einnahmen. Die Bilder des chaotischen Abzugs gruben sich ins kollektive Gedächtnis des Westens. Insgesamt ließen 54 deutsche Soldaten ihr Leben in dem Land.<sup>01</sup>

Angesichts seiner Intensität und seines Umfangs stellt der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zweifellos den bisherigen Höhepunkt deutscher Auslandseinsätze dar. Doch bedeutet er insgesamt eine sicherheits- und verteidigungspolitische Zäsur für Deutschland? Der Beitrag vertritt die These, dass der Afghanistan-Einsatz insofern eine Zäsur ist, als er die Defizite der Bundeswehr und der sicherheitspolitischen Strategiefähigkeit Deutschlands offenbart hat. Doch erst die russische Besetzung der Krim im Februar 2014, die zeitlich etwa mit dem Ende des ISAF-Einsatzes zusammenfiel, und die vollständige russische Invasion acht Jahre später waren entscheidende Zäsuren, die ein Umdenken in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erzwangen.

Im Folgenden werden drei defizitäre Bereiche herausgearbeitet, die der Afghanistan-Einsatz offenbart hat. *Erstens* im Bereich der Strategie: Die Bundesregierungen hatten zwar ein Interesse daran, durch ihr Engagement in Afghanistan außenpolitische Bedeutung zu gewinnen beziehungsweise zu erhalten. Sie waren aber nicht

in der Lage, daraus eine sinnvolle Strategie abzuleiten und – anders als die USA – das strategische Kernproblem des Afghanistan-Engagements zu erkennen. *Zweitens* waren die strukturellen Voraussetzungen der Bundeswehr hinsichtlich ihrer Organisation sowie ihrer personellen und materiellen Ausstattung nicht geeignet, kampfkraftige Verbände für den Auslandseinsatz bereitzustellen. Und *drittens* waren der Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr im Gefecht enge Grenzen gesetzt.

Im Fazit wird gezeigt, dass die Lehren, die die politische und militärische Führung aus dem Afghanistan-Einsatz seit 2014 gezogen hat, am strategischen Kernproblem vorbeigegangen sind – dass nämlich die Aussichten auf eine externe „Stabilisierung“ fragiler Staaten im Globalen Süden gering sind. Das Scheitern des Einsatzes hat nicht zu einem grundsätzlichen Umdenken geführt. Vielmehr brachten erst die russischen Invasionen in der Ukraine 2014 und 2022 die Erkenntnis, dass sich die Bundeswehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung konzentrieren muss – ohne jedoch das Ziel der „Stabilisierung“ fragiler Staaten gänzlich aufzugeben.

### STRATEGIEFÄHIGKEIT

Seit Längerem wird in Studien die allgemeine Strategiefähigkeit der handelnden Akteure des deutschen Staates infrage gestellt.<sup>02</sup> Diese Kritik äußerte sich auch früh beim strategischen Vorgehen Deutschlands in Afghanistan.<sup>03</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gesamtstrategie des von den USA dominierten internationalen Militäreinsatzes ebenso defizitär war. Die US-geführten OEF-Truppen hatten bis Anfang 2002 die Taliban gestürzt und al-Qaida weitgehend zerschlagen. Danach versuchten sie, den bald einsetzenden Aufstand der neu formierten Taliban zu bekämpfen und die afghanische Regierung aufzubauen. Das Bonner Afghanistan-Abkommen

von Dezember 2001 enthielt zwar einen konkreten „Fahrplan“ zur Bildung einer neuen afghanischen Regierung. Es bot jedoch darüber hinaus wenig Konkretes zu den abstrakt umschriebenen übergeordneten Zielen. Dennoch orientierte sich die Nato-geführte ISAF ab 2003 an diesen Zielen, die nicht priorisiert wurden und teilweise miteinander konkurrierten.<sup>04</sup> Eine Strategie ließ sich daraus nicht ableiten.

Auch die Bundesregierungen entwickelten für ihr Engagement in Afghanistan keine klare nationale Strategie. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 drängte sich die damalige Regierung gegen US-Präferenzen in die OEF. Die USA suchten zwar politischen Beistand, verzichteten aber lieber auf nicht ausschlaggebende militärische Beiträge und daraus abgeleitete Mitbestimmungsforderungen. Auf Wunsch der US-Regierung nahm sie dagegen an der ISAF teil.<sup>05</sup> Während sich Deutschland nach 2002 weitgehend aus der OEF in Afghanistan heraushielt, stellte es bei ISAF und ab 2015 bei RS das zweitbeziehungsweise drittgrößte Kontingent. Die Bundesregierungen hatten ein Interesse daran, sich sichtbar an dem Engagement in Afghanistan zu beteiligen. Sie wollten die Position Deutschlands in der Welt verbessern beziehungsweise erhalten. Auch wenn Erfolge in Afghanistan erwünscht waren, ging es im Kern nicht darum, dort etwas Konkretes zu erreichen.<sup>06</sup> Das strategische Kernproblem bestand jedoch darin, dass die Bundesregierungen – im Gegensatz zu ih-

rer tatsächlichen Absicht – nicht ausdrücklich dafür eintraten, Afghanistan nur als Vehikel zu nutzen, um Deutschlands Position im internationalen System zu stärken. Die vor Ort tätigen Regierungsorganisationen versuchten daher tatsächlich etwas zu bewirken und verstrickten sich zunehmend in Afghanistan, was die Kosten des Abzugs in die Höhe trieb.<sup>07</sup>

Um öffentliche Unterstützung für das Vorhaben zu gewinnen, betonten die Bundesregierungen zudem die Bedeutung des Engagements und stellten insbesondere gesellschaftliche Ziele wie „Bildung, Erziehung, Frauen“ (Joschka Fischer, Grüne) in den Vordergrund.<sup>08</sup> Vor allem in den Anfangsjahren grenzten sie dafür die ISAF als vermeintlich friedlichere Mission von der OEF ab und leugneten, dass man sich in Afghanistan im Krieg befindet. Um die weitere Beteiligung Deutschlands an dem Einsatz zu ermöglichen und die eigenen Erfolge hervorzuheben, stellten die Spitzen der beteiligten Ministerien die Lage in Afghanistan tendenziell zu positiv dar.<sup>09</sup>

Sicherlich erschwerte die Schönfärberei den politisch Verantwortlichen die Einsicht, dass das Engagement in Afghanistan mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erfolgreich enden würde, aber ähnliche Tendenzen gab es auch im internen Berichtswesen der Verbündeten.<sup>10</sup> Dennoch erkannte US-Präsident Barack Obama, ebenso wie sein Vizepräsident Joe Biden, zu Beginn seiner Amtszeit 2009 nach einer umfassenden *strategy review* die Aussichtslosigkeit eines weiteren Engagements in Afghanistan. Nach einer letzten Truppenaufstockung leitete er daher das Ende von ISAF und OEF und damit faktisch den Anfang vom Ende des Engagements ein.<sup>11</sup> Sein Nachfolger, Donald Trump, kam zum gleichen Schluss und legte – weitgehend ohne Rückspra-

**01** Vgl. Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 20/10400, Unterrichtung durch die Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands. Zwischenbericht der Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands, 19.2.2024, S. 52.

**02** Vgl. z. B. Manuela Glaab, Strategie und Politik. Das Fallbeispiel Deutschland, in: Thomas Fischer/Gregor Peter Schmitz/Michael Seberich (Hrsg.), Die Strategie der Politik. Ergebnisse einer vergleichenden Studie, Gütersloh 2007, S. 67–115.

**03** Vgl. z. B. Klaus Naumann, Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008.

**04** Vgl. Philipp Münch, Strategielos in Afghanistan. Die Operationsführung der Bundeswehr im Rahmen der International Security Assistance Force, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 30/2011.

**05** Vgl. Lutz Holländer, Die politischen Entscheidungsprozesse bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr 1999–2003, Frankfurt/M. 2007, S. 116.

**06** Vgl. Philipp Münch, Die Bundeswehr in Afghanistan. Militärische Handlungslogik in internationalen Interventionen, Freiburg/Br. 2015, S. 165–176, <https://opus4.kobv.de/opus4-zmsbw/files/577/08179929.pdf>.

**07** Vgl. Philipp Münch, Ein paradoxer Krieg. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, in: Martin Rink/Jochen Maurer (Hrsg.), Einsatz ohne Krieg?, Göttingen 2021, S. 151–171, hier S. 162.

**08** Zit. nach Winfried Nachtwei, Wie der Afghanistaneinsatz anfang – Teil III: Der wenig umstrittene 2. Afghanistanbeschluss (zu ISAF), 1.9.2011, <http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&ptid=1&catid=2-11-39-120&aid=1076>.

**09** Vgl. BT-Drs. 20/10400 (Anm. 1), S. 69.

**10** Vgl. Steve Coll, Directorate S. The C.I.A. and America's Secret Wars in Afghanistan and Pakistan, London 2018, S. 298–300.

**11** Vgl. Edmund J. „E. J.“ Degen/Mark J. Reardon, Modern War in an Ancient Land. The United States Army in Afghanistan 2001–2014, Vol. 2, Washington, D.C. 2021, S. 193f., S. 270.

che mit den Verbündeten oder der afghanischen Regierung – mit einem 2020 mit den Taliban geschlossenen Abkommen die Grundlage für das Ende der Intervention. Biden blieb als Präsident bei der Einschätzung der geringen Erfolgsaussichten in Afghanistan und vollzog den Abzug im Frühjahr 2021.<sup>12</sup>

Ein zentrales strategisches Versäumnis der deutschen Bundesregierungen besteht daher darin, die Aussichtslosigkeit des Afghanistan-Einsatzes an sich oder zumindest unter den Bedingungen eines geringen US-Interesses nicht erkannt zu haben. Stattdessen setzte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel 2014 bei Obama dafür ein, die US-Truppen nicht schon 2016 abzuziehen, was faktisch das Ende von RS in diesem Jahr bedeutet hätte.<sup>13</sup> Auch später, nach Abschluss des USA-Taliban-Abkommens, versuchte Außenminister Heiko Maas mit einer Nato-Initiative, Präsident Biden vom Abzug abzubringen.<sup>14</sup> Die deutschen Bemühungen sollten ein geordnetes Ende des Einsatzes ermöglichen. Allerdings fragte Biden zu Recht, ob ein paar Jahre mehr die Situation wirklich nachhaltig verändert hätten und ob das Engagement nicht perpetuiert worden wäre.<sup>15</sup>

## BUNDESWEHR-STRUKTUR

Dauer und Intensität des Afghanistan-Engagements haben die strukturellen Mängel der Bundeswehr offengelegt. Sie führten aber nicht dazu, dass die Verantwortlichen die Bundeswehr entsprechend den Erfordernissen der Auslandseinsätze umstrukturierten. Denn nach 1990 war lange unklar, was der Kernauftrag der Bundeswehr sein sollte: Landes- und Bündnisverteidigung oder Auslandseinsätze. In der Praxis erfordert beides unterschiedliche Fähigkeiten. Für die Verteidigung sind möglichst große Streitkräfte erfor-

derlich, die durch Wehrpflichtige und Reservisten verstärkt werden können und in der Lage sind, lange und mit hoher Intensität Gefechte gegen einen ebenbürtigen Gegner zu führen. Für Auslandseinsätze scheinen dagegen kleine, weltweit verlegbare Streitkräfte besser geeignet. Sie benötigen nur eine leichte Bewaffnung und können sich aus Zeit- und Berufssoldatinnen und -soldaten rekrutieren.

Die verteidigungspolitischen Schlüsseldokumente hoben den Widerspruch zwischen unterschiedlichen Anforderungen an Verteidigung und Auslandseinsätze nur rhetorisch auf. Beides erfordere „grundsätzlich identische militärische Fähigkeiten“.<sup>16</sup> Unter dem zunehmenden Kostendruck eines nach 1990 kontinuierlich reduzierten Wehretats bei zusätzlichen Aufgaben verkleinerte die politische Führung die Bundeswehr jedoch immer weiter. So blieb für die größte Teilstreitkraft der Bundeswehr, dem Heer, letztlich die alte Grundstruktur von ursprünglich zwölf westdeutschen Divisionen erhalten. Allerdings wurde die Zahl der Divisionen und der untergeordneten Brigaden nach und nach drastisch reduziert.<sup>17</sup>

Durch die Art und Weise der Reduzierung der Streitkräfte entstand eine organisatorisch kopflastige Armee. Da die Berufssoldatinnen und -soldaten sowie die Beamtinnen und Beamten nicht entlassen werden konnten, wurde an Einrichtungen für sie festgehalten. Dazu reduzierten die Verantwortlichen tendenziell Verbände mit einem hohen Anteil an Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten und bewahrten die Stäbe. Oft entstanden neue Ämter und Kommandos an den Standorten ehemaliger Korps- oder Divisionsstäbe, deren Truppen aufgelöst worden waren. Diese dienten also vor allem dazu, die Dienstposten der alten Stäbe zu erhalten. Im Jahr 2000 entstand mit der Streitkräftebasis (SKB) sogar ein neuer Organisationsbereich mitsamt den erforderlichen Führungsstrukturen. Die SKB zentralisierte die von allen Teilstreitkräften unterhaltenen logisti-

<sup>12</sup> Vgl. BT-Drs. 20/10400 (Anm. 1), S. 51, S. 88.

<sup>13</sup> Vgl. Rede von Bundeskanzlerin Merkel bei der Bundeswehrtagung, Berlin, 14.5.2018, [www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-bei-der-bundeswehrtagung-am-14-mai-2018-in-berlin-1008722](http://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-bei-der-bundeswehrtagung-am-14-mai-2018-in-berlin-1008722).

<sup>14</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, 1. Untersuchungsausschuss. Plötner: Deutschland wollte Bedingungen für Doha-Abkommen, 27.6.2024, [www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw26-pa-untersuchungsausschuss-80-sitzung-1008866](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw26-pa-untersuchungsausschuss-80-sitzung-1008866).

<sup>15</sup> Vgl. Remarks by President Biden on the End of the War in Afghanistan, 31.8.2021, [www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/08/31/remarks-by-president-biden-on-the-end-of-the-war-in-afghanistan](http://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/08/31/remarks-by-president-biden-on-the-end-of-the-war-in-afghanistan).

<sup>16</sup> Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Verteidigungspolitische Richtlinien, 2003, Nr. 78. Vgl. auch BMVg, Verteidigungspolitische Richtlinien. Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, 2011, S. 16.

<sup>17</sup> Vgl. Philipp Münch, Max Webers Albraum: Zur Reformierbarkeit der Spitzengliederung der Bundeswehr, in: Detlef Buch (Hrsg.), Die Reform der Bundeswehr: Von Menschen für Menschen, Frankfurt/M. 2012, S. 111–143.

schen Fähigkeiten, um dadurch die Effizienz zu steigern.<sup>18</sup>

Die Zentralisierungsbestrebungen spiegelten das seit den 1990er Jahren verstärkte betriebswirtschaftliche Denken in der Bundeswehr wider. Outsourcing und die effizientere Nutzung der vorhandenen Mittel sollten Kosten sparen. Das heißt, Teile der Logistik wie Werkstätten, Fuhrparks und sogar die Kleiderkammer wurden privatisiert und damit von Zivilen betrieben. Es ist allerdings fraglich, ob dies tatsächlich Kosten sparte und Leistungen verbesserte.<sup>19</sup> Dies zeigte etwa die Insolvenz der Kleiderkammer der Bundeswehr, die der Bund 2015 mit 91,86 Millionen Euro zurückkaufen musste.<sup>20</sup>

Weitere Reduzierungen orientierten sich an den Erfordernissen in Afghanistan und anderen Auslandseinsätzen. Da vor allem Zeit- und Berufssoldatinnen und -soldaten sowie Reservedienstleistende im Einsatz waren, erschien die Wehrpflicht zunehmend als reine Last. Die Bundesregierung setzte sie deshalb 2011 aus. Weder die Taliban noch andere Gegner der Bundeswehr verfügten über Luftstreitkräfte. Deshalb entschied die Heeresführung, die im Drohnenkrieg entscheidende Heeresflugabwehrtruppe 2010 aufzulösen. Der gleichen Logik folgte die starke Reduzierung der Panzertruppe.<sup>21</sup>

Am Ende stand eine Bundeswehr, die faktisch darauf ausgerichtet war, zwar um Leitdivisionen gruppierte, aber teilweise aus Hunderten von Verbänden bestehende Kontingente für auf vier bis sechs Monate befristete Einsätze wie in Afghanistan und anderswo aufzustellen.<sup>22</sup> In den dort gut geschützten Feldlagern konnten auch zivile Wartungsfirmen tätig sein. Damit rückte die Bundeswehr zwar nicht offiziell, aber faktisch von dem früheren Ansatz ab: im Inland Verbände unterhalten, die ab Brigadeebene

„organisch“ alle Elemente für das arbeitsteilige „Gefecht der verbundenen Waffen“ von Kampftruppen, Artillerie, Pionieren, Logistik etc. aufweisen, einen Korpsgeist ausbilden und im Krieg gemeinsam kämpfen.

## DURCHHALTEFÄHIGKEIT

Zwar hatte die Bundeswehr bereits 1997 bei der Evakuierungsoperation in Albanien und 1999 beim Einmarsch in den Kosovo zwei kurze Schusswechsel zu überstehen.<sup>23</sup> Ihr Einsatz in Afghanistan war jedoch insofern eine Zäsur, als sie zum ersten Mal längere Gefechte führte und eine wesentlich höhere Kampfintensität erlebte. Allein zwischen 2006 und 2014 wurde die Bundeswehr in Afghanistan mindestens 380 Mal angegriffen und war an 150 Schusswechseln beteiligt. Im Juni 2006 gerieten deutsche Soldaten erstmals in einen komplexen Hinterhalt, der auf die Vernichtung einer ganzen Patrouille zielte. Ab Mitte 2008 häuften sich längere Gefechte, die in den Jahren 2009 und 2010 ihren Höhepunkt erreichten. Insgesamt fielen 35 Soldaten den Angriffen zum Opfer, mehr als 260 wurden körperlich verwundet.<sup>24</sup>

Um sich aktiv gegen Angriffe verteidigen zu können, musste die Bundeswehr zunächst Restriktionen überwinden, die ihr von der politischen Führung auferlegt worden waren. Diese sollten Skandale durch getötete Zivilisten vermeiden helfen und die Einsätze nicht zu kriegerisch erscheinen lassen. Um dies zu erreichen, hatte das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) den Gewalteinsatz ähnlich wie bei der Polizei konzeptualisiert. Das heißt, es hatte den Schusswaffengebrauch als strenge Ausnahme behandelt und dazu etwa die Soldatinnen und Soldaten angewiesen, Gewalt nur zur Selbstverteidigung anzuwenden. Im Afghanistan-Einsatz ließ das BMVg ab 2009 erstmals seit dem mit Luftstreitkräften geführten Kosovo-Krieg das Kriegerrecht gelten. Dies erlaubte unter anderem die aktive Bekämpfung des Gegners.<sup>25</sup>

Gleichzeitig erkannte das BMVg, dass es den Kriegerhabitus, den insbesondere viele Angehörige der Kampftruppen angenommen hatten, auch

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 129–132.

<sup>19</sup> Vgl. Gregor Richter, *Ökonomisierung in der Bundeswehr*, in: Sven Bernhard Gareis/Paul Klein (Hrsg.), *Handbuch Militär und Sozialwissenschaft*, Wiesbaden 2006, S. 40–50.

<sup>20</sup> Vgl. Jürgen Dahlkamp/Matthias Gebauer, *Bundeswehr-Kleiderkammer vor Insolvenz*. Teures Grünzeug, 22.6.2015, [www.spiegel.de/a-1040143.html](http://www.spiegel.de/a-1040143.html).

<sup>21</sup> Vgl. Münch (Anm. 6), S. 114, S. 131.

<sup>22</sup> Vgl. Christian Freuding, *Im Felde. Die Sicht des Soldaten*, in: Christoph Schwegmann (Hrsg.), *Bewährungsproben einer Nation: Die Entsendung der Bundeswehr ins Ausland*. Mit einem Vorwort von Volker Rühle, Berlin 2011, S. 197–208, hier S. 200.

<sup>23</sup> Vgl. Münch (Anm. 6), S. 275f.

<sup>24</sup> Vgl. Bericht der Kommission zur Untersuchung des Einsatzes des G36-Sturmgewehres in Gefechtssituationen, S. 24f.

<sup>25</sup> Vgl. Münch (Anm. 6), S. 270, S. 307.

positiv adressieren musste. Darunter ist eine positive Einstellung zur Gewalt und damit zur eigenen, nun konkret praxisrelevant gewordenen Tätigkeit sowie zu Werten wie Tapferkeit und Opferbereitschaft zu verstehen.<sup>26</sup> Am sichtbarsten hat die politische Führung den auch in militärischen Vorschriften betonten „Willen zum Kampf“ durch die Schaffung des Ehrenkreuzes für Tapferkeit und der Einsatzmedaille Gefecht in den Jahren 2008 und 2010 gewürdigt. Die Gefechtsmedaille erhielten bis 2018 insgesamt 5700 Soldatinnen und Soldaten, der weitaus größte Teil dürfte für den Afghanistankrieg verliehen worden sein.<sup>27</sup>

Ab 2007 führte die Bundeswehr in Afghanistan offensive Operationen bis auf Bataillonsebene durch. Dies führte jedoch nicht dazu, dass sie zu einer Armee für *counterinsurgency* (Aufstandsbekämpfung) wurde. Vielmehr orientierten sich die Verantwortlichen an einem Ideal operativer „Führungskunst“ wie es sich im deutschen Militär seit dem 19. Jahrhundert entwickelt hatte. Sie sah vor, auch zahlenmäßig überlegene Gegner durch eine schnellere und entschlosseneren Operationsführung vor allem der mechanisierten Kräfte durch überraschende Schwerpunktbildung zu schlagen. Das operative Konzept verzichtete auf eine allzu intensive „Beurteilung der Feindlage“, um die Entscheidungsfindung nicht zu verzögern. In Afghanistan wäre es hingegen sinnvoller gewesen, die Netzwerke der Aufständischen möglichst genau und damit zwangsläufig zeitaufwändig aufzuklären und dann punktuell mit leichten Infanterie- oder Spezialkräften gegen sie vorzugehen.<sup>28</sup>

Die Jahre 2009 und 2010, in denen die Bundeswehr insbesondere in der Provinz Kunduz zeitweise täglich im Gefecht stand, zeigten erstmals die Grenzen ihrer Durchhaltefähigkeit im Kampf. Aufgrund ihrer auf Kante genähten Struktur war sie angesichts ihrer sonstigen Einsatzverpflichtungen kaum in der Lage, Kontingente von deutlich mehr als 5000 Soldatinnen und Soldaten für Afghanistan aufzubringen. Davon war der Großteil in den Bereichen Stabswesen,

Logistik, Sanität, Feldlagerbetrieb etc. gebunden, um die Aktivitäten der operativen Kräfte zu ermöglichen. Auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen 2010 zeigte sich, dass die Bundeswehr zu wenig Munition im Einsatzland vorrätig hatte und nicht über die Fähigkeit verfügte, Verwundete unter Beschuss per Hubschrauber zu evakuieren.<sup>29</sup>

Tiefer gehende Probleme der Truppe offenbarte die Tatsache, dass in der Zeit der intensivsten Kampfhandlungen von Mitte 2008 bis Anfang 2010 die Zahl der wegen *battle stress* repatriierten Angehörigen des deutschen ISAF-Kontingents rapide anstieg.<sup>30</sup> Aufgrund all dieser Schwierigkeiten sahen sich die USA gezwungen, Anfang 2010 Truppen in der Stärke des gesamten deutschen ISAF-Kontingents in das von Deutschland geführte Regional Command North zu verlegen.<sup>31</sup> Dies zeigte letztlich, dass die Bundeswehr nicht über die erforderliche Durchhaltefähigkeit im Kampf verfügte.

## KURSWECHSEL

Das offensichtliche Scheitern des internationalen Engagements in Afghanistan, aber auch in zahlreichen anderen fragilen Staaten wie Mali, wo die Bundeswehr ab 2021 ihr größtes Kontingent im Ausland stationiert hatte, legt den Schluss nahe, dass das Konzept der „Stabilisierung“ nicht erfolversprechend ist. Unter diesem nur vage definierten Ansatz versteht die Bundesregierung, wie viele Verbündete, langfristig in einem krisengeschüttelten Staat zu intervenieren und mit zivilen und gegebenenfalls militärischen Mitteln die Regierung zu stützen und die Lebensbedingungen zu verbessern. Dabei haben die Interventen jedoch regelmäßig Regierungen geholfen, die keine Legitimität in

<sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 43f.

<sup>27</sup> Vgl. BT-Drs. 19/5825, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Gerold Otten, Martin Hess, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD, 19.11.2018, S. 4.

<sup>28</sup> Vgl. Münch (Anm. 6), S. 65–70, S. 296–301.

<sup>29</sup> Vgl. ebd., S. 207f., S. 303.

<sup>30</sup> Vgl. Nancy Radunz, Risikofaktoren für Repatriierungen aufgrund von psychiatrischen Erkrankungen im Auslandseinsatz. Deutsche Soldaten im Kosovo- und Afghanistaneinsatz, Doctor medicinae (Dr. med.) Dissertation, Freie Universität Berlin/Humboldt-Universität zu Berlin 2016, S. 28f., S. 48f. Die Studie beruht maßgeblich auf Daten, welche die (damaligen) Beschäftigten des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr Julius Heß, Anja Seiffert und Markus Steinbrecher unter Mitarbeit von Peter Zimmermann bearbeitet und interpretiert sowie teilweise erhoben haben.

<sup>31</sup> Vgl. Matthias Gebauer, Afghanistan. USA starten Truppenaufmarsch im Bundeswehrgebiet, 29. 1. 2010, [www.spiegel.de/a-674705.html](http://www.spiegel.de/a-674705.html).

der Bevölkerung hatten, und Scheinökonomien geschaffen, die von externer Hilfe abhängig waren.<sup>32</sup>

Ab 2014 setzte sich in Bundesregierung und Bundeswehr zwar langsam die Erkenntnis durch, dass der Schwerpunkt der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der Landes- und Bündnisverteidigung und nicht auf Auslandseinsätzen liegen sollte.<sup>33</sup> Auch erkannten die Verantwortlichen, dass die Bundeswehr in einem intensiven Krieg nicht kampffähig und durchhaltefähig sein würde. Daraufhin wurde der Verteidigungshaushalt leicht erhöht. Dies alles war jedoch eine Folge der russischen Besetzung der Krim im Februar 2014, die die Menschen in Deutschland beunruhigte.<sup>34</sup> Dies galt umso mehr nach der vollständigen russischen Invasion der Ukraine im Jahr 2022, als die Bundesregierung eine entschiedene sicherheitspolitische „Zeitenwende“ verkündete und die Landes- und Bündnisverteidigung eindeutig als „Kernauftrag“ der Bundeswehr definierte.<sup>35</sup> Operativ besann sich die Heeresführung etwas früher auf die ohnehin bevorzugte Landes- und Bündnisverteidigung.<sup>36</sup>

Das Scheitern in Afghanistan hat für den Kurswechsel offenbar keine entscheidende Rolle gespielt. Dies zeigt ein Blick auf die

(halb)offiziellen Lehren, die die Verantwortlichen in Deutschland aus dem dortigen Engagement gezogen haben. Demnach sahen sie die Schwierigkeiten von ISAF nach deren Ende 2014 bloß als Problem unzureichender Mittel und eines zu kurzen Atems.<sup>37</sup> Selbst in den Schlüsseldokumenten, die nach dem völligen Scheitern des Einsatzes 2021 erarbeitet wurden, findet sich „Stabilisierung“ als – wenn auch untergeordnete – Aufgabe deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik.<sup>38</sup> Ebenso beschloss die Mehrheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag, den Afghanistan-Einsatz durch eine Enquete-Kommission aufarbeiten zu lassen, um Lehren für künftige Einsätze zur „Stabilisierung“ zu ziehen.<sup>39</sup> Maßgebliche Akteure in Regierung und Parlament halten „Stabilisierung“ also offenbar weiterhin für machbar.

Das Scheitern des Westens und Deutschlands in Afghanistan von 2001 bis 2021 ist offensichtlich und nicht singulär, wie die jüngsten Fehlschläge im Sahel zeigen. Zu dieser Einsicht sollten sich die Verantwortlichen auch in Deutschland durchringen und nicht weiter versuchen, fragile Staaten zu „stabilisieren“. Die Herausforderungen eines aggressiven Russlands für die Landes- und Bündnisverteidigung Deutschlands sind gewaltig. Sie fordern nicht nur die Bundeswehr, sondern auch fast alle anderen Bereiche der nach 1990 vernachlässigten öffentlichen Infrastruktur, die wieder funktionsfähig und damit „kriegstüchtig“ gemacht werden müssen, wie es das Bundesministerium der Verteidigung anstrebt.<sup>40</sup> Deutschland muss in der Lage sein, schnell und kurzfristig Kräfte weltweit einzusetzen. Sich in Zukunft wieder an langfristigen, wenig erfolgversprechenden Auslandseinsätzen zur „Stabilisierung“ fragiler Staaten zu beteiligen, würde von dem für die Existenz der Bundesrepublik im Ernstfall entscheidenden Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ ablenken.

## PHILIPP MÜNCH

ist Projektbereichsleiter Deutsche Sicherheitspolitik und Bundeswehr im Forschungsbereich Sicherheitspolitik und Streitkräfte am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam.

**32** Vgl. Berit Bliesemann de Guevara/Florian P. Kühn, *Illusion Statebuilding: Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt*, Hamburg 2010.

**33** Vgl. BMVg, Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016, S. 88–91.

**34** Vgl. Dan Krause/Michael Staack, *Die Entwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands. Eine Analyse im Spiegel der strategisch-konzeptionellen Grundlagendokumente 2014 bis 2018*, Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit e.V., WIFIS-Arbeitspapier 2/2019, S. 24.

**35** Vgl. Bundesregierung, *Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie*, 2023, S. 32; BMVg, *Verteidigungspolitische Richtlinien 2023*, S. 17.

**36** Vgl. *Operative Leitlinien des Heeres. Zur Zukunft deutscher Landstreitkräfte 2030+ (vorläufig)*, 2020, [www.bundeswehr.de/resource/blob/5292344/b7f7159a4e8779854b275e1a-6579f1e2/vorlaeufige-operative-leitlinien-des-heeres-data.pdf](http://www.bundeswehr.de/resource/blob/5292344/b7f7159a4e8779854b275e1a-6579f1e2/vorlaeufige-operative-leitlinien-des-heeres-data.pdf).

**37** Vgl. Philipp Münch, *Never Again? Germany's Lessons from the War in Afghanistan*, in: *Parameters* 4/2020, S. 73–84, <https://press.armywarcollege.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2689&context=parameters>.

**38** Vgl. BMVg (Anm. 35), S. 18.

**39** Vgl. BT-Drs. 20/2570, *Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Einsetzung einer Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“*, 5.7.2022, S. 2.

**40** Vgl. BMVg (Anm. 35), S. 9.

## ESSAY

# SCHLEICHENDE MILITARISIERUNG

## Beobachtungen zur Veränderung der Zivilgesellschaft

*Margot Käßmann*

„Sprache schafft Wirklichkeit“ – so lautet ein dem Philosophen Ludwig Wittgenstein zugeschriebenes Zitat. Und hier, in der Sprache, beginnt die Veränderung der Zivilgesellschaft: „Helden“, „Blutzoll“, „Tapferkeit“, „Ehre“, „Soldateska“, „Schergen“ – solche Begriffe sind inzwischen Teil des alltäglichen Sprachgebrauchs in den Medien geworden. Bei Landtagswahlen ist in den Kommentaren von „Bollwerk“ und „Zweifrontenkrieg“ die Rede. Der Begriff „Verhandlungen“ wird mitunter in Anführungszeichen gesetzt. Außenministerin Annalena Baerbock erklärt sinngemäß, wir dürfen nicht „kriegsmüde“ werden. Verteidigungsminister Boris Pistorius meint gar, wir müssten „kriegstüchtig“ sein. Hier bedarf es der Sensibilität der Zivilgesellschaft.

### BUNDESWEHR UND ZIVILGESELLSCHAFT

Zur schleichenden Militarisierung gehört die Rolle der Bundeswehr in der Zivilgesellschaft. Die Zahl der rekrutierten Minderjährigen steigt. Verteidigungsminister Pistorius wirbt für „Schnupperpraktika“ und fordert den ungehinderten Zugang von Jungoffizieren zu Schulen, um Jugendlichen den Dienst in der Bundeswehr schmackhaft zu machen. Ein neues Gesetz in Bayern verpflichtet Schulen und Hochschulen künftig sogar zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. In der Gesetzesbegründung heißt es, „Aufgabe des Staates“ sei es, „unsere Gesellschaft auf die grundlegend veränderte sicherheitspolitische Lage vorzubereiten“, die sich auf nahezu alle Lebensbereiche auswirke.

Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger sagt, die Schulen sollten ein „unverkramptes Verhältnis zur Bundeswehr“ entwickeln. Zudem plädiert sie für Zivilschutzübungen an Schulen, um auf Krisen wie Pandemien, Naturkatastro-

phen oder Kriege vorbereitet zu sein. Die Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist in dieser Logik nur folgerichtig. Es ist Aufgabe der Zivilgesellschaft, diese Logik zu hinterfragen. Denn das Militär ist nicht die „Schule der Nation“. In seiner Antrittsrede als Bundespräsident sagte Gustav Heinemann am 1. Juli 1969: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken unterwiesen wurde, sondern heute ist der Frieden der Ernstfall.“ In diesem Sinne wäre eine Bildungspolitik sinnvoll, die Friedenserziehung, Mediation und gewaltfreie Konfliktbewältigung in den Lehrplänen verankert. Der Journalist Heribert Prantl hat kürzlich darauf hingewiesen, dass in vielen Landesverfassungen gefordert wird, die Jugend zur Friedensgesinnung zu erziehen.<sup>01</sup>

Im Editorial der „Zeitschrift für innere Führung“ schreibt Oberst Harald Lamatsch: „Kriegstüchtig werde ich nur innerhalb einer Gesellschaft, die mir das notwendige Rüstzeug und die Unterstützung gibt, um in der von Tod und Gewalt geprägten Auseinandersetzung zu gewinnen.“ Das bedeutet: Die gesamte Gesellschaft muss die Armee voll unterstützen, hinter ihr stehen. Kriegsdienstverweigerung, Skepsis, Drängen auf beispielsweise Soziale Verteidigung werden in der Konsequenz als Infragestellung der Kriegstauglichkeit gewertet. Ein Beitrag des CDU-Politikers Roderich Kiesewetter im selben Heft bestätigt dies. Kiesewetter schreibt: „Die Zeitenwende ist somit nicht nur bei der Bundeswehr, sondern auch bei der zivilen Verteidigung erforderlich: Deutschland braucht einen Operationsplan (OPLAN) für eine Gesamtverteidigung, der Sicherheit integriert betrachtet.“ Und weiter: „Zuletzt kommt es auch hier auf Kommunikation gegenüber der Bevölkerung und trainierte Erfahrung an. Große

deutschlandweite Übungen wären wichtig, genauso wie die individuelle Sensibilisierung beispielsweise in der Schule.“<sup>02</sup>

Und siehe da, der „Operationsplan Deutschland“ liegt vor und wird ständig aktualisiert. Generalleutnant André Bodemann erklärte gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Deutschland und die Bundeswehr müssten sich darauf einstellen, „auf die aktuellen Bedrohungen und die territoriale Verteidigung in Frieden, Krise und auch Krieg zu reagieren.“<sup>03</sup> Das aber könne die Bundeswehr nicht alleine leisten. „Deswegen brauchen wir die Unterstützung der zivilen Seite.“ Es könne beispielsweise passieren, „dass sich etwa eine US-Division durch Deutschland in Richtung Osten bewegt, Tausende Fahrzeuge, Tausende Soldaten. Dann müssen die gepflegt werden.“ Sein Plan sei bei den Bundesländern, den Bundesressorts vom Roten Kreuz bis zur Polizei sehr positiv aufgenommen worden, erklärt Bodemann. Diese Pläne sind in der öffentlichen Wahrnehmung bisher kaum präsent, das sollte sich ändern.

Dazu passt die Entscheidung des Bundestages vom 25. April 2024, den 15. Juni als nationalen Veteranentag „für Respekt, Anerkennung und Würdigung unserer Soldatinnen und Soldaten“ ins Leben zu rufen, um die Sichtbarkeit der Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Auch der Begriff „Veteran“ war im Deutschen lange Zeit ungebräuchlich. Aus gutem Grund wurde der Heldengedenktag nach 1945 zum Volkstrauertag, es sollte fortan um alle Opfer der Kriege gehen. Warum nicht ein Würdigungstag für alle, die sich für unser Land einsetzen und Respekt und Anerkennung verdienen, für Lehrerinnen und Lehrer, Pflegekräfte, Polizeibeamte, Ehrenamtliche? In dieses Bild fügt sich, dass 2024 versucht wurde, frühere Wehrmachtsoffiziere gemäß dem Traditionserlass der Bundeswehr von 2018 zu Vorbildern für die Bundeswehr zu erklären. Nach einem Artikel in der „taz“ unter der Überschrift „Mehr Wehrmacht wagen“ und

den darauf folgenden kritischen Stimmen wurde das Vorhaben abgebrochen.<sup>04</sup> Das wäre eine noch breitere öffentliche Debatte wert: Wer sind die Vorbilder, wer ist in unserer Gesellschaft zu würdigen?

Ein letzter Aspekt, der zu den viel beschworenen europäischen Werten gehört: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht. Aber junge Männer aus Russland, die den Kriegsdienst verweigern wollen, erhalten in Deutschland kein Asyl. In der Ukraine dürfen Männer zwischen 18 und 60 Jahren das Land nicht verlassen. Dennoch haben allein in Deutschland 256 000 von ihnen Zuflucht gesucht.<sup>05</sup> Nun bangen sie um ihr Bleiberecht. Die Entscheidung eines Menschen, Soldat zu werden, ist zu respektieren. Die Verweigerung dieses Dienstes aber auch. In den Jahren, in denen ich Präsidentin der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen war, habe ich es immer als befremdlich empfunden, dass in Deutschland das Gewissen der Kriegsdienstverweigerer amtlich geprüft wird, nicht aber das Gewissen derer, die Kriegsdienst leisten. Darin kommt eine Grundhaltung zum Ausdruck, die hinterfragt werden sollte.

## AUFRÜSTUNG

Mit der Militarisierung der Sprache und der Zivilgesellschaft geht eine beispiellose Aufrüstung einher, von der vor allem die Rüstungsindustrie profitiert, deren Aktien Rekordwerte erreichen. Allein der Wert der Rheinmetall-Aktie ist seit Februar 2022 von 96 Euro auf zwischenzeitlich 560 Euro gestiegen. Die Prognosen sind hervorragend, sagen Analysten und stufen die Aktie als „attraktiv“ ein. Die Aktionäre verdienen an den Kriegen der Welt, und wenn die Flüchtlinge aus diesen Kriegen zu uns kommen, werden sie oft abgewiesen. Der Bundeskanzler selbst war beim Spatenstich für eine neue Rüs-

**01** Vgl. Heribert Prantl, Frieden lernen, 7.3.2024, [www.sueddeutsche.de/1.6430360](http://www.sueddeutsche.de/1.6430360).

**02** Harald Lamatsch, Mehr wir – weniger ich, in: Zeitschrift für innere Führung 2/2024, S. 3; Roderich Kiesewetter, Wenn Kriege zum System werden. Wehrhaftigkeit als neuer gesamtgesellschaftlicher Ansatz, in: ebd., S. 18–23, hier S. 20.

**03** „Im Frieden befinden wir uns schon lange nicht mehr“, Interview mit André Bodemann, 22.4.2024, [www.faz.net/19669372.html](http://www.faz.net/19669372.html).

**04** Vgl. Georg Ismar, Welche Krieger braucht das Land?, 16.8.2024, [www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-wehrmacht-tradition-lux.VPCBxjaU6XQAYUsDva8g4o](http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-wehrmacht-tradition-lux.VPCBxjaU6XQAYUsDva8g4o).

**05** Vgl. Daria Nynko, Mobilisierungsgesetz: Männer, die in der Ukraine festsitzen, 10.6.2024, [www.dw.com/a-69294107](http://www.dw.com/a-69294107); Markus Decker, Streit über wehrfähige ukrainische Flüchtlinge: Unionspolitiker wollen sie zur Heimkehr drängen, 25.5.2024, [www.rnd.de/politik/fluechtlinge-aus-der-ukraine-wehrfaehige-maenner-sollen-laut-union-heimkehren-4EMHX6BYWZCR-HAX2VFNNWLPPPU.html](http://www.rnd.de/politik/fluechtlinge-aus-der-ukraine-wehrfaehige-maenner-sollen-laut-union-heimkehren-4EMHX6BYWZCR-HAX2VFNNWLPPPU.html).

tungsfabrik in Unterlüß dabei. Jetzt heißt es sogar, die Rüstungsindustrie müsse staatlich gefördert werden.

Die weltweiten Rüstungsausgaben sind mit 2,2 Billionen US-Dollar auf einem neuen Rekordniveau. Und: Mit „Steadfast Defender 2024“ fand in diesem Jahr das größte Nato-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges statt. 90 000 Soldatinnen und Soldaten aus 32 Ländern nahmen daran teil. Das erklärte Ziel: Abschreckung. Mehr noch: Ohne öffentliche Debatte, auch ohne vorhergehende Debatte im Deutschen Bundestag, haben Deutschland und die USA am Rande des Nato-Gipfels im Juli 2024 verkündet, dass die USA ab 2026 wieder landgestützte Raketen in Deutschland stationieren werden. Mit diesen US-Langstreckensystemen soll eine „Fähigkeitslücke“ geschlossen werden. Irritierend ist nicht nur die fehlende parlamentarische Debatte darüber, sondern auch die Tatsache, dass anders als beim Nato-Doppelbeschluss von 1979 mit der Stationierungsentscheidung kein Verhandlungsangebot an Russland einherging. So entwickelt man nicht Rüstungskontrolle, sondern Rüstungswettlauf.

Mit nuklear bestückbaren Marschflugkörpern und Hyperschallwaffen, die eine Reichweite von bis zu 2500 Kilometern haben, kann Moskau erreicht werden. Und Deutschland könnte, wie in den 1980er Jahren, zum Zentrum einer Systemauseinandersetzung werden. Der ehemalige Außenminister Sigmar Gabriel sagte, für die Deutschen stelle sich hier eine besonders heikle Frage: „Die Stationierung solcher Waffensysteme hat ja immer das Ziel, dass sie nie eingesetzt werden, weil die gegnerische Macht weiß, dass es am Ende nur Verlierer gibt.“ Das Problem aller nuklearen Strategien in Europa sei aber, „dass für den Fall, dass es trotzdem einmal zum Einsatz solcher Waffen kommen könnte, Zentraleuropa und damit Deutschland immer das Schlachtfeld wäre, auf dem ein solcher Schlagabtausch ausgetragen würde“.<sup>06</sup>

Eigentlich wollte die jetzige Bundesregierung die Waffen- und Rüstungsexporte reduzieren und ein Kontrollgesetz auf den Weg bringen. Stattdessen waren 2022 wie schon 2021 die Rüstungsex-

porte mit einem Wert von fast zehn Milliarden Euro so hoch wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Noch im Bundestagswahlkampf 2021 hatte die Partei Bündnis90/Die Grünen plakatiert, was bis dahin Konsens gewesen war: „Keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete“. Dass ausgerechnet diese Partei, die aus der Friedensbewegung hervorgegangen ist – genannt seien Pazifistinnen der Gründergeneration wie Petra Kelly oder Antje Vollmer –, sich vehement für Waffenlieferungen einsetzt, ist höchst irritierend. Keine Rede mehr von Abrüstung, nur noch von Waffensystemen und Militärstrategien. Keine Rede auch davon, dass gerade Krieg massive Umweltschäden verursacht und die Klimakatastrophe vorantreibt. Hier hat sich der Diskurs in eine völlig andere Richtung gedreht – eine Entwicklung, die eine intensive innerparteiliche Debatte wert wäre.

## GESCHICHTSLEKTIONEN

In öffentlichen Debatten wird immer wieder behauptet, Deutschland sei mit seiner skeptischen Haltung gegenüber militärischer Aufrüstung naiv gewesen. Diese Haltung erklärt sich aber aus zwei Weltkriegen, die Deutschland zu verantworten hat. Wer einmal das Beinhaus von Douaumont besucht hat, in dem die Knochen von 130 000 jungen Männern liegen, die auf den Schlachtfeldern von Verdun gestorben sind, sieht den ganzen Irrsinn des Krieges. Sie mussten darum kämpfen, ob das Stückchen Land zu Frankreich oder zu Deutschland gehört. Mit Blick auf ihre Gebeine ist das völlig irrelevant.

Und das Unbehagen großer Teile der Bevölkerung gegenüber Waffenlieferungen in die Ukraine rührt doch daher, dass zu Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 85 Jahren deutsche Panzer nach Osten rollten, erst nach Polen, dann in die Sowjetunion. Es ist fatal, dass sich die Ablehnung von Waffenlieferungen durch die Mehrheit der Bevölkerung sich in der Politik der demokratischen Parteien nicht ausreichend widerspiegelt.<sup>07</sup> Das Thema „Frieden“ darf nicht den Populisten überlassen werden.

Zur Geschichte gehört auch, dass all die Waffengänge der vergangenen Jahrzehnte kei-

<sup>06</sup> Zit. nach Abschreckung gegen Russland. Sigmar Gabriel kritisiert fehlende Debatte über Stationierung von US-Raketen, 29.7.2024, [www.spiegel.de/politik/a-10e03af0-04b0-4b9d-8967-e8964a7d6c63](http://www.spiegel.de/politik/a-10e03af0-04b0-4b9d-8967-e8964a7d6c63).

<sup>07</sup> Vgl. Hälfte der Deutschen gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, 13.9.2024, [www.ipsos.com/de-de/halfte-der-deutschen-gegen-weitere-waffenlieferungen-die-ukraine](http://www.ipsos.com/de-de/halfte-der-deutschen-gegen-weitere-waffenlieferungen-die-ukraine).

nen Frieden gebracht haben. Der Einmarsch der „Koalition der Willigen“ in den Irak 2003 – ebenso völkerrechtswidrig wie der Angriff Russlands auf die Ukraine – führte zum Sturz des Diktators Saddam Hussein. Ziel war es, eine demokratische Führung zu installieren. UN-Waffeninspektoren suchten vergeblich nach den angeblich vorhandenen Massenvernichtungswaffen. Als die US-Truppen 2011 abzogen, gab es nach offiziellen Schätzungen mehr als 100 000 Tote, andere Schätzungen gehen von bis zu 500 000 Toten aus.

„Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“ – so begründete der damalige Verteidigungsminister Peter Struck 2002 die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan. „Enduring Freedom“ (Andauernde Freiheit) hieß die Operation, die – dieses Mal mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrates – als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 eingeleitet wurde. Der Einsatz endete 2021 auf dramatische Weise mit einem fluchtartigen Abzug. Die Bilanz: 240 000 Tote und 5,5 Millionen Menschen auf der Flucht.<sup>08</sup> Heute herrschen in Afghanistan wieder die Taliban. Frauen dürfen sich nicht mehr frei bewegen, kaum noch zur Schule gehen, nicht mehr in der Öffentlichkeit singen oder laut sprechen. Das Land ist am Ende.

Die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann hat treffend gesagt: „Die Geschichte lehrt unaufhörlich, aber sie findet keine Schüler.“ Das scheint auch heute zu gelten. Doch die Frage, ob Auslandseinsätze der Bundeswehr überhaupt vom Grundgesetz gedeckt sind, wie weit der Auftrag zur „Landesverteidigung“ interpretiert werden darf, ist immer wieder neu zu diskutieren.

## MEDIEN

Seit Februar 2022 wird die Friedensbewegung medial massiv diskreditiert. Von „selbsternannten Friedensfreunden“ ist die Rede. Die zum Teil wüsten Beschimpfungen gehen einher mit der Unterstellung, dass alle, die sich für Frieden einsetzen oder sich als Pazifistinnen und Pazifisten bezeichnen, nicht begreifen, dass Wladimir Putin ein Kriegsverbrecher ist und den Krieg gegen die

Ukraine begonnen hat. Eine kontroverse Debatte über die Rolle Deutschlands, eine Infragestellung der Waffenlieferungen ist nicht möglich, ohne als „dumm“ oder „naiv“ beschimpft zu werden. Wer versucht, die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine zu beleuchten, etwa die Nato-Osterweiterung nach 1990 zu hinterfragen, dem wird unterstellt, zu leugnen, dass Russland die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen hat. So wird der demokratische Diskurs unterbunden.

Der Philosoph Richard David Precht und der Sozialpsychologe Harald Welzer haben in ihrem Buch „Die vierte Gewalt“ ausführlich beschrieben, wie sehr öffentliche und veröffentlichte Meinung nicht zuletzt seit Beginn des Krieges in der Ukraine auseinanderklaffen. Sie beklagen, wie wenig sich die mehrheitlich kritische Haltung der Öffentlichkeit gegenüber Waffenlieferungen in den Leitmedien widerspiegelt: „Wenn, wie beim Ukrainekrieg, (sogar) sämtliche Leitmedien die gleiche weltanschaulich-ethische Haltung einnehmen und fast alle Waffenlieferungen und einer eskalierenden Konfrontation mit dem Aggressor Russland das Wort reden, geschieht eine kollektive Pluralitätsverengung.“<sup>09</sup>

Auch abseits von Talkshows gibt es zahlreiche Beispiele für eine schleichende Militarisierung in den Medien: So waren etwa im „Aktuellen Sportstudio“ (ZDF) vom 9. September 2023 Prinz Harry und Verteidigungsminister Boris Pistorius zu Gast. Es wurde über die Invictus Games berichtet, die in jenem Jahr in Deutschland stattfanden. Kriegsversehrte werden durch Sport wieder in die Gesellschaft integriert. Zwei versehrte Athleten werden vorgestellt. Der eine leidet an einer posttraumatischen Belastungsstörung, der andere hat im Afghanistankrieg beide Beine verloren. Die Ursache für diese Behinderungen, der Krieg, wird in der ganzen Sendung jedoch kein einziges Mal erwähnt. Der Kommentator sagt: „Um Ruhm und Ehre geht es nicht, davon ist unter den Teilnehmenden schon genug vorhanden!“ Der Verteidigungsminister lobt die Veteranen, die „für unser Land gekämpft haben“. Sie seien „Rolemodels“. Und dann wird berichtet, dass die Invictus Games von der Rüstungsindustrie gesponsert werden.

Jana Stegemann kommentierte die Sendung für die „Süddeutsche Zeitung“: „Nach 45 Minu-

<sup>08</sup> Vgl. Natalie Wenger et al., Die grausame Bilanz des 20-jährigen Krieges in Afghanistan, 19.8.2021, [www.nzz.ch/240000-tote-id.1640684](http://www.nzz.ch/240000-tote-id.1640684).

<sup>09</sup> Vgl. Richard David Precht/Harald Welzer, Die vierte Gewalt, Frankfurt/M. 2022, S. 65.

ten stellt die Moderatorin die erste kritische Frage an Boris Pistorius, den zurzeit in Deutschland beliebtesten Politiker. Ob er verstehen könne, dass Kritiker in den vom Rüstungskonzern Boeing gesponserten Invictus Games eine Heroisierung von Krieg und Militär sähen? Der Verteidigungsminister verneint: Es gehe darum, Solidarität und Respekt für die Einsatzkräfte zu zeigen.“<sup>10</sup>

Ein weiteres Beispiel: Das ZDF hat für seinen Youtube-Kanal, der sich an Kinder und Jugendliche richtet, ein animiertes Video produziert, in dem internationales Kriegsgerät um Anerkennung kämpft – nach dem Motto: Wer ist der tollste Marschflugkörper?<sup>11</sup> Und der arme Taurus wird bemitleidet, weil Olaf Scholz ihn nicht fliegen lässt! Unverhohlen und völlig unkritisch wird mit diesem Video bei Kindern und Jugendlichen für die Lieferung eines Marschflugkörpers in die Ukraine geworben, dessen Einsatz umstritten ist, weil wir damit immer mehr zur Kriegspartei werden. Solche Beiträge, die sich unkritisch mit dem Kriegsgeschehen auseinandersetzen, müssen in den Rundfunkkräften besprochen werden.

## THEOLOGISCHE ÜBERLEGUNGEN

Der Theologe Friedrich Sigmund-Schultze formulierte 1946: „Die Menschheit lässt sich wie stets in die Verantwortungslosigkeit hineinschläfern.“ Ein guter Ansatzpunkt für die Friedensethik: Sich nicht in Verantwortungslosigkeit „hineinschläfern“ lassen! Hier könnten die Kirchen eine wichtige Rolle spielen. Jahrhundertlang wurden Waffen von Kirchenvertretern gesegnet. Und auch heute sehen wir wieder Bilder davon. Der russische Patriarch Kyrill rechtfertigt den russischen Angriff auf die Ukraine, als ob Russland von westlichen Werten wie Freiheit, Gleichberechtigung und der Anerkennung homosexueller Lebenspartnerschaften angegriffen würde. Das ist für mich Gotteslästerung.

Die Kirchen der Welt sind immer in die Irre gegangen, wenn sie Gewalt legitimiert haben. Denn im Evangelium findet sich dafür keine Grundlage. Jesus hat gesagt: „Steck das Schwert an seinen Ort“ – „Selig sind, die Frieden stiften“ und

mehr noch: „Liebet Eure Feinde.“ Der Friedensnobelpreisträger Martin Luther King Jr. erklärte, dies sei das Schwerste, was Jesus uns hinterlassen habe. Das gilt bis heute. Vor allem aber ist es eine bleibende Mahnung, sich nicht zu Feindbildern verleiten zu lassen. Es war das theologische Konzept der Gotteskindschaft, das ihn nicht nur zur Überwindung des Rassismus antrieb, sondern auch zur grundsätzlichen Ablehnung des Krieges und zum vehementen Eintreten für gewaltfreie Formen des Widerstands. Dabei hat King schon früh den Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Krieg dargestellt, der sich auch heute zeigt, wenn Milliardeninvestitionen in Rüstung mit Kürzungen im sozialen Bereich einhergehen: „Kein Mensch, der bei Verstand ist, kann es sich leisten, für soziale Gerechtigkeit in einem Land zu arbeiten, wenn er/sie nicht zugleich Krieg ablehnt und sich eindeutig zur Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen bekennt.“<sup>12</sup>

Bei all dem gehört es zur Demut eines Menschen, anzuerkennen, dass ich mit jeder Option, die man im Leben wählt, schuldig werden kann. Wenn Außenministerin Annalena Baerbock sagt, „unsere Waffen retten Menschenleben“, dann muss damit die Erkenntnis einhergehen, dass unsere Waffen eben auch töten, dafür sind sie entwickelt worden. Wenn Pazifistinnen und Pazifisten Waffenlieferungen an Menschen ablehnen, die sie zu ihrer Verteidigung anfordern, müssen sie sich darüber im Klaren sein: Das kann Menschenleben kosten. Niemand kann – wie es Pontius Pilatus versuchte – die eigenen Hände in Unschuld waschen. Aber eine Ablehnung von Waffenlieferungen, begleitet von Konzepten der Diplomatie, der Verhandlung, der Sozialen Verteidigung, darf als Alternative nicht einfach lächerlich gemacht werden. Dass die evangelische Militärseelsorge kürzlich erklärt hat, sie bereite sich auf einen möglichen Verteidigungsfall vor und sei dabei, einen „geistlichen Operationsplan Deutschland“ zu erarbeiten, der festlege, wie die Kirche im Kriegsfall handeln könne, zeugt bedauerlicherweise nicht von unbedingtem Friedensengagement der Kirchen, sondern von einer Vorbereitung auf Krieg.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Jana Stegemann, Liebeserklärung an Prinz Harry, 10.9.2023, [www.sueddeutsche.de/1.6211762](http://www.sueddeutsche.de/1.6211762).

<sup>11</sup> Siehe un.logol, Kein Taurus für die Ukraine, 27.2.2024, [www.youtube.com/watch?v=kgsVFZXnkAE](http://www.youtube.com/watch?v=kgsVFZXnkAE).

<sup>12</sup> Martin Luther King, Address at the Thirty-sixth Annual Dinner of the War Resisters League, Rede vom Februar 1959, <https://kinginstitute.stanford.edu/king-papers/documents/address-thirty-sixth-annual-dinner-war-resisters-league>.

<sup>13</sup> Vgl. Bischöfe bereiten sich auf den Kriegsfall vor, 12.9.2024. [www.t-online.de/id\\_100487894](http://www.t-online.de/id_100487894).

Dabei könnten gerade die Kirchen, die über nationale Grenzen hinweg miteinander verbunden sind und auf Frieden und Versöhnung drängen, eine vermittelnde Rolle spielen. Sie könnten auch geistig-geistliche Kraftquellen aufzeigen, die für einen solchen Weg eine intellektuelle wie spirituelle Grundlage im Sinne Martin Luther Kings bereitstellen.

## ZULETZT UND PERSÖNLICH

Als Großmutter von sieben Enkelkindern schreibe ich diesen Text, weil ich die aktuellen Entwicklungen mit großer Sorge um die nachwachsenden Generationen sehe. Wenn ich an diese Kinder denke, an all die Kinder in der Ukraine, in Russland, in Syrien, im Jemen, im Sudan, dann sind all die Milliarden Euro und Dollar für Aufrüstung und Krieg keine Investition in ihre Zukunft. Was sie brauchen, ist eine Investition in die Verhin-

derung der Klimakatastrophe. Milliarden Euro in Bildung und Entwicklung machen ihre Zukunft lebenswert. Unsere Erde ist bedroht durch die rücksichtslose Ausbeutung aller Ressourcen. Und Krieg ist eine der schlimmsten Zerstörungskräfte. Nur Abrüstung und Frieden sichern die Zukunft der Menschheit. Die Hoffnung, dass dies möglich ist, gilt es gerade in diesen Tagen wach zu halten.

### MARGOT KÄBMANN

ist Theologin und Pfarrerin. Sie war unter anderem Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie Präsidentin der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen.



# euro|topics

30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau

Die euro|topics-Presseschau: Der tägliche Blick in europäische Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – in drei Sprachen.

[www.eurotopics.net](http://www.eurotopics.net)

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8. November 2024

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)

Anne-Sophie Friedel

Julia Günther

Sascha Kneip

Jan Kuipers (Praktikant)

Johannes Piepenbrink

Leontien Potthoff (Volontärin)

apuz@bpb.de

www.bpb.de/apuz

www.bpb.de/apuz-podcast

twitter.com/APuZ\_bpb

## APuZ

Nächste Ausgabe

49/2024, 30. November 2024

## BRICS

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)

Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung

Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)